



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF 2007



Monatsbericht des BMF November 2007

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2007	30
Termine	32
Analysen und Berichte	35
Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2007	37
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 7. November 2007	53
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2007	59
Hilfen für Helfer	63
Jahrestagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzministertreffen in Washington D.C.	73
Steigende Nahrungsmittelpreise und der Boom bei den Biokraftstoffen	79
Statistiken und Dokumentationen	85
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	88
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	113
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	117

Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

vom 19. bis 22. Oktober fanden die gemeinsame Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank sowie das Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C. statt. Die weitere Entwicklung auf den Finanzmärkten, die Folgen für die Weltwirtschaft sowie die notwendige Erneuerung der Bretton-Woods-Institutionen standen dabei klar im Vordergrund. Es gilt, die richtigen Konsequenzen zu ziehen aus den beachtlichen Verwerfungen der „Subprime“-Krise und IWF wie Weltbank für die neuen Aufgaben des 21. Jahrhunderts zu rüsten.

Die deutsche Wirtschaft zeigt sich – ungeachtet der jüngsten Finanzmarkturbulenzen – in einer robusten Verfassung. Die gesamtwirtschaftliche Dynamik hat sich im 3. Quartal 2007 auf einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 0,7 % gegenüber dem Vorquartal beschleunigt. Besonders erfreulich ist dabei, dass die Wachstumsimpulse ganz wesentlich von der Binnennachfrage kamen. Auch die Beschäftigungsexpansion setzte sich weiter fort. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt mittlerweile deutlich über dem Niveau von 1991.

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat am 6./7. November 2007 seine Erwartungen für die Steuereinnahmen für die Jahre 2007 und 2008 an die leicht veränderten gesamtwirtschaftlichen Annahmen angepasst. Zudem wurden zwischenzeitlich beschlossene Rechtsänderungen – allen voran die Unternehmensteuerreform – in die Schätzung aufgenommen. Verglichen mit der letzten Steuerschätzung vom Mai 2007 werden die Steuereinnahmen insgesamt im Jahre 2007 voraussichtlich um 4,6 Mrd. € höher ausfallen. Für den Bund ergeben sich Mehreinnahmen von 1,2 Mrd. €, Länder und Gemeinden haben in diesem Jahr einen Aufkommenszuwachs von



2,5 Mrd. € bzw. 1,5 Mrd. € zu erwarten. Zu Grunde lagen den Schätzungen die Kassenergebnisse der Steuereinnahmen bis einschließlich Oktober. Danach stiegen die Steuereinnahmen von Bund und Ländern in den ersten zehn Monaten des Jahres um 11,7 % gegenüber dem Vorjahr. Besonders die Steuern vom Einkommen entwickelten sich sehr positiv.

Auch 2008 wird das Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden – trotz der Berücksichtigung der Einnahmeverluste infolge der Unternehmensteuerreform – voraussichtlich noch einmal leicht über dem Schätzergebnis vom Mai 2007 liegen. Vor allem die Gemeinden werden einen Zuwachs von knapp 1 Mrd. € verzeichnen können, während das Steueraufkommen bei Bund und Ländern marginal hinter dem Mai-Schätzergebnis zurückbleiben dürfte.

Das Ergebnis der aktuellen Steuerschätzung wird auch den Entscheidungen über den Nachtragshaushalt 2007 und den Bundeshaushalt 2008 zu Grunde gelegt. Beide Haushaltsentwürfe werden vom 27. bis 30. November in 2. und 3. Lesung im Deutschen Bundestag beraten. Kernelemente des Nachtragshaushalts 2007 sind die Zuführung von 2,15 Mrd. € an das Sondervermögen „Kinderbetreuungs-ausbau“ und eine Absenkung der Nettokreditaufnahme um 5,1 Mrd. € auf 14,4 Mrd. €.

Am 10. Oktober 2007 trat das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Kraft. Entsprechend dem Motto „Hilfen für Helfer“ verbessert dieses Gesetz die steuerlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches

Engagement. Viele Menschen, die sich persönlich oder finanziell in mehr als einer halben Million gemeinnütziger Vereine und fast 15 000 gemeinnützigen Stiftungen engagieren, erfahren damit eine zusätzliche Anerkennung. Neben einer stärkeren finanziellen Förderung wurde nicht zuletzt auch das Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht vereinfacht und bürokratischer Aufwand verringert.

Der weltweite Wettbewerb um agrarische Rohstoffe wird durch den Boom bei den Biokraftstoffen verstärkt. Neben anderen Entwicklungen trägt auch der verstärkte Rückgriff auf agrarische Rohstoffe für die Erzeugung von Kraftstoffen zu den Preissteigerungen für Nahrungsmittel bei. Negative Umweltauswirkungen wie Abholzung und die Entstehung von Mono-

kulturen zu Lasten der natürlichen Umwelt sind weitere Folgen. Wie der „Tortilla-Aufstand“ in Mexiko zeigt, wird es für arme Menschen zunehmend schwieriger, die Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel zu verkraften. Die hieraus erwachsenden Probleme sind ein zunehmend wichtiger werdendes Thema für die internationale Politik.



Dr. Thomas Mirow
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2007	30
Termine	32

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich Oktober addierten sich auf 227,7 Mrd. €. Sie lagen damit um 7,8 Mrd. € über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Wie bereits in den Vormo-

naten waren die im Zusammenhang mit der Erhöhung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes in diesem Jahr eingeführte Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung mit

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll ¹ 2007	Ist-Entwicklung ² Januar bis Oktober 2007
Ausgaben (Mrd. €)	272,7	227,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,4	3,6
Einnahmen (Mrd. €)	258,0	199,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	10,8	11,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	232,5	177,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	14,0	15,2
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 14,7	- 28,0
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 28,4
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 14,4	0,6 ³

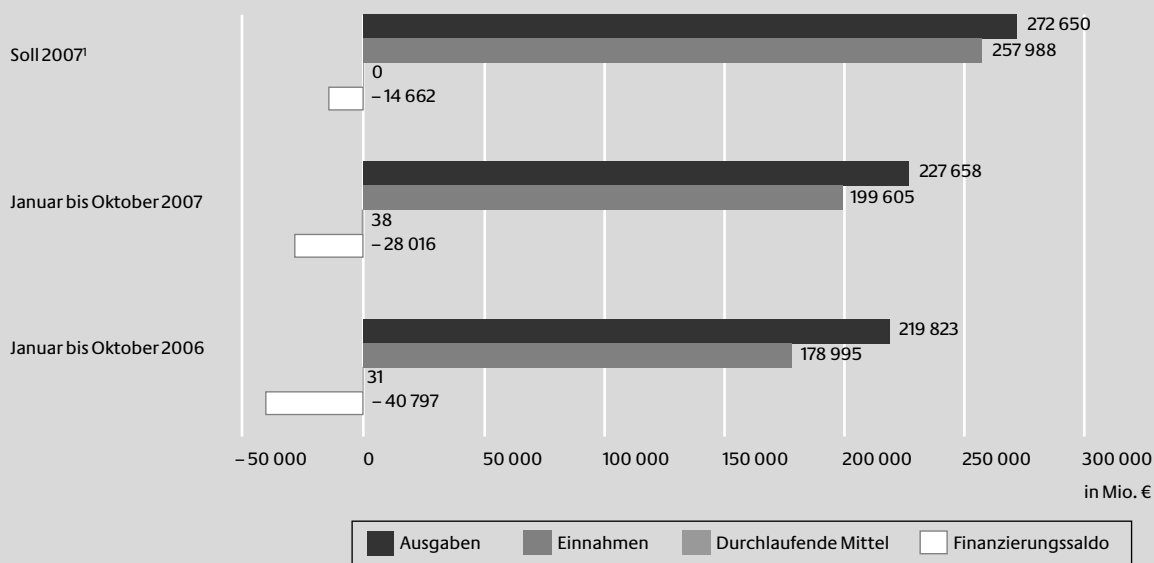
¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

² Buchungsergebnisse.

³ In der Oktober-Ausgabe des BMF-Monatsberichts ist uns bedauerlicherweise ein Fehler unterlaufen. Statt „- 6,8“ musste es korrekt heißen: „6,8“. Wir bitten für das Versehen um Entschuldigung.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

5,4 Mrd. € und die gestiegenen Zinsausgaben die für den Ausgabenzuwachs gewichtigsten Positionen. Mit einer Steigerungsrate von + 3,6 % gegenüber dem Vorjahr verläuft die Ausgabenentwicklung auf dem ursprünglichen Veranschlagungsniveau.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Ergebnis des Vorjahreszeitraums mit 199,6 Mrd. € um 20,6 Mrd. € (+ 11,5 %). Die Situation auf der Einnahmenseite wurde auch weiterhin von der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen getragen, wenn auch hier im Oktober eine deut-

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2006	Soll 2007 ¹	Ist-Entwicklung Januar bis Oktober 2007		Ist-Entwicklung Januar bis Oktober 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 732	49 046	39 376	17,3	38 112	17,3	3,3
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 059	4 318	3 821	1,7	3 548	1,6	7,7
Verteidigung	27 795	28 222	22 550	9,9	21 550	9,8	4,6
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 620	7 627	6 451	2,8	6 370	2,9	1,3
Finanzverwaltung	3 151	3 383	2 422	1,1	2 515	1,1	- 3,7
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 047	13 249	9 580	4,2	9 119	4,1	5,1
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	0	0	0,0	664	0,3	-100,0
BAföG	1 072	1 130	968	0,4	951	0,4	1,8
Forschung und Entwicklung	7 004	7 293	4 952	2,2	5 178	2,4	- 4,4
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	134 509	140 157	119 243	52,4	116 128	52,8	2,7
Sozialversicherung	74 431	75 745	68 128	29,9	67 171	30,6	1,4
Arbeitslosenversicherung	0	6 468	5 390	2,4	0	0,0	X
Grundsicherung für Arbeitsuchende	38 677	35 920	29 743	13,1	32 099	14,6	- 7,3
darunter: Arbeitslosengeld II	26 414	21 400	19 235	8,4	22 437	10,2	- 14,3
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 017	4 300	3 610	1,6	3 334	1,5	8,3
Wohngeld	956	1 000	803	0,4	894	0,4	- 10,2
Erziehungsgeld	2 805	1 944	1 795	0,8	2 344	1,1	- 23,4
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 798	2 574	2 238	1,0	2 462	1,1	- 9,1
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	897	926	625	0,3	656	0,3	- 4,7
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 488	2 005	1 277	0,6	1 007	0,5	26,8
Wohnungswesen	1 002	1 446	1 017	0,4	785	0,4	29,6
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 654	6 088	4 082	1,8	4 059	1,8	0,6
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	742	613	0,3	502	0,2	22,1
Kohlenbergbau	1 562	1 823	1 660	0,7	1 561	0,7	6,3
Gewährleistungen	794	1 150	456	0,2	519	0,2	- 12,1
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 012	10 991	8 221	3,6	7 752	3,5	6,1
Straßen (ohne GVFG)	6 195	5 740	4 233	1,9	4 368	2,0	- 3,1
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 295	10 177	7 109	3,1	6 417	2,9	10,8
Bundeseisenbahnvermögen	5 361	5 421	4 039	1,8	4 130	1,9	- 2,2
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 409	3 488	2 787	1,2	1 939	0,9	43,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 412	40 010	38 144	16,8	36 573	16,6	4,3
Zinsausgaben	37 469	39 278	37 373	16,4	35 732	16,3	4,6
Ausgaben zusammen	261 046	272 650	227 658	100,0	219 823	100,0	3,6

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

lich geringere Steigerungsrate als in den Vormonaten zu verzeichnen war. Die Steuereinnahmen im laufenden Jahr stiegen im Vergleich zum Ergebnis bis einschließlich Oktober 2006 um 15,2 %. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 21,7 Mrd. € um 2,8 Mrd. € unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums (– 11,4 %).

Der in der Finanzierungsübersicht dargestellten Nettotilgung in Höhe von 0,6 Mrd. € steht ein kassenmäßiger Fehlbetrag von – 28,4 Mrd. € gegenüber. Der Finanzierungssaldo bis einschließlich Oktober in Höhe von – 28,0 Mrd. € fiel wie bereits in den Vormonaten gegenüber dem

entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um ca. $\frac{1}{3}$ geringer aus.

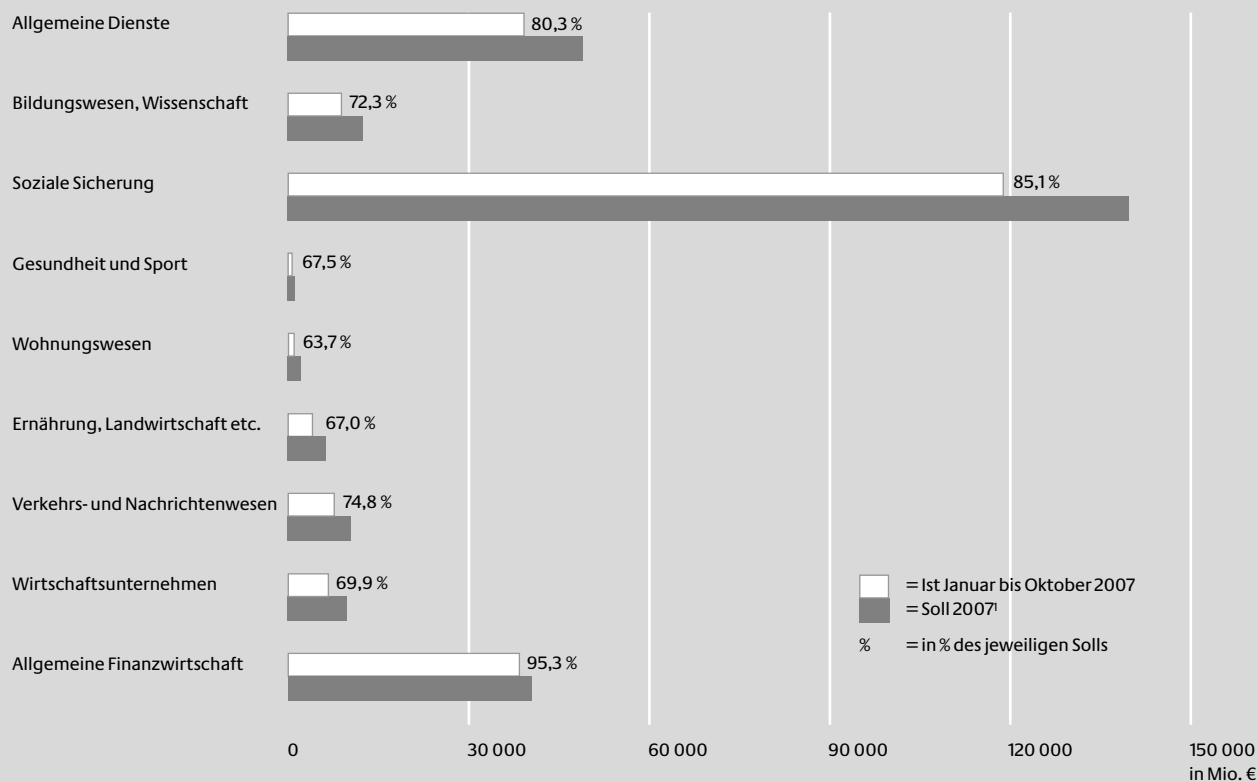
Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung vom 7. November 2007 sind für den Bund für das laufende Jahr Steuermehreinnahmen gegenüber der ursprünglichen Veranschlagung in Höhe von 11,2 Mrd. € zu erwarten. Damit wird auf Basis dieser Schätzung der im Regierungsentwurf vom 17. Oktober 2007 zum Nachtragshaushalt 2007 gesetzte Eckwert von 232,5 Mrd. € um 0,8 Mrd. € unterschritten. In den Beratungen des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages wurde der Nachtragshaushalt 2007 an die Ergebnisse

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2006	Soll 2007 ¹	Ist-Entwicklung Januar bis Oktober 2007		Ist-Entwicklung Januar bis Oktober 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	238 330	247 040	210 074	92,3	204 392	93,0	2,8
Personalausgaben	26 110	26 204	21 766	9,6	21 942	10,0	– 0,8
Aktivbezüge	19 730	19 761	16 194	7,1	16 477	7,5	– 1,7
Versorgung	6 380	6 443	5 572	2,4	5 464	2,5	2,0
Laufender Sachaufwand	18 349	18 715	13 841	6,1	13 062	5,9	6,0
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 450	1 517	983	0,4	1 059	0,5	– 7,2
Militärische Beschaffungen	8 517	8 654	6 348	2,8	5 765	2,6	10,1
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 543	6 511	2,9	6 238	2,8	4,4
Zinsausgaben	37 469	39 278	37 373	16,4	35 732	16,3	4,6
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	162 467	136 759	60,1	133 303	60,6	2,6
an Verwaltungen	13 937	14 770	11 311	5,0	11 317	5,1	– 0,1
an andere Bereiche	142 079	147 697	125 526	55,1	122 060	55,5	2,8
darunter:							
Unternehmen	14 275	18 002	11 572	5,1	11 051	5,0	4,7
Renten, Unterstützungen u.a.	32 256	27 847	24 636	10,8	27 483	12,5	– 10,4
Sozialversicherungen	91 707	97 633	86 032	37,8	80 469	36,6	6,9
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	335	0,1	354	0,2	– 5,4
Investive Ausgaben	22 715	26 107	17 584	7,7	15 431	7,0	14,0
Finanzierungshilfen	15 603	19 246	12 644	5,6	10 565	4,8	19,7
Zuweisungen und Zuschüsse	12 916	15 824	10 386	4,6	8 309	3,8	25,0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 109	2 778	1 633	0,7	1 680	0,8	– 2,8
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	625	0,3	576	0,3	8,5
Sachinvestitionen	7 112	6 860	4 940	2,2	4 866	2,2	1,5
Baumaßnahmen	5 634	5 326	3 993	1,8	3 935	1,8	1,5
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	566	0,2	552	0,3	2,5
Grunderwerb	536	505	381	0,2	379	0,2	0,5
Globalansätze	0	– 496	0		0		
Ausgaben insgesamt	261 046	272 650	227 658	100,0	219 823	100,0	3,6

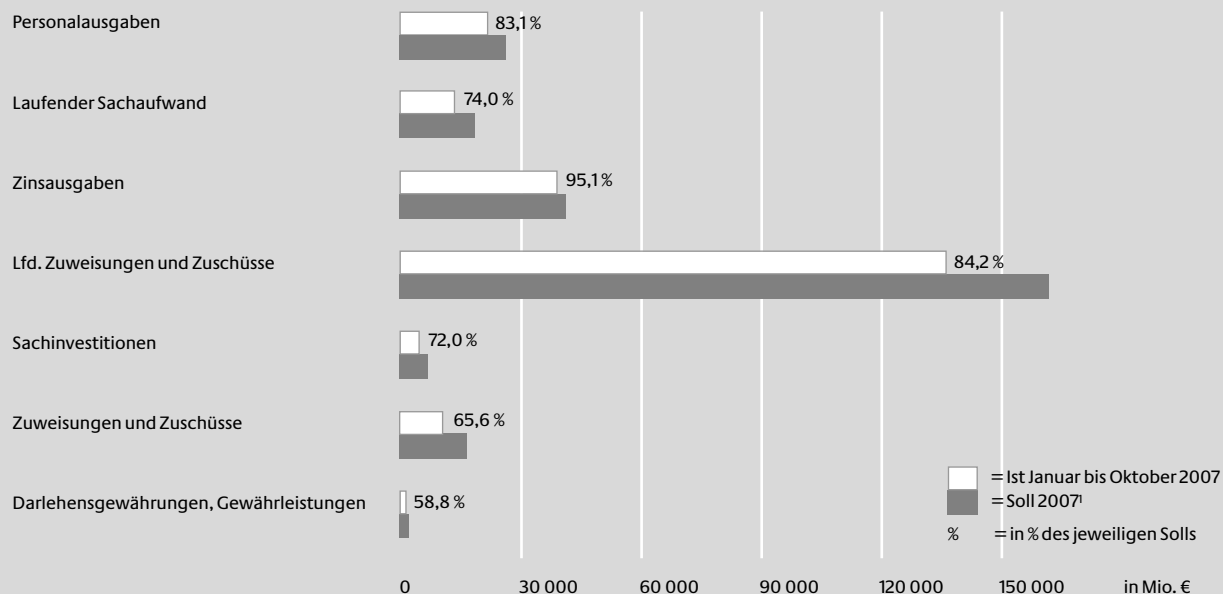
¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Oktober 2007



¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Oktober 2007



¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2006	Soll 2007 ¹	Ist-Entwicklung Januar bis Oktober 2007		Ist-Entwicklung Januar bis Oktober 2006		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	203 903	232 528	177 865	89,1	154 461	86,3	15,2
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	159 693	184 922	145 259	72,8	124 766	69,7	16,4
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	80 347	89 399	68 155	34,1	60 054	33,6	13,5
davon:							
Lohnsteuer	52 122	57 824	42 824	21,5	39 523	22,1	8,4
veranlagte Einkommensteuer	7 466	9 414	6 845	3,4	4 091	2,3	67,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5 952	6 295	5 975	3,0	5 111	2,9	16,9
Zinsabschlag	3 359	4 066	4 110	2,1	2 850	1,6	44,2
Körperschaftsteuer	11 449	11 800	8 402	4,2	8 479	4,7	- 0,9
Steuern vom Umsatz	77 732	93 968	76 079	38,1	63 723	35,6	19,4
Gewerbesteuerumlage	1 614	1 555	1 024	0,5	988	0,6	3,6
Energiesteuer	39 916	40 000	27 318	13,7	27 814	15,5	- 1,8
Tabaksteuer	14 387	14 500	11 289	5,7	11 309	6,3	- 0,2
Solidaritätszuschlag	11 277	12 100	9 703	4,9	8 790	4,9	10,4
Versicherungsteuer	8 775	10 480	8 943	4,5	7 541	4,2	18,6
Stromsteuer	6 273	6 450	5 292	2,7	5 227	2,9	1,2
Branntweinabgaben	2 166	1 973	1 597	0,8	1 609	0,9	- 0,7
Kaffeesteuer	973	1 060	874	0,4	775	0,4	12,8
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 689	- 14 716	- 11 262	- 5,6	- 11 082	- 6,2	1,6
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 586	- 14 050	- 12 516	- 6,3	- 13 372	- 7,5	- 6,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 677	- 3 900	- 3 368	- 1,7	- 3 365	- 1,9	0,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 6 710	- 5 592	- 2,8	- 5 878	- 3,3	- 4,9
II. Sonstige Einnahmen	28 903	25 460	21 740	10,9	24 534	13,7	- 11,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 768	4 259	3 881	1,9	3 187	1,8	21,8
Zinseinnahmen	885	465	723	0,4	536	0,3	34,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	9 459	6 467	6 033	3,0	8 805	4,9	- 31,5
Einnahmen zusammen	232 806	257 988	199 605	100,0	178 995	100,0	11,5

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

der aktuellen Steuerschätzung angepasst. Durch Anpassungen bei anderen Haushaltspositionen war es gleichwohl möglich, an der im Regierungsentwurf vorgesehenen Nettokreditaufnahme von 14,4 Mrd. € festzuhalten.

Die in den Tabellen dargestellten Zahlenangaben zum Soll 2007 geben noch den Stand des Kabinettsbeschlusses vom 17. Oktober 2007 zum

Nachtragshaushalt 2007 wider und berücksichtigen noch nicht die im vorstehenden Absatz beschriebenen Ansatzveränderungen aus dem parlamentarischen Beratungsverfahren. Gleiches gilt für die Darstellung und die entsprechenden Ausführungen im „Dritten Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2007“ (siehe S. 37 ff.).

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2007

Die Steuereinnahmen insgesamt lagen im Oktober um + 5,5 % über dem Vorjahresergebnis. Verglichen mit dem in den ersten zehn Monaten insgesamt erzielten Zuwachs war das eine merkliche Abschwächung. Dabei legten die gemeinschaftlichen Steuern in diesem Monat mit + 7,2 % zu, während sich bei den Bundessteuern ein Rückgang um - 1,3 % ergab. Die Ländersteuern übertrafen das Ergebnis vom Oktober 2006 um + 8,5 %.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis Oktober 2007 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum liegt bei + 11,7 %. Sie hat sich seit April 2007 kontinuierlich vermindert.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen im Oktober um + 6,8 % gegenüber dem Vorjahr. Für den Zeitraum Januar bis Oktober 2007 ergibt sich für den Bund ein Zuwachs von + 15,1 %.¹

Das Aufkommen aus der Lohnsteuer folgt einem stabil positiven Trend. Im Oktober 2007 fiel der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr mit

+ 8,1 % ebenso kräftig aus wie in den ersten zehn Monaten des Jahres zusammengekommen, obwohl das Ergebnis im Oktober 2006 durch singuläre Entwicklungen – hohe Abfindungszahlungen in einem Großunternehmen – nach oben gezogen worden war.

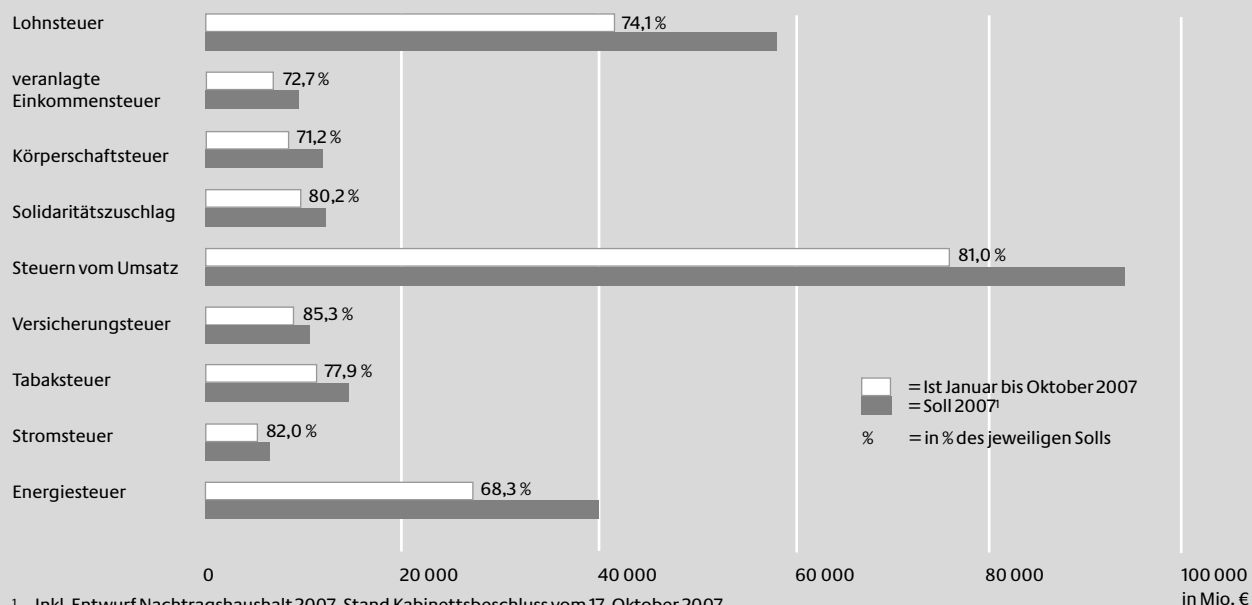
Bei den Veranlagungssteuern ergab sich ein differenziertes Bild. So war das Ergebnis bei der veranlagten Einkommensteuer um rund + 200 Mio. € besser als im Vorjahr. Leicht erhöhten Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer und Investitionszulagen in etwa unveränderter Höhe standen dabei erneut gesunkene Auszahlungen bei der Eigenheimzulage gegenüber. Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer blieb hingegen um etwa 1 Mrd. € hinter dem im Oktober 2006 erreichten Stand zurück. Teilweise handelt sich dabei um eine Normalisierung nach einem durch positive Sondereffekte überhöhten Vorjahresergebnis, teilweise um aktuelle negative Sondereffekte.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ergab sich mit einem Zuwachs in Höhe von + 10,5 % wieder ein stärkeres Plus als im Vormonat.

Beim Zinsabschlag hat sich der Anstieg gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres mit + 56,4 % nochmals erhöht. Darin dürf-

¹ Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fußnote 1, S. 18).

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Oktober 2007



¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

te sich widerspiegeln, dass immer mehr Anleger gegen Jahresende hin mit ihren Zinseinnahmen den gekürzten Sparerfreibetrag überschreiten.

Berücksichtigt man die aufkommenssteigernden Effekte, die sich allein aus der Anhebung des Regelsteuersatzes ergeben, fiel das Ergebnis bei den Steuern vom Umsatz mit +12,4 % enttäuschend aus. In der überproportionalen Erhöhung der Einfuhrumsatzsteuer (+20,3 %) dürften sich unter anderem die Effekte des deutlich erhöhten Ölpreises widerspiegeln. Die Mehreinnahmen dämpften über erhöhte Vorsteuerabzüge die Einnahmen aus der Umsatzsteuer (+9,8 %) zusätzlich.

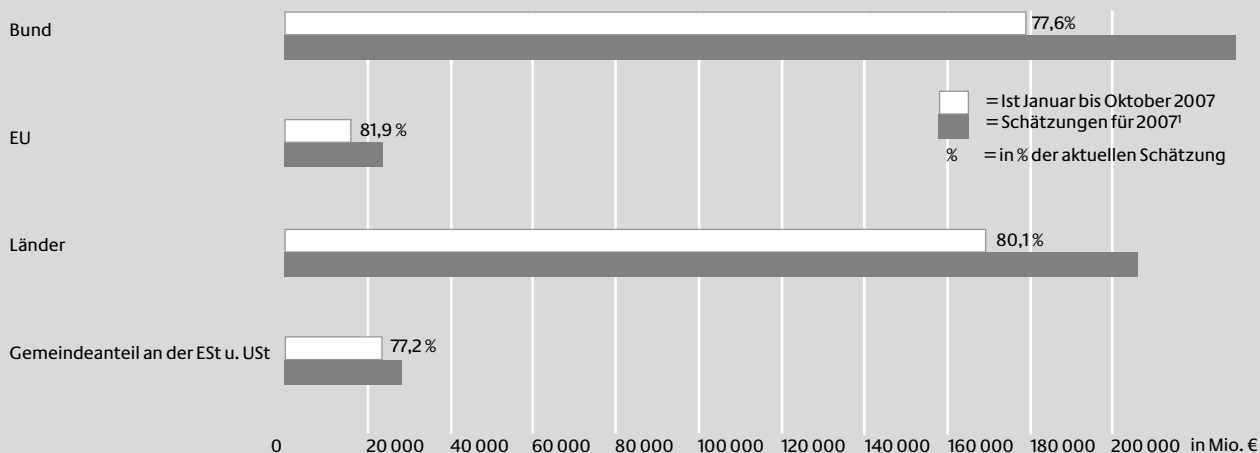
Bei den reinen Bundessteuern wurde in der Summe das Ergebnis vom Oktober des Vorjahres nicht erreicht. Hinter der Verringerung um –1,3 % stehen teils positive, teils negative Veränderungen bei den Einzelsteuern. Besonders ins Auge fällt ein Rückgang bei der Stromsteuer um –40,0 %, der allerdings maßgeblich von Korrekturen zuvor erfolgter Fehlbuchungen bestimmt war. Die Gegenbuchungen erfolgten

bei der Energiesteuer auf Erdgas, deren Aufkommen im Oktober entsprechend um +93,7 % zunahm. Als Folge stieg auch das Energiesteueraufkommen insgesamt um +2,3 %.

Der erneute Rückgang bei der Tabaksteuer (–6,7 %) entspricht der beobachteten Verbrauchsentwicklung. Es dürfte aber noch zu früh sein, daraus auf einen anhaltenden Erfolg der Maßnahmen zum Nichtraucherschutz zu schließen. Zuwächse von unterschiedlichem Ausmaß kennzeichneten die Entwicklung bei den übrigen Bundessteuern (Versicherungsteuer +25,2 %, Branntweinsteuer +8,0 %, Solidaritätszuschlag +2,2 %).

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern erhöhte sich im Oktober 2007 um +8,5 %. Einem erneut starken Plus bei der Grunderwerbsteuer (+25,4 %) und gleichfalls positiven Ergebnissen bei der Erbschaftsteuer (+16,2 %) und der Kraftfahrzeugsteuer (+5,5 %) standen Mindereinnahmen bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (–29,4 %) sowie der Biersteuer (–11,9 %) gegenüber.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Oktober 2007



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (November 2007).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

2007	Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2007 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 925	8,1	104 049	8,1	132 500	8,1
veranlagte Einkommensteuer	– 212	X	16 106	67,3	25 150	43,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	427	10,5	11 949	16,9	13 445	12,9
Zinsabschlag	748	56,4	9 340	44,2	11 165	46,3
Körperschaftsteuer	– 428	X	16 802	– 0,9	22 710	– 0,8
Steuern vom Umsatz	13 511	12,4	139 161	15,8	170 000	15,9
Gewerbesteuerumlage	598	– 5,8	2 653	1,0	3 767	– 1,9
erhöhte Gewerbesteuerumlage	549	– 8,8	2 202	– 0,8	3 026	– 4,7
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	25 118	7,2	302 263	14,2	381 763	13,5
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 645	2,3	27 318	– 1,8	39 350	– 1,4
Tabaksteuer	1 138	– 6,7	11 289	– 0,2	14 350	– 0,3
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	177	8,0	1 594	– 0,6	1 970	– 8,8
Versicherungsteuer	478	25,2	8 943	18,6	10 400	18,5
Stromsteuer	329	– 40,0	5 292	1,2	6 600	5,2
Solidaritätszuschlag	631	2,2	9 703	10,4	12 400	10,0
übrige Bundessteuern	126	6,9	1 205	8,9	1 481	4,0
Bundessteuern insgesamt	6 523	– 1,3	65 344	3,1	86 551	2,8
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	345	16,2	3 544	13,2	4 163	10,6
Grundwerbsteuer	636	25,4	5 930	17,7	7 180	17,2
Kraftfahrzeugsteuer	676	5,5	7 616	– 0,3	8 840	– 1,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	140	– 29,4	1 369	– 8,4	1 625	– 8,5
Biersteuer	56	– 11,9	640	– 3,0	763	– 2,1
sonstige Ländersteuern	10	3,4	281	– 6,6	331	– 5,2
Ländersteuern insgesamt	1 863	8,5	19 381	6,1	22 902	5,4
EU-Eigenmittel						
Zölle	362	4,6	3 336	4,3	4 040	4,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	347	23,0	3 061	8,5	3 700	0,6
BNE-Eigenmittel	1 267	– 5,0	11 242	– 10,5	13 800	– 5,4
EU-Eigenmittel insgesamt	1 977	0,7	17 639	– 5,0	21 540	– 2,7
Bund³	15 210	6,8	179 732	15,1	231 697	13,5
Länder³	14 863	4,0	171 017	10,0	213 622	9,6
EU	1 977	0,7	17 639	– 5,0	21 540	– 2,7
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 818	11,8	21 935	14,5	28 396	13,6
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	33 867	5,5	390 324	11,7	495 255	11,0

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2007.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Oktober gesunken. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende September bei 4,33 % lag, notierte Ende Oktober bei 4,20 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – verringerten sich von 4,79 % Ende September auf 4,60 % Ende Oktober. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 6. Juni 2007 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 13. Juni liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefi-

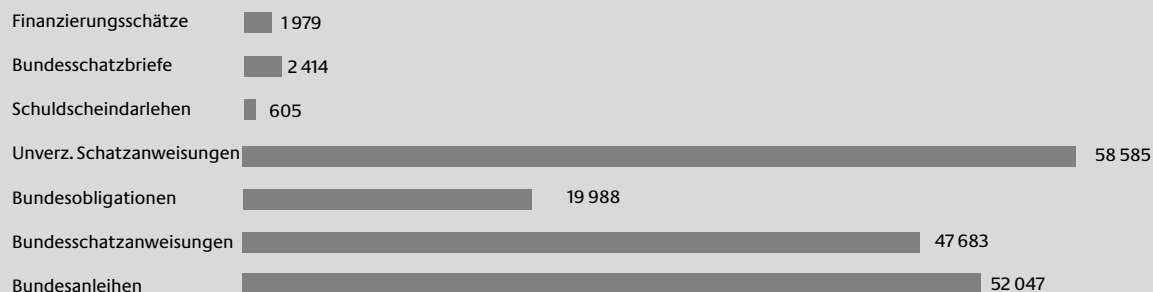
nanzierungsgeschäfte bei 4,00 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 3,00 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 5,00 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im Oktober weiter zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 7 862 auf 8 019 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 4 382 auf 4 490 Punkte (Monatsendstände).

Monetäre Entwicklung

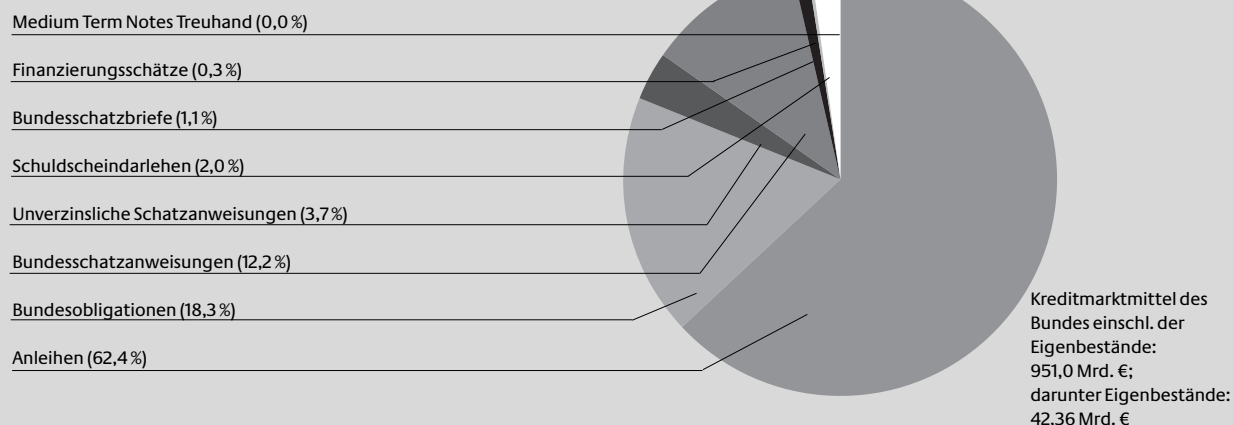
Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet verringerte sich im

Kreditaufnahme des Bundes bis Oktober 2007 in Mio. €¹



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.
Nachrichtlich: Kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 279 Mio. €.

Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Oktober 2007



September auf 11,3% (nach 11,6% im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Juli bis September 2007 betrug 11,5 %, verglichen mit 11,4 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im September auf 11,6 % (nach 11,8 % im Vormonat). Die Grunddynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums bleibt damit unverändert kräftig. In Deutschland sank die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 3,0 % im August auf 2,5 % im September.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes 2007 betrug bis einschließlich Oktober 183,3 Mrd. €. Davon wurden 171,5 Mrd. € im Rahmen des ange-

kündigten Emissionskalenders umgesetzt. Zusätzlich wurden am 25. April 2007 die 1,5-prozentige inflationsindexierte Bundesanleihe – ISIN DE000103500 – um 2 Mrd. € aufgestockt und am 24. Oktober 2007 eine 2,25-prozentige inflationsindexierte Obligation des Bundes – ISIN DE0001030518 – im Tenderverfahren in Höhe von 4 Mrd. € neu begeben. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und Schuldscheindarlehen; die im Rahmen von Marktpflegeoperationen durchgeführte Kreditaufnahme (Eigenbestandsabbau) betrug 0,28 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2006 haben sich die Kreditmarktmittel des Bundes bis zum 31. Oktober 2007 um 10,8 Mrd. € auf 951,0 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 4. Quartal 2007 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen im 4. Quartal 2007 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	–	–	–	–
Bundesobligationen	–	–	–	–
Bundesschatzanweisungen	–	–	15,0	15,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,6
Bundesschatzbriefe	0,3	0,2	0,1	0,6
Finanzierungsschätze	0,2	0,2	0,2	0,6
Fundierungsschuldverschreibungen	0,0	–	–	0,0
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	4,3	2,2	0,3	6,7
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	10,6	8,5	21,4	40,5

Zinszahlungen

	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	2,6	0,3	1,2	4,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

4. Quartal 2007“ dargestellten Kapitalmarkt- sowie Geldmarktemissionen in Höhe von insgesamt ca. 52 Mrd. € zu begeben.

Die Tilgungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen

sich im 4. Quartal 2007 auf rund 40,5 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich im 4. Quartal 2007 auf rund 4,2 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2007

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137198 WKN 113 719	Aufstockung	10. Oktober 2007	2 Jahre fällig 11. September 2009 Zinslaufbeginn: 11. September 2007 erster Zinstermin: 11. September 2008	6 Mrd. €
Inflationsindexierte Obligation ISIN DE0001030518 WKN 103 051	Neuemission	24. Oktober 2007	5 Jahre fällig 15. April 2013 Zinslaufbeginn: 15. April 2007 erster Zinstermin: 15. April 2008	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001141513 WKN 114 151	Aufstockung	31. Oktober 2007	5 Jahre fällig 12. Oktober 2012 Zinslaufbeginn: 28. September 2007 erster Zinstermin: 12. Oktober 2008	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001135341 WKN 113 534	Neuemission	14. November 2007	10 Jahre fällig 4. Juli 2018 Zinslaufbeginn: 16. November 2007 erster Zinstermin: 4. Januar 2009	ca. 7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001141513 WKN 114 151	Aufstockung	28. November 2007	5 Jahre fällig 12. Oktober 2012 Zinslaufbeginn: 28. September 2007 erster Zinstermin: 12. Oktober 2008	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137206 WKN 113 720	Neuemission	12. Dezember 2007	2 Jahre fällig 11. Dezember 2009 Zinslaufbeginn: 11. Dezember 2007 erster Zinstermin: 11. Dezember 2008	ca. 7 Mrd. €
4. Quartal 2007 insgesamt				ca. 34 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115095 WKN 111 509	Neuemission	15. Oktober 2007	6 Monate fällig 16. April 2008	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115103 WKN 111 510	Neuemission	12. November 2007	6 Monate fällig 21. Mai 2008	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115111 WKN 111 511	Neuemission	10. Dezember 2007	6 Monate fällig 18. Juni 2008	ca. 6 Mrd. €
4. Quartal 2007 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Wirtschaftswachstum hat sich im 3. Quartal spürbar beschleunigt.
- Impulse kamen von der Binnennachfrage.
- Außenbeitrag trug nicht zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei.
- Beschäftigung liegt deutlich über dem Niveau von 1991.

Die deutsche Wirtschaft ist – ungeachtet der jüngsten Finanzmarktturbulenzen – in einer robusten Verfassung. Die konjunkturelle Grunddynamik ist so stark, dass die fiskalischen Belastungen ab Beginn dieses Jahres insgesamt gut verkraftet wurden. Das Wirtschaftswachstum hat sich im 3. Quartal sogar spürbar beschleunigt. Nach der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes stieg das Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal. Es hat damit mehr als doppelt so stark zugenommen wie im 2. Vierteljahr (+ 0,3 %).

Die Wachstumsimpulse kamen ausschließlich von der Binnennachfrage. In Ausrüstungen und Bauten wurde wieder mehr investiert. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften von der hohen Kapazitätsauslastung sowie von Vorzieheffekten im Zusammenhang mit dem Auslaufen der degressiven Abschreibung zum Jahresende vorangetrieben worden sein. Zum Anstieg der Bauinvestitionen dürfte hauptsächlich der gewerbliche Bau beigetragen haben. Vor dem Hintergrund der hohen Kapazitätsauslastung sind die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen stark vom Erweiterungsmotiv geprägt. Auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte trugen zum Wirtschaftswachstum bei, wenn auch nur moderat. Der private Konsum dürfte von der positiven Entwicklung des verfügbaren Einkommens – angesichts der Beschäftigungsexpansion und der Lohnzuwächse – begünstigt worden sein.

Der Außenbeitrag trug im 3. Quartal, anders als im Vorquartal, nicht zum Anstieg des Brutto-

inlandsprodukts bei. Die deutlich beschleunigte Zunahme der Exporte wurde durch den ebenfalls starken Zuwachs der Importe wettgemacht.

Die Beschäftigungsexpansion setzte sich im 3. Quartal fort. Der Beschäftigungsaufbau – vor allem die Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen – ist so kräftig wie lange nicht mehr. Dadurch wurden die Einkommen der privaten Haushalte begünstigt. Dies und die Zunahme der Wirtschaftsleistung der Unternehmen spiegeln sich in den steigenden Steuereinnahmen wider. So stiegen die Einnahmen aus der Lohnsteuer im Oktober 2007 ebenso kräftig wie in den ersten zehn Monaten dieses Jahres zusammengekommen (+ 8,1 %).

Detaillierte Angaben zur Wirtschaftsleistung im 3. Quartal wird das Statistische Bundesamt am 22. November 2007, und damit erst nach Redaktionsschluss, veröffentlichen. Auf Grundlage der vorliegenden Konjunkturindikatoren können aber bereits jetzt hierzu und zu den Aussichten Rückschlüsse für die weitere Entwicklungstendenz der Nachfrageaggregate gezogen werden.

Der Zuwachs der nominalen Warenausfuhr hat im 3. Quartal deutlich an Dynamik gewonnen. Dies zeigt sich in der merklichen Zunahme der Exportumsätze im 3. Quartal (saisonbereinigt + 2,6 %, nach + 1,1 % im 2. Quartal jeweils gegenüber dem Vorquartal). Ausschlaggebend für den Exportzuwachs dürfte – vor dem Hintergrund nahezu stagnierender Exportpreise im Vergleich zum Vorquartal – die Mengenzunahme gewesen sein. Von Januar bis September

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2006 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			1.Q.07	2. Q.07	3.Q.07	1.Q.07	2.Q.07	3.Q.07
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 183	+ 2,9	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,4
jeweilige Preise	2 322	+ 3,5	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,9	+ 5,0	+ 4,6	+ 4,7
Einkommen¹								
Volkseinkommen	1 751	+ 3,6	+ 1,6	- 0,8	.	+ 4,8	+ 3,3	.
Arbeitnehmerentgelte	1 149	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,7	.	+ 3,1	+ 2,9	.
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	602	+ 7,2	+ 2,1	- 3,7	.	+ 7,9	+ 3,9	.
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 494	+ 1,9	- 0,3	+ 0,5	.	+ 1,8	+ 1,9	.
Bruttolöhne und -gehälter	926	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,9	.	+ 3,6	+ 3,4	.
Sparen der privaten Haushalte	158	+ 1,5	+ 4,4	+ 0,3	.	+ 6,3	+ 5,9	.
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2006 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Aug 07	Sep 07	Drei- monats- durch- schnitt	Aug 07	Sep 07	Drei- monats- durch- schnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	81	+ 9,2	+ 2,3	.	- 0,5	- 3,3	.	- 2,8
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	893	+ 13,6	+ 2,4	+ 0,7	+ 2,6	+ 12,4	+ 3,3	+ 9,0
Waren-Importe	734	+ 16,9	+ 4,5	- 2,6	+ 2,5	+ 9,4	- 0,4	+ 4,6
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)²	109,8	+ 6,0	+ 1,9	+ 0,3	+ 2,1	+ 5,4	+ 6,1	+ 5,4
Industrie ³	113,2	+ 6,5	+ 2,1	+ 0,1	+ 2,1	+ 6,5	+ 6,9	+ 6,5
Bauhauptgewerbe	81,0	+ 6,4	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,2	- 3,2	- 2,4	- 3,5
Umsätze im Produzierenden Gewerbe²								
Industrie (Index 2000 = 100) ³	114,3	+ 7,2	+ 1,3	- 1,3	+ 1,1	+ 5,9	+ 4,2	+ 5,3
Inland	102,5	+ 4,9	+ 2,0	- 1,6	+ 0,8	+ 5,3	+ 2,9	+ 3,9
Ausland	133,3	+ 10,1	+ 0,6	- 0,9	+ 1,4	+ 6,6	+ 5,8	+ 7,0
Auftragseingang (Index 2000 = 100)²								
Industrie ³	119,0	+ 9,5	+ 1,9	- 2,5	- 1,7	+ 4,8	+ 4,5	+ 5,3
Inland	105,5	+ 7,4	+ 0,4	- 2,9	- 0,7	+ 3,6	- 0,5	+ 3,3
Ausland	135,8	+ 11,5	+ 3,2	- 1,9	- 2,6	+ 6,0	+ 9,8	+ 7,3
Bauhauptgewerbe	74,6	+ 2,9	- 7,8	.	- 4,6	- 4,8	.	- 1,6
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)⁴								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	103,7	+ 1,7	- 0,2	+ 0,6	+ 1,1	- 2,4	- 4,5	- 2,5
Großhandel (ohne Kfz.)	109,8	+ 3,2	- 0,8	- 0,3	+ 0,8	+ 1,0	- 1,8	+ 1,4
Arbeitsmarkt	2006 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Aug 07	Sep 07	Okt 07	Aug 07	Sep 07	Okt 07
Erwerbstätige, Inland	39,09	+ 0,6	+ 45	+ 39	.	+ 634	+ 672	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,49	- 7,7	- 26	- 49	- 40	- 666	- 694	- 650
Preisindizes	2006 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahr		
			Aug 07	Sep 07	Okt 07	Aug 07	Sep 07	Okt 07
2000 = 100								
Importpreise	106,7	+ 5,2	- 0,7	+ 0,6	.	- 0,6	+ 1,3	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	116,8	+ 5,5	+ 0,1	+ 0,2	.	+ 1,0	+ 1,5	.
Verbraucherpreise	110,1	+ 1,7	- 0,1	+ 0,2	.	+ 1,9	+ 2,5	.
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
Gewerbliche Wirtschaft								
	Mär 07	Apr 07	Mai 07	Jun 07	Jul 07	Aug 07	Sep 07	Okt 07
Klima	+ 14,5	+ 16,3	+ 16,2	+ 13,1	+ 11,9	+ 10,7	+ 7,5	+ 7,1
Geschäftslage	+ 20,4	+ 21,9	+ 20,7	+ 18,4	+ 18,2	+ 18,5	+ 15,6	+ 14,9
Geschäftserwartungen	+ 8,8	+ 10,9	+ 11,9	+ 8,0	+ 5,8	+ 3,2	- 0,2	- 0,5

¹ Rechenstand: 23. August 2007. ² Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. ³ Ohne Energie. ⁴ Änderung des Berichts-firmenkreises ab 2006; aber: Spalte 2006 ohne Neuzugangsstichprobe zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit gegenüber 2005.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

wurde 10,5 % mehr exportiert als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dabei nahmen die Umsätze von Warenausfuhr in EU-Länder überdurchschnittlich zu (+ 12,2 %). Hier macht sich, neben der starken Nachfrage, die hohe Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen aufgrund einer günstigen Preis- und Kostenentwicklung zusätzlich positiv bemerkbar. Dynamisch gestalteten sich auch die Ausfuhren außerhalb des Währungsraums, insbesondere mit mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten. So war der Umsatzanstieg der Ausfuhren in Drittländer – dank der hohen Nachfrage und des attraktiven Gütersortiments deutscher Exporteure – ebenfalls kräftig (+ 7,4 %). Der aufwärtsgerichtete Trend der Exporte dürfte sich fortsetzen, allerdings mit etwas schwächerer Dynamik: Zwar ist das Niveau der Auslandsbestellungen weiterhin hoch, im 3. Quartal aber war ein spürbarer Rückgang zu verzeichnen (– 2,6 %). Für eine bevorstehende Verlangsamung des Ausfuhranstiegs sprechen auch die ifo-Exportenerwartungen, die zwar noch im optimistischen Bereich liegen, aber zum vierten Mal in Folge zurückgegangen sind. Hier könnten bereits die allgemein erwartete Abflachung der Weltkonjunktur sowie die negativen Wirkungen der Euro-Aufwertung auf die Exporttätigkeit zum Ausdruck kommen.

Die Entwicklung der Warenimporte in jeweiligen Preisen ist aufwärtsgerichtet. So legte der Umsatz der Warenimporte im 3. Quartal beinahe so stark zu wie der der Exporte (saisonbereinigt + 2,5 % gegenüber der Vorperiode). Bei moderatem Importpreisanstieg im 3. Quartal gegenüber der Vorperiode spricht dies für eine lebhaftere Inlandsnachfrage.

Die Wirtschaftsdaten für Produktion und Umsatz deuten auf eine starke gesamtwirtschaftliche Dynamik im 3. Quartal hin. Die Industrieproduktion hat – nach einem eher schwachen Ergebnis im 2. Quartal (saisonbereinigt + 0,4 % gegenüber dem Vorquartal) – merklich zugelegt (+ 2,1 %). Der Zuwachs wurde in erster Linie von der Erzeugung von Investitionsgütern getragen (+ 3,0 %). Dies deutet darauf hin, dass auch im 3. Vierteljahr die Investitionsdynamik kräftig gewesen sein dürfte. Dabei wirkten sich wahrscheinlich – neben den kräftigen außenwirtschaftlichen Impulsen – auch

Vorzieheffekte im Zusammenhang mit dem Auslaufen der degressiven Abschreibung zum Ende dieses Jahres aus. Der Umsatz in der Industrie nahm im 3. Quartal nur halb so stark wie die Produktion zu (+ 1,1 %). Er stieg im Ausland (+ 1,4 %) deutlich mehr als im Inland (+ 0,8 %). Den größten Zuwachs im Inland gab es bei den Investitionsgütern, aber auch die Umsätze für Vorleistungsgüter nahmen zu. Die Konsumgüterumsätze waren dagegen rückläufig.

Die Aussichten für eine weitere Ausweitung der Industrieproduktion bleiben nach wie vor günstig. Allerdings waren die Auftragseingänge im 3. Quartal (saisonbereinigt – 1,7 % gegenüber dem Vorquartal) rückläufig, was auf eine Abschwächung der Dynamik der Produktionszuwächse im weiteren Jahresverlauf hindeutet. In dem Rückgang der Auftragseingänge zeigen sich zum einen die merkliche Abnahme der Bestellungen im September gegenüber dem Vormonat und zum anderen der starke Rückgang der Aufträge im Juli als Gegenreaktion des vorangegangenen kräftigen Anstiegs. Aus dem Ausland waren deutlich geringere Bestellungen für Investitionsgüter (– 4,6 %) eingegangen, die mit der bereits nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik zusammenhängen könnten. Auch die Auftragseingänge aus dem Inland sanken für alle drei Gütergruppen, am stärksten für Konsumgüter (– 1,4 %).

Im Bauhauptgewerbe zeichnet sich eine Erholung ab. So wurde die Produktion im 3. Quartal – nach dem Einbruch im 2. Quartal – merklich ausgeweitet (+ 1,2 %). Die Baubranche dürfte insbesondere davon profitieren, dass die Investitionstätigkeit vor allem vom Erweiterungsmotiv geprägt ist. Hinzu kommt, dass die Bauaktivitäten von staatlichen Förderprogrammen zur energetischen Sanierung begünstigt werden.

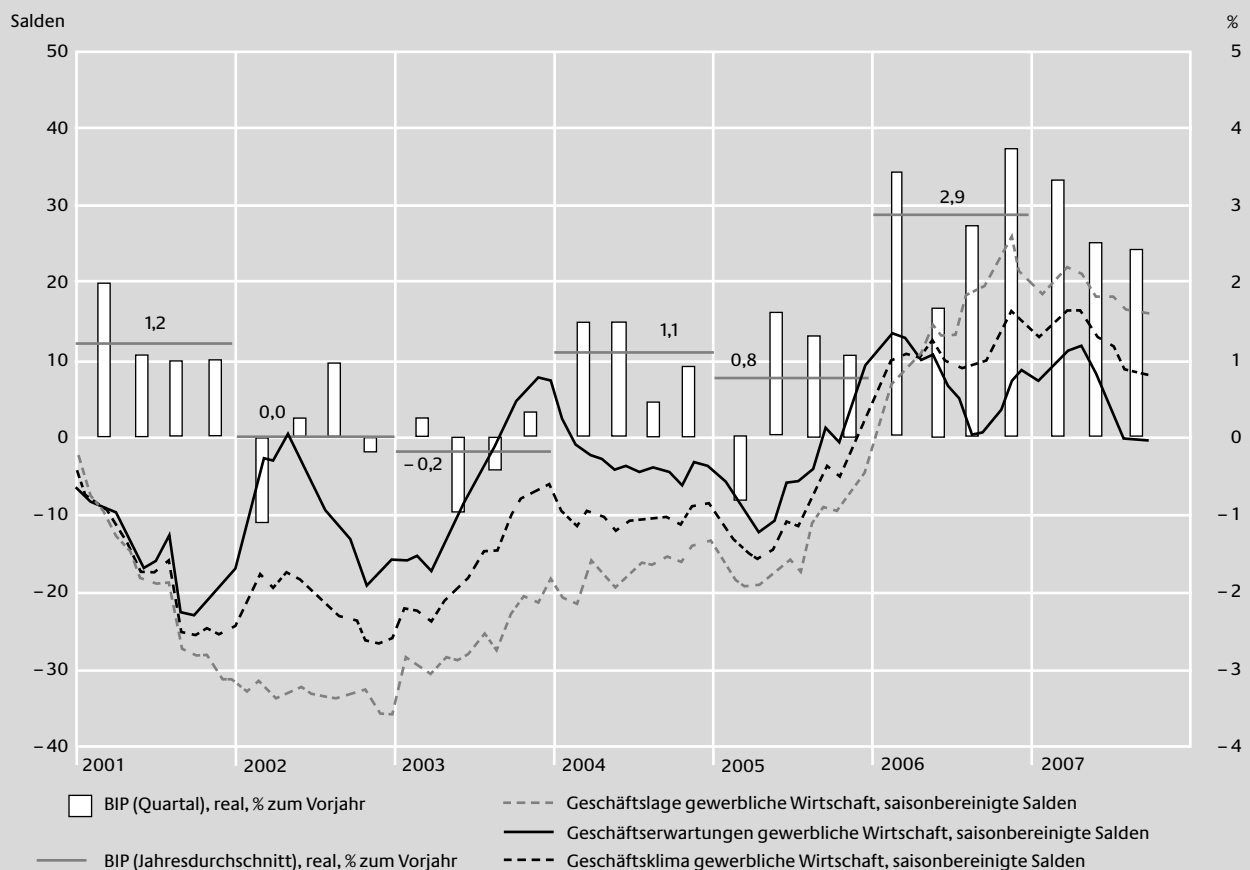
Der private Konsum hat im 3. Quartal moderat zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Der merkliche Anstieg des Einzelhandelsumsatzes einschließlich des Kfz-Handels und Tankstellen (saisonbereinigt + 1,1 % gegenüber dem Vorquartal) deutete zusammen mit der spürbaren Zunahme der privaten Pkw-Neuzulassungen bereits auf eine Ausweitung der privaten Nachfrage hin. Allerdings konnten die starken Umsatzeinbußen im Einzelhandel sowie der

Rückgang der Neuzulassungen zu Jahresbeginn noch nicht vollständig aufgeholt werden. Angesichts des geringen Umsatzplus im Einzelhandel ohne Kfz und Tankstellen (+ 0,2%) deutet dies darauf hin, dass die Erholung des privaten Konsums – trotz leichter Erholung – noch verhalten geblieben ist. Allerdings könnte die Belebung im weiteren Jahresverlauf stärker werden. Dafür spricht die optimistische Stimmung der Verbraucher, wenngleich sie im September und Oktober verhaltener war als in den Sommermonaten. Auch die Einzelhändler gehen von einer Verbesserung der Geschäfte in den nächsten Monaten aus. Der private Verbrauch dürfte dabei zunehmend von dem spürbaren Beschäftigungsaufbau und den damit einhergehenden Einkommensverbesserungen sowie den Lohnzuwächsen profitieren.

Im Oktober gab es saisonbereinigt 40 000 weniger arbeitslose Personen als vor einem Monat. Von Januar bis August ging die Zahl der arbeitslosen Personen monatsdurchschnittlich

um 43 000 zurück. Nach Ursprungszahlen waren im Oktober 3,43 Mio. Personen arbeitslos registriert. Dies ist der niedrigste Stand seit November 1994. Es waren 650 000 weniger Personen ohne Arbeit als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote nahm gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozentpunkte auf 8,2 % ab. Allerdings war die Quote in den neuen Ländern immer noch doppelt so hoch wie in den alten Ländern (West 6,8 %, Ost 13,6 %). Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) stieg im September saisonbereinigt um 39 000 Personen gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 672 000 Personen auf 40,18 Mio. Personen. Der Beschäftigungsstand liegt damit wieder deutlich über dem Niveau des Jahres 1991. Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hat sich im August beschleunigt fortgesetzt (nach ersten Hochrechnungen saisonbereinigt ca. + 62 000 gegenüber dem Vormonat und ca. + 589 000 gegenüber dem Vorjahr). Die

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



Beschäftigung nahm am stärksten in Hamburg (+ 3,0 %), Bremen und Berlin (jeweils + 2,8 %) zu. Auch nach Branchen gab es fast überall Beschäftigungszuwächse. Starke Impulse für den Beschäftigungsaufbau werden wohl – angesichts der hohen Kapazitätsauslastung – von den angestiegenen Erweiterungsinvestitionen ausgegangen sein. Sie dürften nach der Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), wonach 34 % der befragten Unternehmen Kapazitätserweiterungen planen (sechs Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr), auch weiter zunehmen. Dies ist zusammen mit dem umfassenden Stellenindex BA-X der Bundesagentur für Arbeit (Oktober: saisonbereinigt + 6 auf 229 Punkte) ein Indiz dafür, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften in den nächsten Monaten weiterhin steigen dürfte. Allerdings wird für das nächste Jahr eine geringere Dynamik des gesamtwirtschaftlichen Wachstums erwartet. Vor diesem Hintergrund könnte sich der Beschäftigungsaufbau 2008 etwas verlangsamen. Darauf deutet auch die leichte Entrübung der Stimmungsindikatoren hin (ifo-Geschäftsklimaindex).

Der seit September deutliche Anstieg der Verbraucherpreise beeinträchtigt die Kaufkraft der privaten Haushalte und damit die Belebung des privaten Konsums. So stieg der Verbraucherpreisindex im Oktober um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr und um 0,2 % gegenüber dem Vormonat. Wie auch schon im September wirkte sich die höhere Jahresteuersatzrate für Mineralölprodukte preistreibend aus (statistischer Basiseffekt). Ohne Einrechnung dieser Erzeugnisse hätte sich das Niveau des Verbraucherpreisindex um 2,2 % erhöht. Darüber hinaus ist der Anstieg des Verbraucherpreisindex auf eine überdurchschnittliche Teuerung bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken zurückzuführen (Speise-

fette und -öle: + 26,0 %, Milchprodukte und Eier: + 13,5 %). Auch die Einführung von Studiengebühren (im April in fünf und im Oktober in zwei weiteren Bundesländern) erhöhte das Verbraucherpreisniveau im Vergleich zum Vorjahr. Dagegen dämpfte die Preisentwicklung bei Informationsverarbeitungsgeräten und bei Unterhaltungselektronik die Teuerungsrate.

Der Importpreisindex ist im September um 1,3 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Dabei wirkte die Verteuerung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen (+ 13,0 % bzw. + 13,7 % gegenüber dem Vorjahr) vor allem aufgrund eines Basiseffekts preistreibend (starker Rückgang von Importpreisen für Erdöl und Mineralölerzeugnisse von August auf September). So war der Importpreisindex ohne Preise für Erdöl und Mineralölerzeugnisse um 0,2 % niedriger als vor einem Jahr. Einfuhrpreise für Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (+ 8,4 %) sowie Getreide (+ 52,5 %) und Milcherzeugnisse (+ 22,3 %) legten ebenfalls zu. Billiger wurden Importe von Schweinefleisch (– 10,6 %), Datenverarbeitungsgeräten/-einrichtungen (– 29,9 %) sowie elektronischen Bauelementen (– 19,0 %).

Der Erzeugerpreisindex stieg im September um 1,5 % gegenüber dem Vorjahr. Auch hier trugen die Preise für Mineralölerzeugnisse (+ 7,9 %), insbesondere Heizöl (+ 8,0 %) und Kraftstoffe (+ 8,1 %), besonders zum Preisanstieg bei. So nahmen die Erzeugerpreise ohne Berücksichtigung dieser Erzeugnisse um 1,2 % gegenüber dem Vorjahr zu. Darüber hinaus stiegen Erzeugerpreise für Vorleistungsgüter (+ 3,3 %) sowie für Verbrauchsgüter (+ 3,0 %), insbesondere für Milch und Milcherzeugnisse (+ 17,5 %), überdurchschnittlich. Dagegen wirkte die Entwicklung der Energiepreise dämpfend (Erdgas: – 8,3 %, Strompreise stagnierten).

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 13. November 2007 in Brüssel

Lissabon-Strategie: Der neue Dreijahreszyklus

Der ECOFIN-Rat befasste sich mit einer Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (KOM) vom Oktober 2007, die erste Überlegungen für den nächsten dreijährigen Zyklus (2008 bis 2011) der Lissabon-Strategie anstellt. Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen, die betonen, dass die vier Prioritäten des Europäischen Rates (mehr Forschung und Entwicklung, dynamischeres Unternehmensumfeld, bessere Beschäftigungsfähigkeit und Investitionen in Menschen, Energie- und Klimapolitik) weiterhin gültig sind. Der ECOFIN-Rat ist – wie die KOM – zu dem Schluss gekommen, dass es jetzt nicht um eine grundlegende Überarbeitung der Prioritäten und der sogenannten „Integrierten Leitlinien“ geht, sondern um deren Umsetzung.



Globalisierung: Kapitalströme und Fluss von Arbeitskräften

Die Finanzminister führten auf der Grundlage eines KOM-Berichts einen Meinungsaustausch über Bestimmungsgründe und wirtschaftliche Auswirkungen der Migration in die EU. Die Finanzminister diskutierten insbesondere die Auswirkungen von Migration auf die öffentlichen Finanzen und das Wirtschaftswachstum. Viele Finanzminister wiesen in ihren Redebeiträgen auf den wirtschaftlichen Nutzen der Zuwanderung hin. Die Bedeutung der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik wurde dabei

betont. Es wurde auch deutlich, dass die Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind. Die portugiesische Ratspräsidentschaft wird auf der Grundlage dieser Aussprache einen Beitrag des ECOFIN-Rates für den Europäischen Rat im Dezember vorbereiten.

Statistik

Der ECOFIN-Rat verabschiedete Schlussfolgerungen, die der jährlichen Bestandsaufnahme über Fortschritte und weiterhin bestehenden Handlungsbedarf im Bereich der Statistik dienen. Darin begrüßt der Rat die Fortschritte, die bei den wichtigsten europäischen wirtschaftlichen Indikatoren (WEWI) erreicht wurden, und ermutigt zu weiteren Anstrengungen. Eurostat und die nationalen Statistischen Ämter werden aufgefordert, ihre Anstrengungen für die regelmäßige Verfügbarkeit und hohe Qualität der Statistiken für Strukturanalysen zu intensivieren. Eurostat und Europäische Zentralbank sollen 2008 einen aktualisierten Bericht über Fortschritte im Bereich der Statistik der Wirtschafts- und Währungsunion vorlegen. Der Rat ersucht die Mitgliedstaaten, die Leitlinien des Ausschusses für Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken zu befolgen, die dieser für die Unterrichtung der Öffentlichkeit über wesentliche statistische Revisionen aufgestellt hat.

Steuern

a) Mehrwertsteuerpaket

Das Mehrwertsteuerpaket besteht aus drei Teilen: 1. Ort der Umsatzbesteuerung von Dienstleistungen in der EU; 2. einzige Anlaufstelle zur Erledigung von steuerlichen Verpflichtungen für grenzüberschreitend tätige Unternehmer (kleiner One-Stop-Shop); 3. Umsatzsteuervergütungsverfahren für in anderen EU-Mitgliedstaaten ansässige Unternehmer. Unter deutscher Präsidentschaft

wurden zwar erhebliche Fortschritte mit dem Paket erzielt. Vor allem über den Übergang auf das Bestimmungslandprinzip bei Dienstleistungen an Private (business to consumer, „B2C“) wurde aber keine Einigung erzielt. Diese Frage stand auch im Mittelpunkt der Beratungen am 13. November. Breite Unterstützung fand der Kompromissvorschlag der Präsidentschaft, den Übergang zum Bestimmungslandprinzip zeitlich hinauszuschieben. Die in Steuerfragen erforderliche Einstimmigkeit konnte jedoch nicht erzielt werden. Die portugiesische Präsidentschaft wird das Thema im Dezember erneut auf die Tagesordnung des ECOFIN setzen.

b) Ermäßigte Mehrwertsteuersätze

Die KOM hatte dem Rat am 5. Juli 2007 einen Vorschlag zur Änderung der Mehrwertsteuer-Richtlinie vorgelegt. Dieser Vorschlag sieht vor, Ausnahmeregelungen für einige neue Mitgliedstaaten, die in den Beitrittsverträgen enthalten sind und Ende 2007 auslaufen, bis Ende 2010 zu verlängern. Der Rat führte hierzu einen Meinungsaustausch. Die Diskussion wird in der Dezember-Sitzung des ECOFIN-Rates fortgeführt.

c) Ökosteuern: Besteuerung von Personenkraftwagen

Der von der KOM im Juli 2005 vorgelegte Richtlinienvorschlag zur Besteuerung von Personenkraftwagen sieht eine schrittweise Abschaffung der in den meisten Mitgliedstaaten (nicht aber in Deutschland) erhobenen Zulassungsteuer vor. Diese Abschaffung soll zugunsten des Ausbaus der jährlichen Kraftfahrzeugsteuer erfolgen, die zumindest teilweise am CO₂-Ausstoß der Pkw orientiert sein soll. Darüber hinaus soll ein System zur Erstattung der Zulassungs- und Kraftfahrzeugsteuer für diejenigen Fahrzeuge entwickelt werden, die nach Zulassung in einem Mitgliedstaat aus der EU ausgeführt oder endgültig in einen anderen Mitgliedstaat verbracht werden. Der ECOFIN-Rat führte hierzu am 13. November eine Orientierungsaussprache. Es wurde deutlich, dass eine Abschaffung der Zulassungsteuer absehbar nicht konsensfähig ist. Deutschland forderte die KOM auf, einen Bericht zu erstellen, der die Auswirkungen von Zulassungsteuern auf

den Binnenmarkt untersucht. Eine Reihe von Mitgliedstaaten sah auch mit Blick auf die Orientierung der Kfz-Besteuerung am CO₂-Ausstoß keine Notwendigkeit für eine europäische Richtlinie. Die Präsidentschaft wird nun mit der KOM das weitere Vorgehen beraten.

Globales Satellitennavigationssystem (GALILEO): Aspekte der Finanzierung

In der letzten Sitzung des ECOFIN-Rates am 9. Oktober hatten mehrere Mitgliedstaaten das Finanzierungskonzept der KOM für GALILEO in Frage gestellt. Sie wandten sich insbesondere dagegen, die Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 zu ändern. Die KOM wurde kritisiert, dass sie nicht – wie vom ECOFIN-Rat im Juli gefordert – verschiedene Finanzierungsalternativen vorgelegt hat. Auch bei der Sitzung des ECOFIN-Rates am 13. November bestand aber Einvernehmen, dass GALILEO realisiert werden soll. Erneut lehnte eine Reihe von Mitgliedstaaten – darunter Deutschland – eine Änderung der Finanziellen Vorausschau ab. Einige hielten dies hingegen für einen gangbaren Finanzierungsansatz. Die Präsidentschaft hielt fest, Rat, Kommission und Europäisches Parlament seien in der Pflicht, konstruktiv an einer Lösung der Finanzierungsfrage zu arbeiten. Die KOM wurde gebeten, Möglichkeiten zur Umschichtung innerhalb der Kategorie 1 a der Finanziellen Vorausschau („Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung“) zu prüfen.

Haushaltsführung: Vorstellung des Jahresberichts zum Haushaltsjahr 2006 durch den Rechnungshof

Der Präsident des Europäischen Rechnungshofes (ERH), Hubert Weber, stellte den Finanzministern den Jahresbericht des ERH vor. Er würdigte beträchtliche Anstrengungen der KOM bei der Verringerung von Schwachstellen beim Risikomanagement für die EU-Finanzen. Dennoch gibt der ERH erneut für den überwiegenden Teil der EU-Ausgaben ein negatives Prüfungsurteil mit Blick auf die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit ab. Eine Aussprache fand hierzu nicht statt. Der ECOFIN-Rat beauftragte die zuständigen Gremien mit der Prüfung des Berichts. Er

wird seine Schlussfolgerungen und seine Entlastungsempfehlung voraussichtlich im März 2008 verabschieden. Diese Empfehlung ist dann Grundlage für die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Entlastung der KOM.

Ergänzende Informationen zur Ratstagung finden Sie auf der Internetseite des Ratssekretariats. Die Seite ist über folgenden Link erreichbar: http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/applications/newsRoom/loadBook.asp?BID=93&LANG=4&cmsid=350



Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2007

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich September 2007 vor.

Die Haushaltssituation der Länder insgesamt hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erheblich verbessert. Zwar erhöhten sich die Ausgaben der Länder bis Ende September 2007 um +1,6 %, jedoch stiegen im gleichen Zeitraum die Einnahmen um +9,5 %. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf die um +11,8 % gewachsenen Steuereinnahmen zurückzuführen. Die günstige Einnahmeentwicklung der Länder führte bis September 2007 zu einem Haushaltsüberschuss von rund 2,0 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bedeutet das eine Verbesserung um +13,9 Mrd. €. Fast genauso groß ist der Abstand zu den Haushaltsplanungen, die für das Gesamtjahr 2007 ein Defizit von 11,7 Mrd. € vorsehen.

Die Flächenländer Ost konnten ihre Ausgaben bis einschließlich September 2007 geringfügig zurückführen (–0,2 %). In den Stadtstaaten stiegen sie leicht um +0,6 % und in den Flächenländern West deutlich um +1,6 %. Im gleichen Zeitraum stiegen die Einnahmen der Flächenländer West erheblich um +11,0 %, die der Stadtstaaten deutlich um +8,0 % und etwas verhaltener die der Flächenländer Ost um +5,8 %. Insgesamt erwirtschafteten die neuen Länder einen Haushaltsüberschuss von rund 3,6 Mrd. €, während die Flächenländer West und die Stadtstaaten Finanzierungsdefizite auswiesen (–0,9 Mrd. € bzw. –0,6 Mrd. €).

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis September, die im Einzelnen in den nachfolgenden Tabellen aufgeführt sind, stellen sich insgesamt wie folgt dar:

Länder insgesamt

Bereinigte Ausgaben

Personalausgaben

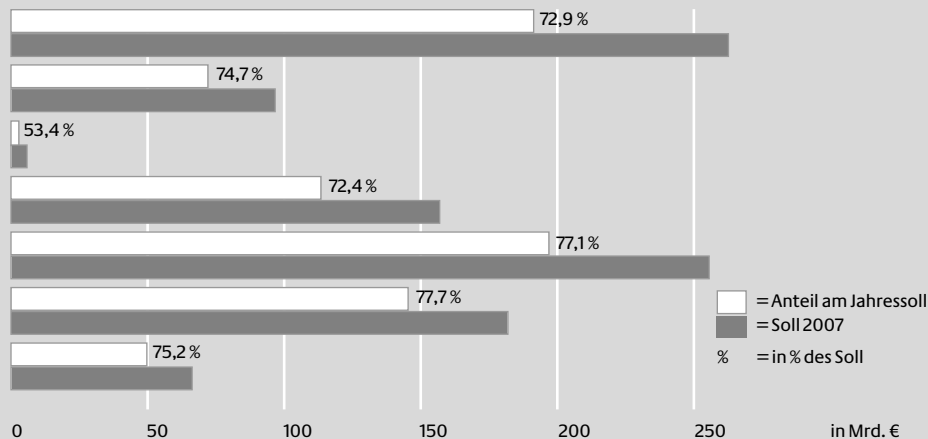
Baus Ausgaben

übrige Ausgaben

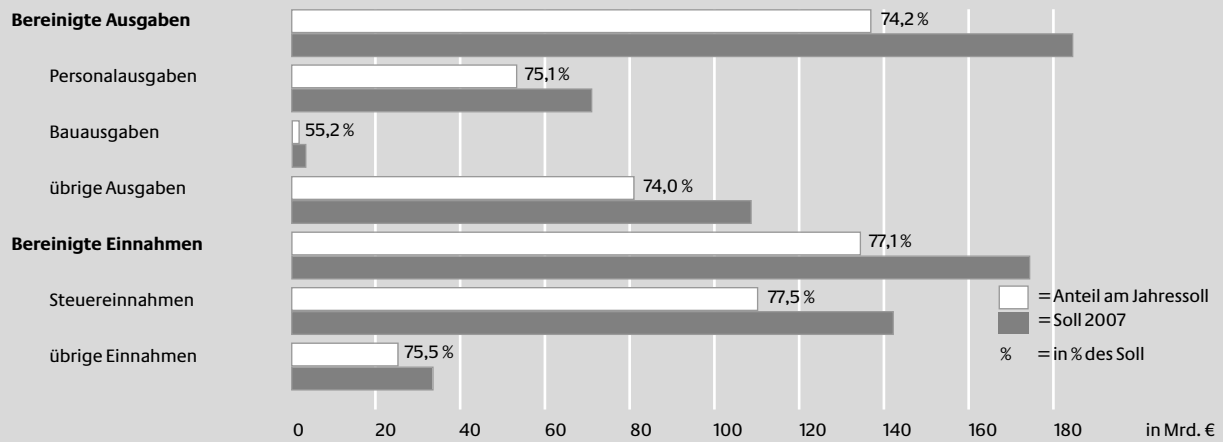
Bereinigte Einnahmen

Steuereinnahmen

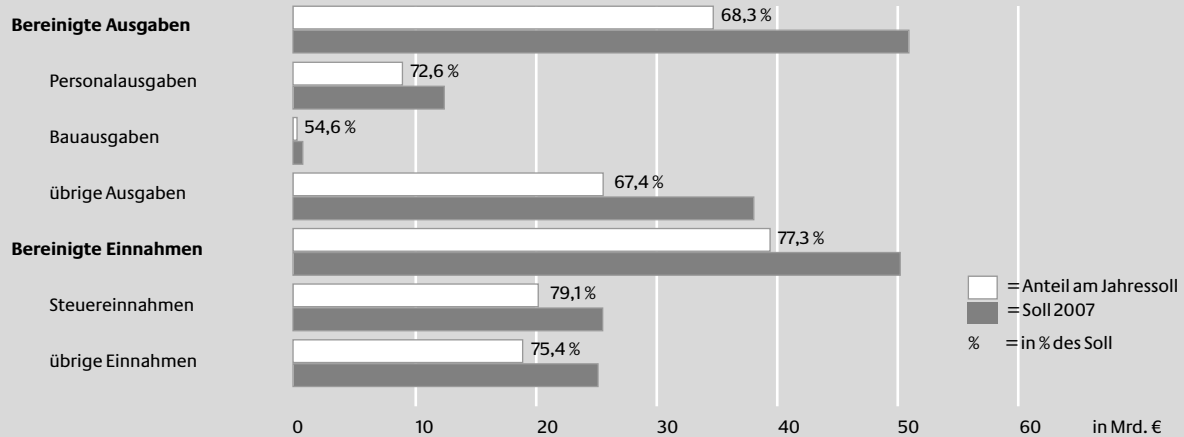
übrige Einnahmen



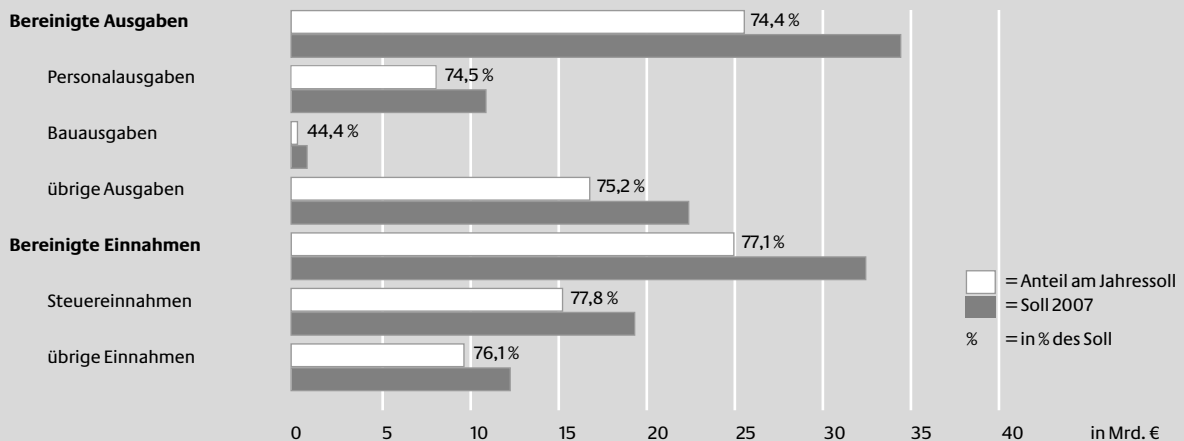
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 3./4. Dezember 2007 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 13./14. Dezember 2007 – Europäischer Rat in Brüssel
- 21./22. Januar 2008 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 23. bis 27. Januar 2008 – World Economic Forum in Davos

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2008

- 4. Juli 2007 – Kabinettsbeschluss
- 10. August 2007 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 11. bis 14. September 2007 – 1. Lesung Bundestag
- 21. September 2007 – 1. Beratung Bundesrat
- 19. September bis
- 14. November 2007 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 6. bis 7. November 2007 – Steuerschätzung
- 15. November 2007 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 27. bis 30. November 2007 – 2./3. Lesung Bundestag
- 20. Dezember 2007 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2007 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2007	Dezember	November 2007	20. Dezember 2007
2008	Januar 2008	Dezember 2007	31. Januar 2008
	Februar 2008	Januar 2008	21. Februar 2008
	März 2008	Februar 2008	20. März 2008
	April 2008	März 2008	21. April 2008
	Mai 2008	April 2008	22. Mai 2008
	Juni 2008	Mai 2008	20. Juni 2008
	Juli 2008	Juni 2008	21. Juli 2008
	August 2008	Juli 2008	21. August 2008
	September 2008	August 2008	19. September 2008
	Oktober 2008	September 2008	23. Oktober 2008
	November 2008	Oktober 2008	21. November 2008
	Dezember 2008	November 2008	19. Dezember 2008

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Fachblick** – Einundzwanzigster Subventionsbericht
Unterrichtsmaterialien – „Finanzen und Steuern“, Ausgabe 2007/2008
 (BMF als Mitherausgeber)

Bundesministerium der Finanzen
 Referat Bürgerangelegenheiten
 11016 Berlin
 buergerreferat@bmf.bund.de
 www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:
 telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90¹
 per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,12 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>





Analysen und Berichte

Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2007	37
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 7. November 2007	53
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2007	59
Hilfen für Helfer	63
Jahrestagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzministertreffen in Washington D.C.	73
Steigende Nahrungsmittelpreise und der Boom bei den Biokraftstoffen	79

Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2007

Ausgaben und Einnahmen bis September 2007

1	Eckwerte des Bundeshaushaltes 2007	37
1.1	Erläuterungen zu wesentlichen Ausgabeänderungen	39
1.2	Wichtige Maßnahmen mit Wirkung auf den Haushalt 2007	40
2	Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen	48
3	Entwicklung der Einnahmen	51

- Mit dem Nachtragshaushalt 2007 werden an das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ 2,15 Mrd. € zugeführt.
- Die weiterhin steigenden Steuereinnahmen spiegeln sich ebenfalls im Nachtragshaushalt wider.
- Aufgrund dieser erfreulichen Entwicklung kann die geplante Neuverschuldung des Bundes auf 14,4 Mrd. € abgesenkt werden.

1 Eckwerte des Bundeshaushaltes 2007

Vorbemerkung: Die nachstehenden Ausführungen und Zahlenangaben zum Soll 2007 geben noch den Stand des Kabinettsbeschlusses vom 17. Oktober 2007 zum Nachtragshaushalt 2007 wieder und berücksichtigen noch nicht die Ansatzveränderungen aus dem laufenden parlamentarischen Beratungsverfahren. Einbezogen in die Aktualisierung im parlamentarischen Verfahren wird insbesondere auch das Ergebnis der November-Steuerschätzung (siehe S. 53 ff.), welches eine Reduzierung der Ansätze für die Steuereinnahmen des Bundes um 0,8 Mrd. € gegenüber dem Kabinettsbeschluss zur Folge hat.

Das Bundeskabinett hat am 17. Oktober 2007 den Entwurf eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan 2007 beschlossen. Mit dem Nachtragshaushalt 2007 werden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Zuführung von 2,15 Mrd. € aus dem Bundeshaushalt an das zu errichtende Sondervermögen des Bundes „Kinderbetreuungsausbau“ geschaffen. Aus diesem Sondervermögen werden den Ländern in den

Jahren 2008 bis 2013 Finanzhilfen für Investitionen nach Art. 104b GG zum Ausbau der Infrastruktur für die Kleinkinderbetreuung gewährt. Gegenüber dem ursprünglichen Soll steigen die Gesamtausgaben damit von 270,5 Mrd. € auf 272,7 Mrd. €.

Für die Bundesregierung ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die frühe Förderung der Kinder eine herausgehobene gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit der Einrichtung des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ ist der Weg frei für einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren. Ziel ist es, bis zum Jahr 2013 750 000 Plätze und damit für 35 % der unter Dreijährigen ein Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen.

Die Einnahmenseite des Nachtrags berücksichtigt das Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2007 sowie die aktuelle Entwicklung bei den Steuereinnahmen bis September 2007. Die Steuereinnahmen für das Jahr 2007 wurden damit auf 232,5 Mrd. € veranschlagt. Diese Mehreinnahmen von rd. 12 Mrd. € werden neben der Finanzierung des Sondervermögens auch zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme im

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Soll 2007 ²	Januar bis September 2007	Januar bis September 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:					
1. Ausgaben	272,7	205,9	199,0	+ 6,9	+ 3,5
2. Einnahmen	258,0	182,8	164,0	+ 18,8	+ 11,4
– Steuereinnahmen	232,5	163,1	140,5	+ 22,6	+ 16,1
– Verwaltungseinnahmen	25,5	19,6	23,5	– 3,9	– 16,4
Einnahmen ./.. Ausgaben = Finanzierungssaldo	– 14,7	– 23,1	– 34,9	+ 11,9	– 33,9
Die Deckung des Finanzierungssaldos:					
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo einschließlich Kassenmittel	14,4	22,9	34,7	– 11,9	– 34,1
Münzeinnahmen	0,2	0,2	0,2	– 0,002	– 1,1
nachrichtlich:					
Investitionen (inklusive Darlehen)	26,1	15,2	13,2	+ 2,0	+ 15,0

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Inklusive Nachtragshaushalt 2007, Stand: Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Bundeshaushalt um 5,1 Mrd. € auf 14,4 Mrd. € verwendet. Weiterhin werden durch die höheren Steuereinnahmen auch die geplanten Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und der Verwertung von sonstigem Kapitalvermögen um 4,7 Mrd. € abgesenkt.

Ausgaben: Bis zum Ende des 3. Quartals 2007 lagen die Ausgaben des Bundes bei 205,9 Mrd. € und damit um 6,9 Mrd. € über den Ausgaben im Vergleichszeitraum des Vorjahres (199,0 Mrd. €). Dies entspricht einer Ausgabensteigerung von + 3,5 %. Die vergleichsweise hohe Ausgabensteigerung im laufenden Jahr ist im Wesentlichen auf die im Zusammenhang mit der Erhöhung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes eingeführte Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung zurückzuführen. Bereinigt um diesen Faktor läge die Steigerungsrate zum Ende des 3. Quartals 2007 gegenüber dem Vorjahreszeitraum bei lediglich 1,0 %.

Die investiven Ausgaben summierten sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 auf 15,2 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahreswert von 13,2 Mrd. € entspricht dies einer Steigerung von 2,0 Mrd. € bzw. 15,0 %.

Einnahmen: Die Einnahmen des Bundes (ohne Nettokreditaufnahme) bis zum Ende des 3. Quartals des Jahres 2007 betrugen 182,8 Mrd. €. Gegenüber den Einnahmen im Vorjahreszeitraum in Höhe von 164,0 Mrd. € kommt dies einer

Zunahme von 18,8 Mrd. € bzw. 11,4 % gleich. Die Steuereinnahmen haben sich weiterhin sehr positiv entwickelt. Gegenüber dem Vorjahr mit 140,5 Mrd. € stiegen diese um 22,6 Mrd. € bzw. 16,1 % auf 163,1 Mrd. €. Dies ist insbesondere auf die Erhöhung des Regelsatzes der Umsatzsteuer von 16 % auf 19 % zurückzuführen. Das Aufkommen des Bundes aus diesen Einnahmen ist um 11,3 Mrd. € bzw. 19,8 % gestiegen. Aber auch die Bundesanteile an der Lohnsteuer (+ 3,0 Mrd. €) und an der veranlagten Einkommensteuer (+ 2,7 Mrd. €) sowie geringere EU-Abführungen haben zu dieser positiven Entwicklung maßgeblich beigetragen (siehe auch Tabelle 9, S. 52).

Demgegenüber waren die Verwaltungseinnahmen mit 19,6 Mrd. € gegenüber 23,5 Mrd. € im Vorjahreszeitraum um 3,9 Mrd. € bzw. 16,4 % rückläufig. Dies liegt hauptsächlich an nicht wiederholbaren positiven Einmaleffekten in 2006.

Finanzierungsdefizit: Für die ersten drei Quartale des Jahres 2007 ergibt sich ein Defizit von 23,1 Mrd. €. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis in Höhe von 34,9 Mrd. € ist damit ein Rückgang um rund ein Drittel (11,9 Mrd. €) zu verzeichnen.

Da die Haushaltsentwicklung innerhalb eines Jahres nicht gleichmäßig verläuft, können aus diesen Zahlen nur bedingt Rückschlüsse auf das Jahresergebnis des Finanzierungssaldos gezogen werden. Beim Stand des derzeitigen

Haushaltsvollzugs sind aber schon jetzt zahlreiche Abweichungen abzusehen. Insbesondere die Einnahmen aus dem Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit werden deutlich geringer ausfallen als im Soll veranschlagt. Dem stehen jedoch zahlreiche Entlastungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite gegenüber, die diesen Einnahmenausfall mehr als kompensieren werden.

1.1 Erläuterungen zu wesentlichen Ausgabeänderungen¹

In der Tabelle 2 werden die wesentlichen Veränderungen zwischen dem Ergebnis Januar bis einschließlich September 2007 und dem entsprechenden Vorjahreszeitraum dargestellt.

Arbeitsmarktpolitik: Der Anstieg der Ausgaben gegenüber dem Vorjahreszeitraum resultiert aus der Zuweisung des Aufkommens eines zusätzlichen Mehrwertsteuerpunktes an die Bundesagentur für Arbeit. Damit beteiligt sich der Bund an der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages zum 1. Januar 2007. Dem stehen deutliche Minderausgaben bei den Leis-

tungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende gegenüber. Die umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen greifen damit zunehmend. Sie resultieren insbesondere aus gesetzlichen Einsparungen aus dem SGB(Sozialgesetzbuch)-II-Änderungsgesetz und dem SGB-II-Fortentwicklungsgesetz (siehe auch S. 43 ff. und Tabelle 3, S. 47).

Zinsen: Nachdem im September 2005 die Tiefzinsphase zu Ende gegangen ist, sind die Renditen in den mittleren und langen Laufzeiten am Kapitalmarkt, in denen sich der Bund vorwiegend verschuldet, deutlich gestiegen. Die Zinssteigerung betrug bis Ende des 3. Quartals 2006 bereits 0,8 % pro Jahr und im laufenden Jahr nochmals 0,3 % pro Jahr. Der Anstieg der Zinsausgaben ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Marktzinssätze zurückzuführen.

Leistungen an die Rentenversicherung: Die Ausgaben des Bundes für die Gesetzliche Rentenversicherung sind entsprechend den Regelungen des § 213 SGB VI gestiegen. Die Ausgaben werden maßgeblich durch die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte beeinflusst. Danach entwickeln sich die

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahresergebnis

Aufgabenbereich	Soll 2007 ²	Januar bis September 2007	Januar bis September 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Mehrausgaben ggü. Vorjahr					
Arbeitsmarktpolitik	42,9	32,1	29,5	+ 2,7	+ 9,1
Zinsen	39,3	34,8	33,5	+ 1,3	+ 3,7
Leistungen an die Rentenversicherung	78,3	64,0	63,1	+ 0,9	+ 1,4
Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	3,5	2,4	1,6	+ 0,8	+ 52,1
Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)	24,1	16,9	16,5	+ 0,4	+ 2,7
Minderausgaben ggü. Vorjahr					
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	2,5	1,3	2,1	– 0,9	– 40,5
Erziehungsgeld	1,9	1,7	2,1	– 0,4	– 20,9
nachrichtlich: Ablieferung Bundesbank	3,5	3,5	2,9	+ 0,6	+ 22,4

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Inklusive Nachtragshaushalt 2007, Stand: Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

¹ Anmerkung: Unterjährige Einnahmen- bzw. Ausgabenänderungen haben oftmals lediglich buchungstechnische Gründe. Ursachen hierfür sind ggf. ein späterer oder früherer Eingang von Buchungsbelegen oder eine Verschiebung von Fälligkeitszeitpunkten. Diese Effekte können sich im weiteren Jahresverlauf aufheben.

allgemeinen Zuschüsse des Bundes entsprechend der Bruttolohnentwicklung je Arbeitnehmer und der Veränderung des Beitragsatzes. Beim zusätzlichen Bundeszuschuss verändern sich der Anteil der Steuern vom Umsatz (2007: 8,7 Mrd. €) entsprechend der Veränderungsrate der Steuern vom Umsatz (dabei bleiben Änderungen der Steuersätze im Jahr ihres Wirksamwerdens unberücksichtigt) und der Ökosteuern-Anteil (2007: 9,2 Mrd. €) entsprechend der Bruttolohnentwicklung je Arbeitnehmer. Die Beiträge für Kindererziehungszeiten werden wie der allgemeine Bundeszuschuss, aber zusätzlich entsprechend der zahlenmäßigen Entwicklung der unter Dreijährigen angepasst.

Verteidigung (ohne Versorgung): Der Mittelabfluss im Bereich Verteidigung entwickelt sich unterjährig nicht gleichmäßig. Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entstehen überwiegend durch unterschiedliche Zahlungsfälligkeiten bei Vorhaben im Bereich der militärischen Beschaffungen bzw. Forschung und Entwicklung.

Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen: Der geringere Abfluss erklärt sich durch den im Bundeshaushalt veranschlagten niedrigeren Bundeszuschuss in 2007 (2,5 Mrd. €) gegenüber 2006 (4,2 Mrd. €) und verlief insoweit planmäßig. Die pauschale Abgeltung wird in zwei gleichen Abschlägen am 1. Mai und am 1. November gezahlt.

Erziehungsgeld: Der geringere Mittelabfluss bis zum Ende des 3. Quartals erklärt sich aus dem zurückgehenden Anspruch auf das bisherige Erziehungsgeld. Ab 1. Januar 2007 wurde dieses durch das Elterngeld ersetzt. Eltern, deren Kinder bis zu diesem Stichtag geboren wurden, haben weiterhin Anspruch auf Erziehungsgeld nach Bundeserziehungsgeldgesetz. Die Ausgaben für Elterngeld wurden im Soll 2007 erstmals mit 1,6 Mrd. € veranschlagt. Bis zum Ende des 3. Quartals 2007 wurden 0,8 Mrd. € ausgezahlt (vgl. auch Tabelle 3, S. 47).

Bundesbankgewinn: Der Vorstand der Deutschen Bundesbank hat in seiner Sitzung am 13. März 2007 den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 festgestellt. Der ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 4,205 Mrd. € ist von

der Deutschen Bundesbank gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz am selben Tag an den Bund abgeführt worden. Die Abführung erfolgt jährlich nachträglich für das vorangegangene Geschäftsjahr. Es wurde ein Betrag von 3,5 Mrd. € in den Bundeshaushalt eingestellt. Der überschießende Betrag von 0,705 Mrd. € wurde – wie es die gesetzliche Regelung seit 1999 vorschreibt – zur Schuldentilgung beim Erblastentilgungsfonds (ELF) eingesetzt.



1.2 Wichtige Maßnahmen mit Wirkung auf den Haushalt 2007

Steuerpolitik

25-Mrd.-€-Programm der Bundesregierung: Zur Stärkung besonders zukunftssträchtiger Bereiche legte die Bundesregierung 2006 ein Sofortprogramm mit einem Gesamtvolumen von rund 25 Mrd. € bis zum Jahre 2009 auf. Es setzt Wachstumsimpulse unter anderem durch die Belebung der Investitionstätigkeit, durch steuerliche Liquiditätsvorteile für kleine und mittelständische Unternehmen, die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie durch die verstärkte Erschließung der privaten Haushalte als Arbeitgeber. Das Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung vom 26. April 2006 (BGBl. I S. 1091) – ein wichtiger Bestandteil dieses Programms – ist zum 1. Juli 2006 in Kraft getreten. Es beinhaltet folgende Maßnahmen:

– **Degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens:** Die vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2007 befristete Anhebung der degressiven Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens auf höchstens 30 % soll – als Vorgriff auf die umfassende Unternehmenssteuerreform ab 1. Januar 2008 – Liquidität und

Rendite der Unternehmen erhöhen und Anreize zu zusätzlichen Investitionen geben.

– **Ist-Versteuerung:** Die Umsatzgrenzen für die Ist-Versteuerung nach vereinnahmten Entgelten bei der Umsatzbesteuerung wurden in den alten Bundesländern von 125 000 € auf 250 000 € zum 1. Juli 2006 verdoppelt. In den neuen Bundesländern wurde die geltende Regelung (Umsatzgrenze 500 000 €) bis Ende 2009 verlängert. Die Liquidität kleiner und mittlerer Unternehmen soll dadurch verbessert werden.

– **Kinderbetreuungskosten (ab Veranlagungszeitraum 2006):** Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie können erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten für Kinder vor Vollendung des 14. Lebensjahres in Höhe von $\frac{2}{3}$ der Aufwendungen, höchstens 4 000 € je Kind, wie Betriebsausgaben oder Werbungskosten berücksichtigt werden (§§ 4f, 9, 9a EStG). Dies gilt für erwerbstätige Alleinerziehende bzw. wenn beide Elternteile erwerbstätig sind. Eine entsprechende Regelung gilt auch, wenn nur ein Elternteil erwerbstätig und der andere Elternteil behindert, dauerhaft krank oder in Ausbildung ist (Abzug als Sonderausgaben, §10 Abs.1 Nr. 8 EStG). In reinen Alleinverdiener-Ehen gilt die letztgenannte Regelung allerdings nur für Kinder von drei bis sechs Jahren; bei Alleinverdiener-Ehen kann weiterhin die bestehende Steuerermäßigung für haushaltsnahe Kinderbetreuung genutzt werden (§ 35 a EStG).

– **Privathaushalt als Arbeitgeber (ab Veranlagungszeitraum 2006):** Durch eine wesentliche Verbesserung der steuerlichen Anerkennung haushaltsnaher Dienstleistungen – Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen sowie Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen – sollen neue Beschäftigungsmöglichkeiten in Privathaushalten erschlossen werden. **Handwerkerleistungen:** In Rechnung gestellte Aufwendungen zur Modernisierung und Instandhaltung des Wohnraums werden erstmals ab dem Veranlagungsjahr 2006 steuerlich berücksichtigt, unabhängig davon, ob die Maßnahmen vom Eigentümer oder Mieter durchgeführt werden (§ 35 a Abs. 2 Satz 2 EStG). Die Ermäßigung (Abzug von der Steuerschuld) beträgt 20 % der Aufwendungen bis 3 000 €, höchstens also 600 € im Jahr. Sie tritt neben die bereits bestehende Regelung zur entsprechen-

den Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen (z.B. Wohnungsreinigung; § 35 a Abs. 2 Satz 1 EStG), eine kumulative Inanspruchnahme für dieselbe Dienstleistung ist jedoch ausgeschlossen.

Pflegekosten: Für die Pflege und Betreuung von Familienangehörigen verdoppelt sich die bestehende Steuerermäßigung. Entsprechende Kosten können künftig mit 20 % der Aufwendungen bis 6 000 €, also maximal 1 200 €, berücksichtigt werden, wenn die Pflege im Haushalt des Steuerpflichtigen oder im Haushalt der pflegebedürftigen Person erfolgt. Die steuerliche Förderung haushaltsnaher Beschäftigungsverhältnisse bleibt hiervon unberührt.

Um die öffentlichen Haushalte weiter zu sanieren, wurden im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 vom 29. Juni 2006 (BGBl. I S. 1402) u.a. folgende steuerliche Maßnahmen beschlossen:

– **Umsatzsteuer:** Der Regelsatz der Umsatzsteuer wurde zum 1. Januar 2007 von 16 % auf 19 % erhöht. Der ermäßigte Satz von 7 % z.B. für Lebensmittel bleibt bestehen.

– **Versicherungsteuer:** Der Versicherungsteuersatz wurde zum 1. Januar 2007 um drei Prozentpunkte auf 19 % erhöht. Dies gilt u. a. für die private Haftpflichtversicherung sowie die Kfz-Versicherung. Abweichend davon steigt der Steuersatz bei Feuerversicherungen auf 14 %, was Auswirkungen auf Wohngebäude- und Hausratversicherungen hat. Von der Steuererhöhung ausgenommen sind Lebens-, Renten- und Krankenversicherungen.

Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 vom 9. Juli 2006 (BGBl. I S. 1652) wurden insbesondere Steuervergünstigungen abgebaut und Bezieher hoher Einkommen stärker der Besteuerung unterworfen. So sind z. B. nachfolgende Maßnahmen beschlossen worden:

– **Einkommensteuertarif:** Der Spitzensteuersatz wurde um drei Prozentpunkte auf 45 % für Einkünfte oberhalb von 250 000 € für Ledige und 500 000 € für Verheiratete erhöht, um Spitzenverdiener angemessen an der Haushaltskonsolidierung zu beteiligen. Unterneh-

merische Gewinneinkunftsarten sind jedoch bis zum Inkrafttreten der Unternehmensteuerreform 2008 befristet ausgenommen; d.h. Freiberufler und Selbstständige werden von der Tarifierhöhung im laufenden Jahr nicht erfasst.

- **Sparerfreibetrag:** Der Sparerfreibetrag wurde von 1370 € auf 750 € für Ledige und von 2740 € auf 1500 € für Verheiratete gesenkt. Der Werbungskostenpauschbetrag in Höhe von 51 € pro Person bleibt unverändert.
- **Kindergeld:** Die Altersgrenze für die Gewährung von Kindergeld bzw. kindbedingten Freibeträgen wurde für volljährige Kinder, die bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen noch berücksichtigt werden können, ab dem Geburtsjahr 1983 auf 25 Lebensjahre gesenkt. Für Kinder der Geburtsjahrgänge 1980 bis 1982 und für Kinder, welche die Voraussetzungen für einen sog. Verlängerungstatbestand erfüllen, gelten Übergangsregelungen.
- **Entfernungspauschale:** Die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sind ab 2007 nicht mehr als Werbungskosten oder Betriebsausgaben abziehbar. Um Härten für Fernpendler zu vermeiden, können aber Aufwendungen ab dem 21. Entfernungskilometer in Höhe von 30 Cent pro Kilometer wie Werbungskosten abgezogen werden. Die neue Regelung gilt auch für Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs. Bus- und Bahnfahrer können damit ab 2007 nicht mehr die maximale Entfernungspauschale für Aufwendungen von über 4500 € geltend machen.
- **Arbeitszimmer:** Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer können nur noch dann als Betriebsausgaben oder Werbungskosten beim Fiskus geltend gemacht werden, wenn es im Mittelpunkt der gesamten betrieblichen oder beruflichen Tätigkeit steht.

Investitionszulagengesetz 2007: Mit dem Investitionszulagengesetz 2007 wurde die Investitionszulage für die neuen Bundesländer über das Jahr 2006 hinaus bis 2009 verlängert. Sie wurde als regionale Beihilfe auf das Verarbeitende Gewerbe und die produktionsnahen Dienstleistungen konzentriert und bezieht erstmalig auch das Beherbergungsgewerbe ein. Die Förderbedingungen wurden an geänderte EU-rechtliche Regelungen angepasst.

Biokraftstoffquotengesetz: Seit dem 1. Januar 2007 ist die Mineralölwirtschaft verpflichtet, einen Mindestanteil von Biokraftstoffen im Kraftverkehr einzusetzen. Gleichzeitig wurde für diese Mengen die Steuerbegünstigung abgeschafft, so dass gegenüber 2006 die Einnahmeausfälle bei der Energiesteuer entsprechend deutlich verringert werden konnten. Die Steuerbegünstigung für über die geforderte Quote hinaus in den Verkehr gebrachte, reine Biokraftstoffe bleibt zunächst bestehen, wird aber bis 2012 jährlich abgebaut.

Daneben finden sich in den folgenden Gesetzen eine Anzahl weiterer steuerlicher Regelungen mit Wirkung auf den Bundeshaushalt 2007:

- **Gesetz zur Abschaffung der Eigenheimzulage** vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3680).
- **Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm** vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3682).
- **Gesetz zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen** vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3683).
- **Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen** vom 28. April 2006 (BGBl. I S. 1095).
- **Gesetz zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes** vom 15. Juli 2006 (BGBl. I S. 1534).
- **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol und von Verbrauchsteuergesetzen** vom 15. Juli 2006 (BGBl. I S. 1594).
- **Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft** vom 22. August 2006 (BGBl. I S. 1970).
- **Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften** vom 7. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2782).
- **Jahressteuergesetz 2007** vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2878).
- **Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen** vom 28. Mai 2007 (BGBl. I S. 914).

– Gesetz zur weiteren Stärkung des bürger-schaftlichen Engagements vom 10. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2332).

Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosen-versicherung und Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialversiche-rung, Rentenversicherung und Sozialgesetzbuch

Grundsätzliches zu den Arbeitsmarktre-formen: Mit verschiedenen Arbeitsmarktre-formgesetzen – insbesondere den sogenannten Hartz-Gesetzen – wurden in den Jahren 2002 bis 2004 grundlegende Weichenstellungen auf dem Arbeitsmarkt vorgenommen. Am 1. Januar 2005 wurden die bisher in getrennter Zu-ständigkeit von Bund und Kommunen geführ-ten Wohlfahrtssysteme Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der Grundsicherung für Arbeitsu-chende – zusammengeführt. Die Betreuung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger erfolgt jetzt einheitlich durch eine Stelle, entweder durch eine aus Arbeitsagentur und Kommune errichte-te Arbeitsgemeinschaft oder einen der bundes-weit 69 zugelassenen kommunalen Träger. Damit werden die Betreuungs- und Integrations-möglichkeiten gegenüber dem bisherigen System verbessert. Im Laufe des Jahres 2006 tra-ten zum Teil im Koalitionsvertrag beschlossene, gesetzliche Maßnahmen in Kraft, die zu einer Fortentwicklung dieser Grundsicherung beitra-gen und zu einer Dämpfung der Ausgaben-entwicklung führen sollen.



Seit dem 1. Januar 2007 geltende Änderungen und Neuregelungen

Arbeitslosenversicherung: Der Bundestag hat am 30. November 2006 beschlossen, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2007 auf 4,2 % zu senken. Dadurch wer-

den die Lohnnebenkosten reduziert, beitrags-pflichtige Arbeitgeber und Arbeitnehmer wer-den entlastet. Schon im Haushaltsbegleitgesetz 2006 vom 29. Juni 2006 war vorgesehen, dass der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2007 von 6,5 % auf 4,5 % abgesenkt wird. Aufgrund eines unerwartet hohen Überschusses der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2006 war eine Senkung des Beitragssatzes um weitere 0,3 Prozentpunkte auf 4,2 % möglich. Mit dem Aufkommen aus einem Mehrwertsteuerpunkt trägt der Bund zur Finanzierung dieser Beitrags-satzsenkung bei. In der Senkung von Lohnzu-satzkosten sieht die Bundesregierung einen bedeutsamen Impuls für steigende Beschäf-tigung.

Neuregelung der Höhe der Bundesbeteili-gung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung: Zum 1. Januar 2007 wurde die Höhe der Bundesbeteiligung an den Leistungen der Unterkunft und Heizung im SGB II von bislang 29,1 % für 14 Länder auf 31,2 %, für das Land Baden-Württemberg auf 35,2 % sowie für das Land Rheinland-Pfalz auf 41,2 % angehoben. Ab 2008 werden die Beteiligungssätze jährlich nach Maßgabe der Entwicklung der Zahl der Bedarfs-gemeinschaften auf Bundesebene angepasst.

Zielgenauere Ausgestaltung der Sanktio-nen im SGB II: Allgemeine Sanktionen (laut SGB-II-Fortentwicklungsgesetz, das am 1. August 2006 in Kraft trat) wurden verschärft. Künftig entfällt die Leistung in der dritten Sanktions-stufe. Pflichtverstöße wirken bis zu einem Jahr nach; dies hat zur Folge, dass bei wiederholten Pflichtverstößen die Sanktionen der zweiten bzw. der dritten Stufe wirksam werden. Bei der ersten Pflichtverletzung erfolgt eine Absenkung der Leistung um 30 % für drei Monate, bei der zweiten Pflichtverletzung um 60 %. Nach jeder weiteren Pflichtverletzung fällt das Arbeits-losengeld vollständig weg. Der Träger kann den vollständigen Wegfall der Leistung auf eine Absenkung um nur 60 % abmildern, wenn der erwerbsfähige Hilfebedürftige sich nachträglich bereit erklärt, seinen Pflichten nachzukommen.

Auch bei Jugendlichen erfolgt eine Verschär-fung der Sanktionen. Künftig sind im Fall einer wiederholten Pflichtverletzung auch die Kosten der Unterkunft von der Sanktion betroffen. Um Obdachlosigkeit bei Jugendlichen zu vermeiden,

können die Kosten für Unterkunft und Heizung jedoch sofort wieder übernommen werden, wenn der Jugendliche sich nachträglich bereit erklärt, seinen Pflichten nachzukommen.

Zuständigkeit der Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Träger für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten: Für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind nun nach § 63 Abs. 2 SGB II auch die Arbeitsgemeinschaften und die zugelassenen kommunalen Träger zuständig. Bisher waren allein die Bundesagentur für Arbeit und die Behörden der Zollverwaltung als für die Ordnungswidrigkeiten zuständige Verwaltungsbehörden genannt. Die Änderung berücksichtigt, dass in den Fällen des § 44b SGB II die Arbeitsgemeinschaften und in den Fällen des § 6b SGB II die zugelassenen kommunalen Träger die Rolle der Bundesagentur für Arbeit als Leistungsträger und insoweit auch deren Rechte und Pflichten wahrnehmen.

939	25.9	16.8	16.8
8 371		27.3	27.3
680	58.0	21.3	21.3
117	44.8	20.3	20.3
142	31.3	20.3	20.3
30	1.8	20.3	20.3
374	38.2	20.3	20.3

Absenkung des Rentenversicherungsbeitrages für Arbeitslosengeld-II-Bezieher: Der Beitrag für die Gesetzliche Rentenversicherung der Bezieher von Arbeitslosengeld II wurde von 78 € pro Monat auf 40 € pro Monat gesenkt. Diese Regelung setzt eine Vereinbarung des Koalitionsvertrages um.

Mit dem Gesetz zur **Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen** wurden die Eckpunkte der Initiative 50plus umgesetzt. Es handelt sich hierbei um ein Maßnahmenpaket, das die Chancen älterer Arbeitsuchender auf eine verstärkte Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess verbessern wird. Ziel ist es, sowohl die Integration älterer Kurzzeit- als auch Langzeitarbeitsuchender zu verbessern. Elemente sind u.a. die (teilweise) Entgelt-sicherung für betroffene Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer, spezielle Eingliederungszuschüsse für Arbeitgeber, zusätzlich wird die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung verbessert. Flankierend wird der befristete Abschluss von Arbeitsverträgen als Dauerregelung erleichtert, um Unternehmen zu ermutigen, mehr Ältere einzustellen.

Mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt treten nunmehr rückwirkend zum 1. Oktober 2007 zwei Gesetze in Kraft, die jungen Arbeitslosen und Ausbildungsuchenden sowie Langzeitarbeitslosen mit Vermittlungshemmnissen neue Chancen für den Arbeitsmarkt bieten:

Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen: U. a. wurde ein Qualifizierungszuschuss als neue Arbeitgeberleistung bei Einstellung und gleichzeitiger betrieblicher Qualifizierung von Arbeitnehmern unter 25 Jahren ohne Berufsabschluss und vorangegangener sechsmonatiger Arbeitslosigkeit, ein Eingliederungszuschuss als Arbeitgeberleistung bei Einstellung jüngerer Arbeitnehmer mit Berufsabschluss und vorangegangener sechsmonatiger Arbeitslosigkeit (Befristung beider Leistungen bis Ende 2010) sowie die Möglichkeit sozialpädagogischer Begleitung und organisatorischer Unterstützung eingeführt. Darüber hinaus wurde das Sonderprogramm des Bundes „Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ)“ als Ermessensleistung für Arbeitgeber übernommen.

Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen – JobPerspektive: Mit Inkrafttreten des 2. SGB II-ÄndG wurde ein Beschäftigungszuschuss als neue Arbeitgeberleistung bei Einstellung erwerbsfähiger, arbeitsmarktferner Langzeitarbeitsloser über 25 Jahren mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen, erfolgloser sechsmonatiger Aktivierung und absehbarer Nicht-Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in den nächsten 24 Monaten zur Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen eingeführt.

Berücksichtigung von Pflegegeldleistungen nach dem SGB VIII als Einkommen: Das Pflegegeld nach dem SGB VIII, das für die Betreuung und Erziehung (fremder) Kinder gezahlt wird, gilt als Einkommen im Sinne des

§ 11 SGB II, soweit es eine Anerkennung für den erzieherischen Einsatz darstellt. Der Betrag für den erzieherischen Einsatz wurde nach den aktualisierten Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge mit 202,00 € pro Kind und Monat bewertet. In § 11 SGB II wurde eine Vorschrift aufgenommen, wonach derjenige Teil des Pflegegeldes, der für den erzieherischen Einsatz gezahlt wird, wie folgt anzurechnen ist: Das Pflegegeld für das erste und zweite Pflegekind wird nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. Für das dritte Kind wird das Pflegegeld zu 75 % als Einkommen auf das Arbeitslosengeld II angerechnet. Ab dem vierten Pflegekind wird das Pflegegeld in voller Höhe als Einkommen angerechnet.

Gewährung eines Zuschusses zum BAföG und zur Berufsausbildungsbeihilfe für Härtefälle hilfebedürftiger Jugendlicher bei ungedeckten Unterkunftskosten: Leistungen der Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und der Berufsausbildungsbeihilfe einschließlich Ausbildungsgeld nach dem SGB III werden regelmäßig pauschaliert gewährt. Um einen Abbruch der Ausbildung zu vermeiden, wenn die in der Ausbildungsförderung berücksichtigten Leistungen für Unterkunft und Heizung nicht bedarfsdeckend sind, wird eine Regelung für solche Auszubildenden getroffen, die Ausbildungsförderung nach dem BAföG oder Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) bzw. Ausbildungsgeld nach dem SGB III beziehen und die bislang von den Leistungen zum Lebensunterhalt ausgeschlossen waren. Im Einzelnen sind dies Auszubildende, die

- BAB beziehen und im eigenen Haushalt wohnen, bei denen die BAB aber die Kosten für Unterkunft und Heizung nicht ausreichend berücksichtigt,
- BAföG als Schüler beziehen und nicht nach § 7 Abs. 6 SGB II anspruchsberechtigt sind,
- BAföG als Studierende im Haushalt der Eltern beziehen und Kosten für die Unterkunft und Heizung beisteuern müssen, weil die Eltern den auf das studierende Kind entfallenden Wohnkostenanteil nicht tragen können, insbesondere wenn sie selbst hilfebedürftig sind und daher einen Teil der Wohnkosten nicht erstattet bekommen,

- Ausbildungsgeld nach dem SGB III beziehen, da diese gleichermaßen vom Anspruchsauschluss betroffen sind.

Die Leistungen sind als Zuschuss ausgestaltet, da nur in dieser Form eine unbelastete Fortführung der Ausbildung ermöglicht wird. Der Zuschuss setzt voraus, dass dem Auszubildenden selbst überhaupt Kosten für Unterkunft und Heizung entstehen und dass diese nach Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen ungedeckt sind.

Beitragssatz in der Gesetzlichen Rentenversicherung: Zum 1. Januar 2007 wurde der Beitragssatz in der Gesetzlichen Rentenversicherung auf 19,9 % und in der knappschaftlichen Rentenversicherung auf 26,4 % angehoben.

Beiträge in der Alterssicherung der Landwirte: Der Einheitsbeitrag in der Alterssicherung der Landwirte erhöht sich im Jahr 2007 von monatlich 199 € auf 204 € in den alten Ländern und von monatlich 168 € auf 176 € in den neuen Ländern.

Künstlersozialversicherung: Der Abgabesatz der Künstlersozialversicherung wurde von 5,5 % auf 5,1 % abgesenkt.

Weitere wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2007

Elterngeld/Neuregelung der Familienförderung: Das Elterngeld ersetzt ab Januar 2007 das bisherige Erziehungsgeld. Es handelt sich beim Elterngeld um eine Lohnersatzleistung, deren Höhe sich am bisherigen Einkommen des betreuenden Elternteils orientiert. Anspruch auf Elterngeld haben grundsätzlich alle Eltern, deren Kind ab dem 1. Januar 2007 geboren wurde. Eltern von Kindern, die bis zu diesem Stichtag geboren wurden, haben weiterhin ggf. Anspruch auf Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz. Das Elterngeld kann nicht nur von bisher in einem Arbeitsverhältnis tätigen Elternteilen in Anspruch genommen werden, sondern auch dann, wenn die Eltern selbstständig oder arbeitslos sind.

Leistungen an die Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen: Für das Jahr 2007 wird vom Bund zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für

gesamtgesellschaftliche Aufgaben ein Betrag in Höhe von 2,5 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Diese Summe berücksichtigt die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 und im parlamentarischen Verfahren zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2007 getroffenen Entscheidungen zum Umfang der Bundesbeteiligung. Das am 1. April 2007 in Kraft getretene GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (Gesundheitsreform 2007) bestätigt diesen Betrag. Es legt fest, dass der Betrag in Teilbeträgen halbjährlich zum 1. Mai und zum 1. November zu leisten ist.

Föderalismusreform: Die Reform des Föderalismus ist eines der zentralen Themen dieser Legislaturperiode. Im Rahmen der ersten Stufe der Föderalismusreform sind bereits das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes am 1. September 2006 sowie kurz darauf folgend das Föderalismusreform-Begleitgesetz in Kraft getreten mit dem Ziel, demokratie- und effizienz hinderliche Zuständigkeitsverflechtungen abzubauen und dadurch wieder klarere Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern zu schaffen. Noch in dieser Legislaturperiode soll die zweite Stufe der Föderalismusreform folgen, welche vor allem die Modernisierung der Bund/Länder-Finanzbeziehungen zum Gegenstand hat.

Zentrale Reformmaßnahmen der ersten Stufe der Föderalismusreform:

- Stärkung der Gesetzgebungskompetenzen des Bundes in überregional bedeutsamen Bereichen und
- der Länder in regionalbezogenen Regelungsfeldern;
- Abbau gegenseitiger Blockaden durch Reduzierung der Zustimmungsbefähigung von Bundesgesetzen;
- Abbau von Mischfinanzierungen: Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, der Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung (Ersetzung durch gemeinsame Evaluation und Bildungsberichterstattung) und der Finanzhilfen zur Sozialen Wohnraumförderung und zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden; Modifizierung der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung;
- Einschränkung der Finanzhilfekompetenz des Bundes zugunsten der Länder: Zur Vermeidung schematischer Verfestigungen künftig

nur noch zeitlich befristete Gewährung von Finanzhilfen bei degressiver Ausgestaltung; regelmäßige Überprüfung der zweckentsprechenden Inanspruchnahme und Verwendung der Bundesmittel; Verbot von Finanzhilfen in Bereichen, in denen der Bund keine Gesetzgebungskompetenz besitzt;

- finanzielle Kompensation: Den Ländern stehen von 2007 bis 2019 für die beendeten Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen jährlich Beträge aus dem Bundeshaushalt zu. Bis 2013 werden diese Beträge aus dem Durchschnitt der Finanzierungsanteile des Bundes im Referenzzeitraum 2000 bis 2008 ermittelt. Bund und Länder überprüfen bis Ende 2013, in welcher Höhe die den Ländern bis dahin zugewiesenen Finanzierungsmittel zur Aufgabenerfüllung der Länder noch angemessen und erforderlich sind;
- grundgesetzliche Verankerung des nationalen Stabilitätspaktes durch Einführung einer Bund/Länder-Verteilung etwaiger Sanktionslasten wegen Verstoßes gegen den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt im Verhältnis 65 % zu 35 %;
- grundgesetzliche Verankerung der Lastentragung von Bund und Ländern bei der Verletzung von supranationalen und völkerrechtlichen Verpflichtungen nach innerstaatlicher Zuständigkeits- und Aufgabenverteilung;
- Stärkung der Steuerautonomie der Länder durch Einführung einer Gesetzgebungskompetenz zur Bestimmung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer;
- punktuelle Stärkung der Rechtsposition des Bundes bei der steuerlichen Auftragsverwaltung durch einfachgesetzliche Maßnahmen im Interesse einer Verbesserung der Effizienz des Steuervollzugs (Föderalismusreform-Begleitgesetz).

Ausblick: Der Entwurf des Bundeshaushaltes 2008 und der Finanzplan bis 2011 wurden am 4. Juli 2007 vom Bundeskabinett beschlossen. Die finanzpolitische Strategie der Bundesregierung – Konsolidierung des Haushaltes bei gleichzeitigem Setzen von Impulsen für Wachstum und Beschäftigung – wird fortgesetzt. Für das Jahr 2008 ist eine Nettokreditaufnahme von 12,9 Mrd. € bei Investitionen in Höhe von 24,3 Mrd. € vorgesehen. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes soll

die Nettokreditaufnahme auf null zurückgeführt werden.

Der Haushaltsentwurf 2008 befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung. Als Ergebnis der am 15. November 2007 abgeschlossenen Beratungen im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages soll die Nettokredit-

aufnahme insbesondere aufgrund des Ergebnisses der Steuerschätzung vom November um 1 Mrd. € auf 11,9 Mrd. € abgesenkt werden. Gleichzeitig ist eine Erhöhung der Investitionen um 0,4 Mrd. € auf dann 24,7 Mrd. € vorgesehen. Vom 27. bis 30. November 2007 wird die 2. und 3. Lesung im Plenum des Deutschen Bundestages stattfinden.

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2007 ²	Januar bis September 2007	Januar bis September 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹				in %
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	78,3	64,0	63,1	+ 0,9	+ 1,4
– Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	38,2	31,8	31,2	+ 0,6	+ 1,8
– zusätzlicher Zuschuss	17,9	14,9	14,5	+ 0,3	+ 2,3
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,5	8,7	8,5	+ 0,1	+ 1,3
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,5	0,4	0,4	– 0,03	– 8,2
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche RV	6,5	5,2	5,4	– 0,2	– 3,0
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die RV	2,6	2,1	2,1	+ 0,04	+ 1,8
nachrichtlich:					
– Überführung der Sonderversorgungssysteme in die RV	1,5	1,3	1,3	– 0,04	– 3,0
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	2,5	1,3	2,1	– 0,9	– 40,5
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,7	2,9	2,9	– 0,01	– 0,2
darunter:					
– Alterssicherung	2,4	1,7	1,8	– 0,03	– 1,4
– Krankenversicherung	1,2	0,9	0,9	+ 0,04	+ 4,0
– Unfallversicherung	0,1	0,2	0,2	0,0	+ 0,0
Arbeitsmarktpolitik	42,9	32,1	29,5	+ 2,7	+ 9,1
darunter:					
– Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (Transferzahlung aus Mehrwertsteuererhöhung 2007)	6,5	4,9	–	+ 4,9	X
– Arbeitslosenhilfe	–	– 0,04	– 0,04	+ 0,01	– 15,6
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,6	0,6	0,7	– 0,1	– 19,1
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	35,9	26,7	28,8	– 2,0	– 7,0
darunter:					
– Arbeitslosengeld II	21,4	17,4	20,3	– 2,9	– 14,2
– Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	4,3	3,3	3,0	+ 0,3	+ 8,5
– Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	3,5	2,6	2,5	+ 0,2	+ 7,2
Elterngeld	1,6	0,8	–	+ 0,8	X
Erziehungsgeld	1,9	1,7	2,1	– 0,4	– 20,9
Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	0,2	0,1	0,1	– 0,02	– 20,7
Sondervermögen „Kinderbetreuungs-ausbau“	2,15	–	–	–	X
Wohngeld	1,0	0,8	0,8	– 0,1	– 8,7
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,4	0,4	0,4	– 0,04	– 9,2
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2,6	2,0	2,2	– 0,2	– 8,8

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Inklusive Nachtragshaushalt 2007, Stand: Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

2 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

In Tabelle 3 (siehe S. 47) sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung dargestellt. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Für soziale Sicherung sind im Bundeshaushalt 2007 – einschließlich der mit dem Nachtragshaushalt beschlossenen 2,15 Mrd. € für das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ – 140,2 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 51,4 % an den Gesamtausgaben.

Allgemeine Dienste

Tabelle 4 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für sogenannte „Allgemeine Dienste“. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung

der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste sind im Bundeshaushalt 2007 mit 49,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 18,1 % an den Gesamtausgaben.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

In der Tabelle 5 (siehe S. 49) sind die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur dargestellt. Die Ausgaben für diesen Aufgabenbereich sind im Bundeshaushalt 2007 mit 13,2 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,9 % an den Gesamtausgaben.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Tabelle 6 (siehe S. 50) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen

Tabelle 4: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2007 ²	Januar bis September 2007	Januar bis September 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹			in %	
Versorgung	8,5	6,8	6,9	- 0,1	- 1,1
– Ziviler Bereich	4,4	3,5	3,6	- 0,1	- 3,2
– Bundeswehr, -verwaltung	4,1	3,3	3,3	+ 0,04	+ 1,2
Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)	24,1	16,9	16,5	+ 0,4	+ 2,7
– Militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung, Materialerhaltung, Baumaßnahmen usw.	8,6	5,5	5,0	+ 0,4	+ 8,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	4,3	3,6	3,3	+ 0,3	+ 9,7
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,8	1,5	1,3	+ 0,2	+ 14,4
– Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation	0,5	0,4	0,4	+ 0,1	+ 14,4
– Europäischer Entwicklungsfonds	0,7	0,6	0,6	+ 0,04	+ 7,5
Politische Führung und zentrale Verwaltung (Oberfunktion 01 ohne Versorgung)	4,2	3,0	2,7	+ 0,3	+ 12,2
– Zivildienst	0,6	0,4	0,4	+ 0,004	+ 1,1
Finanzverwaltung (Oberfunktion 06 ohne Versorgung)	2,6	1,6	1,5	+ 0,1	+ 4,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Oberfunktion 04 ohne Versorgung)	2,8	1,9	1,9	+ 0,01	+ 0,7

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Inklusive Nachtragshaushalt 2007, Stand: Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Tabelle 5: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2007 ²	Januar bis September 2007	Januar bis September 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹				in %
Investitionsprogramm Ganztagschulen	1,0	0,7	0,5	+ 0,1	+ 24,8
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7,3	4,3	4,4	- 0,1	- 3,2
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2,8	1,6	1,7	- 0,1	- 4,7
darunter:					
– Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Berlin	0,5	0,3	0,3	+ 0,04	+ 13,3
– Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. (FhG) in München	0,4	0,2	0,3	- 0,1	- 30,2
– Forschungszentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (ohne DLR)	1,3	0,8	0,8	- 0,02	- 2,9
– Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) einschließlich nationales Weltraumpro- gramm und ESA	0,9	0,7	0,7	- 0,02	- 2,7
Leistungen nach dem Bundesausbildungs- förderungsgesetz (BAföG)	1,1	0,9	0,8	+ 0,01	+ 0,6
Hochschulen	2,2	1,4	1,2	+ 0,1	+ 11,2
– Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	-	-	0,6	- 0,6	X
– Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,5	-	+ 0,5	X
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. Bonn	0,8	0,5	0,5	- 0,02	- 2,8
– Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,1	-	+ 0,1	X
– Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,1	0,1	0,001	+ 0,1	X
– Hochschulpakt 2020	0,2	0,1	-	+ 0,1	X
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,1	0,1	- 0,01	- 6,7
nachrichtlich:					
Kunst- und Kulturpflege inklusive kulturelle Angelegenheiten im Ausland	1,6	1,2	1,1	+ 0,1	+ 6,9

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.² Inklusive Nachtragshaushalt 2007, Stand: Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

sowie Bau, Ausbau sowie Ersatzinvestitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sind im Bundeshaushalt 2007 mit 11,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4 % an den Gesamtausgaben. Mit 7,3 Mrd. € werden 27,8% der investiven Ausgaben des Bundes im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesens getätigt.

Wirtschaftsförderung

Tabelle 7 (siehe S. 50) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gewerbe und Dienstleistungen, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirt-

schaft. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2007 mit 6,1 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,2% an den Gesamtausgaben.

Übrige Ausgaben

Tabelle 8 (siehe S. 51) gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Wohnungswesen, Gesundheit und Sport, Wirtschaftsunternehmen und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen.

Tabelle 6: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2007 ³	Januar bis September 2007	Januar bis September 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Straßen (ohne Gemeindeverkehrs- finanzierungsgesetz)	5,7	3,6	3,7	- 0,1	- 3,9
– Bundesautobahnen	3,2	2,0	2,3	- 0,3	- 13,1
– Bundesstraßen	2,3	1,4	1,3	+ 0,1	+ 10,5
Wasserstraßen und Häfen	1,5	0,9	0,8	+ 0,1	+ 16,8
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden²	1,3	1,0	-	+ 1,0	X
Finanzhilfen an die Länder und Investitionszuschüsse	0,3	0,1	0,1	+ 0,005	+ 4,8
nachrichtlich:					
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunter- nehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8					
– Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	3,5	2,4	1,6	+ 0,8	+ 52,1
– Bundeseisenbahnvermögen	5,4	3,6	3,7	- 0,1	- 1,9

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Bis 2006 Finanzhilfen des Bundes an die Länder, die ab 2007 durch Kompensationszahlungen an die Länder ersetzt wurden.

³ Inklusive Nachtragshaushalt 2007, Stand: Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Tabelle 7: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2007 ³	Januar bis September 2007	Januar bis September 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7²	0,5	0,4	+ 0,1	+ 26,8
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirt- schaftsstruktur“ (Ist einschließlich EFRE-Mittel)	0,6	0,5	0,3	+ 0,1	+ 41,7
Förderung des Kohlenbergbaus	1,9	1,8	1,7	+ 0,1	+ 6,3
Mittelstandsförderung	1,0	0,6	0,6	- 0,003	- 0,6
Förderung erneuerbarer Energien	0,4	0,2	0,2	- 0,01	- 7,3
Gewährleistungen	1,2	0,4	0,5	- 0,1	- 11,7
Landwirtschaft	1,0	0,4	0,4	+ 0,005	+ 1,3
– Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,6	0,2	0,2	- 0,04	- 16,7

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Soll ohne EFRE-Mittel.

³ Inklusive Nachtragshaushalt 2007, Stand: Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Tabelle 8: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2007 ²	Januar bis September 2007	Januar bis September 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Zinsen	39,3	34,8	33,5	+ 1,3	+ 3,7
Wohnungswesen	1,4	0,8	0,7	+ 0,1	+ 17,1
darunter die Schwerpunkte:					
– Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,4	–	+ 0,4	X
– Energetische Sanierungs- und Wohnraummo- dernisierungsprogramme der KfW	0,7	0,3	0,4	– 0,1	– 23,3
Städtebauförderung	0,6	0,2	0,2	+ 0,02	+ 12,7
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	0,9	0,6	0,6	– 0,04	– 6,3
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,2	0,2	– 0,01	– 7,6

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Inklusive Nachtragshaushalt 2007, Stand: Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

3 Entwicklung der Einnahmen

Tabelle 9 (siehe S. 52) gibt Auskunft über die Einnahmen des Bundes inklusive des Entwurfs zum Nachtragshaushalt 2007. Die veranschlagten Steuereinnahmen erhöhen sich mit dem Nachtragshaushalt 2007 um rd. 12 Mrd. € auf 232,5 Mrd. €. Die Steuereinnahmen haben mit 90,1 % den weitaus größten Anteil an den Einnahmen insgesamt. Die Privatisierungseinnah-

men des Bundes sind gegenüber dem ursprünglichen Soll 2007 um 4,7 Mrd. € reduziert worden. Damit liegen die Verwaltungseinnahmen des Bundes nunmehr bei 25,5 Mrd. €. Die Münzeinnahmen sind mit 0,2 Mrd. € veranschlagt. Die Nettokreditaufnahme kann aufgrund der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen auf 14,4 Mrd. € reduziert werden.

Im Zuge der parlamentarischen Beratungen des Nachtrags kann es insbesondere durch die Ergebnisse der Steuerschätzung von Anfang November 2007 noch zu Anpassungen kommen.

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2007 ²	Januar bis September 2007	Januar bis September 2006	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹				in %
Einnahmen	258,0	182,8	164,0	+ 18,8	+ 11,4
darunter:					
Steuern	232,5	163,1	140,5	+ 22,6	+ 16,1
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	184,9	133,3	113,9	+ 19,4	+ 17,1
– Lohnsteuer	57,8	38,6	35,6	+ 3,0	+ 8,4
– Veranlagte Einkommensteuer	9,4	6,9	4,3	+ 2,7	+ 62,9
– Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6,3	5,8	4,9	+ 0,8	+ 17,2
– Zinsabschlag	4,1	3,8	2,6	+ 1,1	+ 43,6
– Körperschaftsteuer	11,8	8,6	8,2	+ 0,4	+ 4,8
– Steuern vom Umsatz	94,0	68,7	57,4	+ 11,3	+ 19,8
– Gewerbesteuerumlage	1,6	0,9	0,8	+ 0,03	+ 3,3
Bundessteuern	87,0	58,8	56,8	+ 2,0	+ 3,6
– Energiesteuer	40,0	23,7	24,3	– 0,6	– 2,4
– Tabaksteuer	14,5	10,2	10,1	+ 0,1	+ 0,6
– Solidaritätszuschlag	12,1	9,1	8,2	+ 0,9	+ 11,0
– Versicherungssteuer	10,5	8,5	7,2	+ 1,3	+ 18,2
– Stromsteuer	6,5	5,0	4,7	+ 0,3	+ 6,0
– Branntweinsteuer	2,0	1,4	1,4	– 0,02	– 1,7
– Kaffeesteuer	1,1	0,8	0,7	+ 0,1	+ 13,2
– Schaumweinsteuer	0,4	0,3	0,3	+ 0,001	+ 0,3
– Sonstige Bundessteuern	0,002	0,002	0,002	– 0,0	– 7,7
Abzugsbeträge	– 39,4	– 29,0	– 30,1	+ 1,1	– 3,8
– Ergänzungszuweisungen an Länder	– 14,7	– 11,3	– 11,1	– 0,2	+ 1,6
– Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	– 6,7	– 5,0	– 5,3	+ 0,3	– 4,9
– Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	– 3,9	– 2,7	– 2,5	– 0,2	+ 6,9
– Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	– 14,1	– 10,0	– 11,2	+ 1,2	– 11,1
Sonstige Einnahmen	25,5	19,6	23,5	– 3,9	– 16,4
darunter:					
– Abführung Bundesbank	3,5	3,5	2,9	+ 0,6	+ 22,4
– Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	6,5	5,1	8,7	– 3,6	– 41,0
– Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	4,0	1,5	2,7	– 1,2	– 42,7

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.² Inklusive Nachtragshaushalt 2007, Stand: Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 7. November 2007

1	Vorbemerkungen	53
2	Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“	54
2.1	Gesamtwirtschaftliche Annahmen der Steuerschätzung und Gesamtergebnis	54
2.2	Abweichungen von der Mai-Schätzung	54
2.3	Entwicklung wichtiger Einzelsteuern	56
3	Fazit	57

- Die November-Schätzung bringt nur eine leichte Aufwärtskorrektur der Mai-Schätzung.
- Den höheren Einnahmen aus den Steuern vom Einkommen stehen geringere Einnahmen aus den verbrauchsabhängigen Steuern gegenüber.
- Aufgrund der Ergebnisse der Steuerschätzung ergeben sich keine finanziellen Spielräume für höhere Staatsausgaben.

1 Vorbemerkungen

Vom 6. bis 7. November 2007 fand in Nettetal auf Einladung des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen die 130. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2007 und 2008. Die Schätzung ging vom geltenden Steuerrecht aus. Für die Jahre 2007 und 2008 wurden gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom Mai 2007 die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements sowie des Gesetzes zur Änderung kraftfahrzeugrechtlicher und autobahn-mautrechtlicher Vorschriften (nur steuerliche Maßnahmen) einbezogen. Für das Jahr 2008 wurden darüber hinaus erstmals die finanziellen Auswirkungen des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 berücksichtigt. Die in der Mai-Schätzung für die Jahre 2007 bis 2009 unterstellten finanziellen Auswirkungen des Urteils des

Europäischen Gerichtshofes (EuGH) „Meilicke“ verschieben sich um ein Jahr nach hinten. Grund ist ein vor dem Finanzgericht Köln anhängiges Verfahren, in dem es insbesondere um Formerfordernisse an die von ausländischen Gesellschaften ausgestellten Steuerbescheinigungen geht.

2 Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

2.1 Gesamtwirtschaftliche Annahmen der Steuerschätzung und Gesamtergebnis

Für das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wurden die von der Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion erwarteten Zuwachsraten angesetzt: Für 2007 ein Zuwachs von 4,4 % und für 2008 ein Zuwachs von 3,5 %. Damit wurde die Erwartung für 2007 gegenüber der Steuerschätzung vom Mai 2007 um 0,4 Prozentpunkte angehoben, für 2008 um 0,2 Prozentpunkte leicht zurückgenommen.

Betrachtet man die für die Steuerschätzung relevanten Aggregate (vgl. Tabelle 1), so stellt man für 2007 im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung einen deutlich stärkeren Zuwachs bei der erwarteten Bruttolohn- und -gehaltssumme und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen fest, während der private Verbrauch deutlich schwächer eingeschätzt wird. Die Annahmen für das Jahr 2008 wurden gegenüber dem Mai nicht wesentlich geändert.

Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung wird das Steueraufkommen insgesamt in diesem Jahr um 10,3 % auf 538,9 Mrd. € steigen (vgl. Tabelle 2, S. 55). Im kommenden Jahr rechnet der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ mit einem weiteren Zuwachs von 3,1 % und einem Gesamtaufkommen von 555,6 Mrd. €. Bund, Länder und Gemeinden können sowohl in 2007 als auch in 2008 mit Aufkommenszuwächsen rechnen.

2.2 Abweichungen von der Mai-Schätzung

Auf der Grundlage der veränderten gesamtwirtschaftlichen Annahmen ergibt sich für 2007 eine im Vergleich zum Mai höhere Schätzung für die Lohnsteuer und die von Kapitaleinkünften abhängigen Steuern (mit Ausnahme der Körperschaftsteuer) auf der einen Seite und ein Rückgang bei der Schätzung der verbrauchsabhängigen Steuern, vor allem der Steuern vom Umsatz.

Verglichen mit der letzten Steuerschätzung vom Mai 2007 werden die Steuereinnahmen insgesamt im Jahre 2007 voraussichtlich um +4,6 Mrd. € höher ausfallen (vgl. Tabelle 3, S. 55). Für den Bund ergeben sich Mehreinnahmen von +1,2 Mrd. €, Länder und Gemeinden haben in diesem Jahr einen Aufkommenszuwachs von +2,5 Mrd. € bzw. +1,5 Mrd. € zu erwarten.

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben des interministeriellen Arbeitskreises „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ für die Steuerschätzungen Mai 2007 und November 2007

	2007		2008	
	Steuerschätzung Mai 2007	Steuerschätzung Nov. 2007	Steuerschätzung Mai 2007	Steuerschätzung Nov. 2007
BIP nominal in % gegenüber Vorjahr	+ 4,0	+ 4,4	+ 3,7	+ 3,5
BIP real in % gegenüber Vorjahr	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0
Bruttolohn- und -gehaltssumme in % gegenüber Vorjahr	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,2	+ 3,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen in % gegenüber Vorjahr	+ 4,1	+ 4,9	+ 6,0	+ 5,7
Modifizierte letzte inländische Verwendung in % gegenüber Vorjahr	+ 3,0	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,2

Tabelle 2: Ergebnisse der Steuerschätzung November 2007¹

	Ist	Schätzung	
	2006	2007	2008
1. Bund (Mrd. €)	203,9	231,7	238,0
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	7,2	13,6	2,7
2. Länder (Mrd. €)	195,1	213,6	219,2
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	8,1	9,5	2,6
3. Gemeinden (Mrd. €)	67,3	72,1	73,6
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	12,6	7,1	2,1
4. EU (Mrd. €)	22,1	21,5	24,8
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	2,0	-2,7	15,3
5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €)	488,4	538,9	555,6
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	8,0	10,3	3,1

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.

¹ Die Aufteilung der geschätzten Steuereinnahmen auf Bund und Länder hat sich gegenüber der unmittelbar nach Ende der Steuerschätzung herausgegebenen Presseerklärung noch leicht geändert. Ursache ist die erforderliche Neuberechnung des Finanzausgleichs, die erst nach Vorliegen der Schätzergebnisse erfolgen kann und vom Finanzministerium Baden-Württemberg vorgenommen wird. Die vom Bund an die Länder zu zahlenden Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen fallen auf Basis des Schätzergebnisses in 2007 um 195 Mio. € und in 2008 um 181 Mio. € höher aus.

Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2007 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2007 – Ebenen

2007	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2007	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung November 2007
			Steuerrechts-änderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung	Schätzab-weichung ²	
			in Mrd. €			
	230,5	1,2	0,1	0,5	0,6	231,7
³	211,1	2,5	0,1		2,5	213,6
Gemeinden ³	70,5	1,5	0,0		1,5	72,1
EU	22,2	- 0,6	0,0	- 0,5	- 0,2	21,5
Steuereinn. insg.	534,3	4,6	0,2	0,0	4,4	538,9

2008	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2007	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung November 2007
			Steuerrechts-änderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung	Schätzab-weichung ²	
			in Mrd. €			
Bund ³	238,2	- 0,2	- 1,5	0,4	1,0	238,0
Länder ³	219,3	- 0,1	- 1,8		1,7	219,2
Gemeinden ³	72,7	0,9	- 0,5		1,4	73,6
EU	25,1	- 0,3	0,0	- 0,4	0,1	24,8
Steuereinn. insg.	555,3	0,3	- 3,8	0,0	4,1	555,6

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

¹ 2007 ff: Gesetz zur Änderung kraftfahrzeugrechtlicher und autobahnmautrechtlicher Vorschriften (nur steuerliche Maßnahmen).

Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.

Finanzielle Auswirkungen EuGH-Urteil „Meilicke“.

2008 ff: Unternehmensteuerreformgesetz 2008.

² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Im Jahr 2008 wird das Steueraufkommen voraussichtlich nur leicht über dem Schätzergebnis vom Mai 2007 liegen. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat seinen Schätzansatz für 2008 um + 0,3 Mrd. € angehoben. Dabei steht einer positiven Schätzabweichung von +4,1 Mrd. € ein durch zwischenzeitlich beschlossene Steuerrechtsänderungen (insbesondere die Unternehmensteuerreform) bedingter Steuerausfall von – 3,8 Mrd. € gegenüber.

Während das Ergebnis im Vergleich zur Mai-Schätzung beim Bund mit – 0,2 Mrd. € und bei den Ländern mit – 0,1 Mrd. € etwas geringer ausfällt, ergeben sich für die Gemeinden Mehreinnahmen von + 0,9 Mrd. €.

2.3 Entwicklung wichtiger Einzelsteuern

Die stärkste Aufwärtskorrektur gab es bei der veranlagten Einkommensteuer, die für 2007 um 3 Mrd. € und für 2008 sogar um 5,4 Mrd. € nach oben korrigiert wurde (vgl. Tabelle 4, S. 57). Im Jahr 2008 wirkt sich dabei die Verschiebung der Auswirkungen des EuGH-Urteils „Meilicke“ um ein Jahr mit + 2,8 Mrd. € aufkommenssteigernd aus.

Starke Zuwächse im Vergleich zur Mai-Schätzung ergeben sich auch beim Zinsabschlag. Hier führt, wie die Aufkommensentwicklung im Zeitraum Januar bis Oktober 2007 zeigt, die Senkung des Sparer-Freibetrages offenbar zu deutlich stärkeren Einnahmesteigerungen als zuvor angenommen.

Ebenfalls deutlich höhere Einnahmen werden bei der Lohnsteuer und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag verzeichnet.

Die Korrektur der Aufkommenserwartungen nach unten bei der Körperschaftsteuer erfolgte nicht aufgrund einer pessimistischeren Einschätzung der Gewinnentwicklung. Maßgeblich waren für 2007 vielmehr die per saldo geringeren Einnahmen aus Nachzahlungen und Erstattungen für zurückliegende Jahre. Die Vorauszahlungen entwickeln sich weiterhin positiv. Der starke Rückgang um 5,3 Mrd. € in 2008 ist zum großen Teil Ergebnis der Einbeziehung der Unternehmensteuerreform in die Steuerschätzung.

Deutlich schwächer als erwartet hat sich in diesem Jahr der private Verbrauch entwickelt. Daraus resultiert der erhebliche Rückgang bei den für 2007 erwarteten Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz, der sich über einen negativen Basiseffekt auch in 2008 auswirkt.

Die Bundessteuern werden in diesem Jahr etwas geringer, im kommenden Jahr etwas höher ausfallen als im Mai geschätzt. Dahinter steht insbesondere die Annahme, dass bei der Energiesteuer auf Erdgas, bei der die Zahlungsmodalitäten grundlegend geändert wurden, im kommenden Jahr noch Abschlusszahlungen für 2007 eingehen werden.

Bei den Ländersteuern ist die ungebrochene Dynamik bei der Grunderwerbsteuer der Hauptgrund dafür, dass die Einnahmeerwartungen angehoben wurden.

Tabelle 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2007 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2007 – Einzelsteuern

Steuerart	Abweichung (Beträge in Mio. €)	
	2007	2008
Lohnsteuer	1 150	550
veranlagte Einkommensteuer	3 000	5 350
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	855	955
Zinsabschlag	1 925	2 590
Körperschaftsteuer	– 890	–5 260
Steuern vom Umsatz	–2 600	–3 600
Gewerbesteuer	800	–1 400
Bundessteuern zusammen	– 431	369
Energiesteuer	– 650	450
Stromsteuer	150	150
Tabaksteuer	– 150	– 400
Versicherungsteuer	– 80	– 80
Solidaritätszuschlag	300	250
sonstige Bundessteuern	– 1	– 1
Ländersteuern zusammen	895	550
Gemeindesteuern zusammen	74	83
Zölle	– 160	100
Steuereinnahmen insgesamt	4 618	287

3 Fazit

Das Ergebnis der Steuerschätzung bestätigt im Grundsatz die Ansätze in den Entwürfen für den Nachtragshaushalt des Bundes 2007 und den Bundeshaushalt 2008. Neue finanzielle Spielräume ergeben sich demnach aufgrund der Ergebnisse der Steuerschätzung nicht.



Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder¹ im 1. bis 3. Quartal 2007

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im 1. bis 3. Quartal 2007	59
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 3. Quartals 2007	61
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen	62

- Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern stiegen gegenüber dem 1. und 2. Quartal 2006 um + 12,3 %.
- Die gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung und ein höherer Beschäftigungsstand lassen Steuern vom Einkommen deutlich steigen.
- Die Energiesteuereinnahmen schwächen sich wegen geringeren Erdgas- und Heizölverbrauchs ab.

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im 1. bis 3. Quartal 2007

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. bis 3. Quartal 2007 356,5 Mrd. €, das sind + 39,1 Mrd. € bzw. + 12,3 % mehr als im 1. bis 3. Quartal 2006.

Die Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2007 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie in Tabelle 1 dar.

Die **gemeinschaftlichen Steuern** nahmen im 1. bis 3. Quartal 2007 im Vorjahresvergleich deutlich um + 14,9 % zu. Der Zuwachs im 3. Quartal fiel allerdings mit + 11,4 % verhaltener aus als in den beiden Vorquartalen (+ 18,0 % bzw. + 15,8 %).

Die Einnahmen aus der **Lohnsteuer** stiegen im Berichtszeitraum um + 8,1 %. Die im

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2007

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	1. bis 3. Quartal – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2007	2006	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	277 145	241 157	35 988	14,9
Bundessteuern	58 821	56 783	2 039	3,6
Ländersteuern	17 517	16 546	971	5,9
Zölle	2 973	2 853	120	4,2
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	356 457	317 339	39 118	12,3

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Vorjahresvergleich gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung und der damit verbundene höhere Beschäftigungsstand haben ebenso zu diesem Ergebnis beigetragen wie der Rückgang der Kindergeldzahlungen um – 594 Mio. €.

Das Aufkommen aus der **veranlagten Einkommensteuer** hat sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 um + 62,9 % von 10,0 Mrd. € auf 16,3 Mrd. € gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum erhöht. Der Zuwachs ist überwiegend auf die deutlich verbesserte Gewinnsituation der Personenunternehmen zurückzuführen. Die Eigenheimzulage, bei der in jedem Jahr ein Förderjahrgang entfällt, ohne dass ein neuer hinzukommt, blieb um – 1,5 Mrd. € unter dem Vorjahresniveau. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer (§ 46 EStG) nahmen mit + 126 Mio. € geringfügig zu.

Die Einnahmen aus der **Körperschaftsteuer** zeigen in den drei Quartalen des Berichtszeitraums eine sehr unterschiedliche Entwicklung: Nach einem Anstieg um + 4,8 % und + 20,3 % im 1. bzw. 2. Quartal 2007 sank das Aufkommen im 3. Quartal um – 8,4 %, so dass das Vorjahresergebnis insgesamt lediglich um + 4,8 % übertroffen wurde. Die Investitionszulagen erhöhten sich marginal von 621 Mio. € auf 632 Mio. €.

Beim **Zinsabschlag** (insgesamt + 43,2 % auf 8,6 Mrd. €) hat sich die Beschleunigung der Aufkommensentwicklung auch im 3. Quartal 2007 weiter fortgesetzt. Nach einer Zunahme im 1. Quartal um + 32,4 % stiegen die Einnahmen im 2. und im 3. Quartal 2007 jeweils um + 55,3 %. Ursächlich hierfür sind die gestiegene Durchschnittsverzinsung und die Kürzung des Sparer-Freibetrages.

Die Einnahmen aus den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** stiegen im Berichtszeitraum um + 17,2 % von 9,8 Mrd. € auf 11,5 Mrd. €. Sie hängen stark von der Gewinnentwicklung ab. Der Anstieg hat sich im Jahresverlauf stetig verlangsamt: von + 23,2 % im 1. Quartal über + 15,6 % im 2. Quartal auf + 14,5 % im 3. Quartal. Dies ist jedoch möglicherweise auf Verschiebungen der Termine für die Ausschüttung von Dividenden zurückzuführen. Darüber hinaus wurden gegenüber dem Vorjahreszeitraum um knapp + 700 Mio. € höhere Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern gezahlt.

Die Kasseneinnahmen der **Steuern vom Umsatz** haben sich ebenfalls im Jahresverlauf von + 17,2 % im 1. Quartal 2007 auf + 15,0 % im 3. Quartal 2007 leicht abgeschwächt, was zu einem Gesamtergebnis im Berichtszeitraum von + 16,2 % führte. Insgesamt wurde das Vorjahresergebnis bei der Umsatzsteuer um + 16,0 % und bei der Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern um + 16,8 % übertroffen. Der Aufkommenszuwachs ist nahezu ausschließlich auf die Steuersatzerhöhung zu Jahresbeginn zurückzuführen.



Im Gegensatz zu den gemeinschaftlichen Steuern entwickelten sich die **Bundessteuern** mit + 3,6 % im 1. bis 3. Quartal 2007 nur sehr verhalten.

Ursächlich hierfür ist der Rückgang der Einnahmen aus der Energiesteuer. Die mit Abstand aufkommensstärkste Bundessteuer hatte im 1. Quartal 2007 aufgrund starker Zuwächse bei der Besteuerung von Heizöl noch einen Anstieg um + 1,3 % aufzuweisen, doch für das 2. und 3. Quartal 2007 ergab sich ein Rückgang des Energiesteueraufkommens von – 5,1 % bzw. – 1,4 %. Für den gesamten Berichtszeitraum sanken die Einnahmen demzufolge um – 2,4 %. Dahinter steht ein schwacher Absatz von Erdgas und Heizöl.

Das Tabaksteueraufkommen verharrte in den ersten neun Monaten mit + 0,6 Prozentpunkten in etwa auf dem Vorjahresniveau (10,2 Mrd. €). Die Vorzieheffekte in den ersten Monaten wurden im Jahresverlauf kompensiert. Erste Anzeichen deuten auf eine Verhaltensänderung in

Richtung auf eine Verminderung des Tabakkonsums hin.

Der Solidaritätszuschlag stieg um + 11,0 % an, weil sich seine Bemessungsgrundlagen kräftig erhöhten. Die Einnahmen aus der Versicherungssteuer und der Stromsteuer stiegen um + 18,2 % bzw. + 6,0 %, wobei der Zuwachs bei der Versicherungssteuer aus der Steuersatzerhöhung ab 1. Januar 2007 resultierte.

Die **Ländersteuern** entwickelten sich im 1. bis 3. Quartal 2007 mit einer Zunahme um + 5,9 % relativ positiv, geprägt durch starke Zuwächse bei der Grunderwerbsteuer (+ 16,8 %) und bei der Erbschaftsteuer (+ 12,9 %). Die Kraftfahrzeugsteuer (– 0,8 %) unterschritt ihr Vorjahresniveau ebenso wie die Rennwett- und Lotteriesteuer (– 5,2 %). Auch die Einnahmen aus der Biersteuer verringerten sich um – 2,1 %.

2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 3. Quartals 2007

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) wiesen im **Juli 2007** gegenüber dem Vorjahresmonat ein Plus von + 6,9 % auf. Getragen wurde diese positive Entwicklung von den gemeinschaftlichen Steuern (+ 8,6 %, allen voran die gewinnabhängigen Steuern) sowie den Ländersteuern (+ 13,1 %). Die Bundessteuern waren mit – 1,5 % hingegen rückläufig.

Im **August 2007** stiegen die Steuereinnahmen insgesamt um + 10,8 %. Der Zuwachs bei den gemeinschaftlichen Steuern mit + 12,2 % ist insbesondere auf die deutliche Zunahme beim Zinsabschlag (+ 61,3 %) und bei den Steuern vom Umsatz (+ 17,1 %) zurückzuführen. Die Ländersteuern verzeichneten mit + 12,5 % einen leicht höheren Anstieg (u. a. Grunderwerbsteuer + 25,8 %, Erbschaftsteuer + 29,4 %). Die Bundessteuern legten um + 5,2 % zu, wozu hauptsächlich die Energiesteuer und die Tabaksteuer mit + 4,5 % bzw. + 6,5 % beitrugen.

Im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat **September 2007** lagen die Steuereinnahmen um + 10,3 % über dem Vorjahreswert. Die gemeinschaftlichen Steuern nahmen mit + 12,9 % erneut stark zu, während die Bundessteuern das Niveau des Vorjahres nur um rund + 65 Mio. € bzw. + 0,8 % übertrafen. Die Ländersteuern verzeichneten mit + 3,7 % einen im Vergleich zu den Vormonaten eher moderaten Anstieg.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Bund, Länder und Gemeinden konnten somit im 1. bis 3. Quartal 2007 einen kräftigen Einnahmewachstum im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum verzeichnen. Da der Bund einen größeren Anteil aus der Umsatzsteuererhöhung erhält als die Länder und gleichzeitig die Abführungen von EU-Eigenmitteln zurückgingen, ist der Zuwachs beim Bund stärker ausgeprägt als bei Ländern und Gemeinden.

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2007 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der Tabelle 2 dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. bis 3. Quartal 2007 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de> unter der Rubrik Steuern > Steuerschätzung/Steuereinnahmen > Steuereinnahmen.

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen	1. bis 3. Quartal – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2007	2006	in Mio. €	in %
Bund ¹	164 523	141 952	22 571	15,9
EU	15 662	16 613	– 951	– 5,7
Länder ¹	156 154	141 241	14 914	10,6
Gemeinden ²	20 117	17 533	2 585	14,7
Zusammen	356 457	317 339	39 118	12,3

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

² Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Zinsabschlag und Steuern vom Umsatz.

Hilfen für Helfer

Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements vom 10. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2332)

1	Einleitung	63
2	Die Änderungen im Überblick	64
3	Spendenrecht	65
3.1	Begünstigte Zwecke	65
3.2	Höchstgrenzen	66
3.3	Vermögensstockspenden	66
3.4	Weitere Änderungen im Spendenrecht	66
4	Gemeinnützigkeitsrecht	67
4.1	Gemeinnützige Zwecke	67
4.2	Anhebung der Besteuerungsgrenze und der Zweckbetriebsgrenze	67
4.3	Weitere Änderungen des Gemeinnützigkeitsrechts	68
5	Übungsleiterfreibetrag	69
6	Allgemeine Aufwandspauschale	70
7	Anwendungsregelungen	71

- Die Bundesregierung verbessert die steuerlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und stärkt damit den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.
- Die Leistungen von mehr als einer halben Million gemeinnütziger Vereine, fast 15 000 gemeinnützigen Stiftungen und vielen Menschen, die sich persönlich und finanziell für unsere Gesellschaft engagieren, erfahren mehr Anerkennung.
- Neben einer stärkeren finanziellen Förderung wurden das Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht vereinfacht und Bürokratie abgebaut.

1 Einleitung

Der Staat kann und soll nicht alles leisten. Wir wollen stattdessen einen Staat, der die Menschen in die Lage versetzt, Eigenverantwortung, aber auch Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen. Der Staat kann dabei helfen, indem er das bürgerschaftliche Engagement für unsere Gesellschaft unterstützt und fördert. Er hat dies schon bisher auf vielfältige Art getan. Mit dem Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements vom 10. Oktober 2007 ergänzt er die bisherige Förderung um wichtige Leistungen. Er betont damit seine Wertschätzung für die Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren.

Zugleich will er durch Abbau von Hemmnissen für ehrenamtliches Engagement und die politische Anerkennung gemeinnützigen Handelns noch mehr Menschen dazu motivieren, sich durch persönliches Engagement oder auch finanziell für unsere Gesellschaft einzusetzen.

Das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements beschränkt sich auf verschiedene Maßnahmen im Steuerrecht, die eine so wesentliche Rolle spielen, dass es für den Gesetzgeber richtig war, hier als Erstes tätig zu werden. Weitere Maßnahmen in anderen Rechtsgebieten, z.B. im zivilen Vereinsrecht, werden folgen. Darüber hinausgehende steuerrechtliche Änderungen zeichnen sich bereits

durch Anfragen der EU-Kommission und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) ab.



0 0,0	3.516	10,5	3.030	9,1	1.960
0 0,0	3.730	10,8	3.181	9,2	2.088
0 0,0	3.920	11,1	3.362	9,5	2.236
0 0,0	3.254	8,9	3.519	9,6	2.382
0 0,0	3.492	9,2	3.535	9,3	2.511
0 0,0	3.612	9,3	3.640	9,3	2.581
0 0,0	3.850	9,6	3.750	9,3	2.621
0 0,0	2.906	6,9	3.927	9,3	2.401

2 Die Änderungen im Überblick

Das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements vom 10. Oktober 2007 enthält die folgenden Maßnahmen:

- Bessere Abstimmung und Vereinheitlichung der förderungswürdigen Zwecke im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht;
- Vereinheitlichung und Anhebung der Höchstgrenzen für den Spendenabzug von bisher 5 % bzw. 10 % des Gesamtbetrags der Einkünfte auf einheitlich 20 % und Verdoppelung der Alternativgrenze für Spenden aus Unternehmen von 0,2 % auf 0,4 % der Summe der gesamten Umsätze und der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter;
- Abschaffung des zeitlich begrenzten Vor- und Rücktrags von Großspenden und des zusätzlichen Höchstbetrags für Spenden an Stiftungen zugunsten eines zeitlich unbegrenzten Zuwendungsvortrags;
- Anhebung des Höchstbetrags für die Ausstattung von Stiftungen mit Kapital (Vermögensstockspenden) von 307 000 € auf 1 Mio. € ohne Beschränkung auf das Gründungsjahr;
- Senkung des Haftungssatzes bei unrichtigen Zuwendungsbestätigungen und fehlverwendeten Zuwendungen von 40 % auf 30 %;
- Anhebung der Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Betätigungen gemeinnütziger Körperschaften, der Zweckbetriebsgrenze für sportliche Veranstaltungen und der Umsatzgrenze für die Pauschalierung der Vorsteuer von jeweils 30 678 € auf 35 000 €;
- Anhebung des sog. Übungsleiterfreibetrags von 1 848 € auf 2 100 € im Jahr;
- Einführung eines Steuerfreibetrags (sog. Aufwandspauschale) für alle nebenberuflich Tätigen im Dienst oder Auftrag einer Körperschaft des öffentlichen Rechts oder gemeinnützigen Einrichtung zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke in Höhe von 500 € im Kalenderjahr;
- Rücksichtnahme auf besondere Verhältnisse im kulturellen Bereich durch verbesserten Sonderausgabenabzug für Mitgliedsbeiträge an Vereine zur Förderung kultureller Einrichtungen;

– Bürokratieabbau durch Rechts- und Verwaltungsvereinfachung.

Alle Änderungen mit Ausnahme der Anhebung der Grenze für die Pauschalierung der Vorsteuer gelten rückwirkend ab dem 1. Januar 2007.

3 Spendenrecht

3.1 Begünstigte Zwecke

An die Stelle der Aufzählung der spendenbegünstigten Zwecke tritt in dem neuen § 10b Abs. 1 EStG ein Verweis auf die §§ 52 bis 54 Abgabenordnung (AO), in denen die gemeinnützigen, mildtätigen und kirchlichen Zwecke geregelt sind. Die Anerkennung von Zwecken als besonders förderungswürdig und damit auch die Anlage 1 zu § 48 Abs. 2 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV) fallen weg, ebenso die §§ 48 und 49 EStDV. Soweit die Regelungen durch die Umstellung nicht überflüssig geworden sind, wurden sie unmittelbar in das EStG übernommen. Alles, was gemeinnützig ist, ist künftig auch spendenbegünstigt. Schon allein durch den Wegfall einer zweiten Anerkennung mit unterschiedlichen Voraussetzungen und der hiermit verbundenen Vereinheitlichung der Begriffe verringert sich der bürokratische Aufwand für die gemeinnützigen Einrichtungen und die Finanzverwaltung.

Mitgliedsbeiträge an die Vereine, die

- den Sport,
- kulturelle Betätigungen, die in erster Linie der Freizeitgestaltung dienen,
- die Heimatpflege und Heimatkunde oder
- sog. Freizeit Zwecke (bisher in § 52 Abs. 2 Nr. 4 AO aufgeführt)

fördern, bleiben wie bisher vom Sonderausgabenabzug ausgeschlossen. Mitgliedsbeiträge für alle anderen Zwecke sind abziehbar.

Neu als Sonderausgaben abziehbar sind Mitgliedsbeiträge an Kulturfördervereine. Dies ergibt sich dadurch, dass eine Regelung in § 48 Abs. 4 EStDV, die bisher dem Abzug entgegstand, nicht in § 10b Abs. 1 EStG übernommen wurde. Da es jetzt nicht mehr darauf ankommt, ob die Mitglieder Vergünstigungen beim Besuch von Veranstaltungen der geförderten Einrichtung erhalten, entfallen Abgrenzungen, die in der Vergangenheit zu großen Problemen geführt haben.

3.2 Höchstgrenzen

Die Höchstgrenzen für den steuerlichen Spendenabzug wurden umgestaltet und dabei erheblich vereinfacht und ausgeweitet. An die Stelle von unterschiedlichen Abzugssätzen, die vom geförderten Zweck abhingen und 5 % oder 10 % des Gesamtbetrags der Einkünfte betrug, ist ein einheitlicher Abzugssatz von 20 % für alle Zwecke getreten. Sonderregelungen, die zur Leistung von sog. Großspenden oder zur Leistung von Spenden besonders an Stiftungen anregen sollten und die die Berechnung der Höchstgrenzen immer komplizierter gemacht haben, wurden abgeschafft. Soweit Zuwendungen im Veranlagungszeitraum der Leistung nicht abgezogen werden können, sind sie nunmehr ohne zeitliche Begrenzung auf die folgenden Veranlagungszeiträume vorzutragen.

Die Alternativgrenze für Spenden von Unternehmen von 0,2 % der Summe der gesamten Umsätze und der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter wurde auf 0,4 % angehoben. Diese Grenze kommt nur dann zur Anwendung, wenn dies zu einem höheren Abzug führt. Sie ermöglicht es den Unternehmen, ohne Rücksicht auf den voraussichtlichen Gewinn des Jahres gleichmäßig für steuerbegünstigte Zwecke zu spenden.

Die Regelungen im Körperschaftsteuergesetz (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG) und im Gewerbesteuer-gesetz (§ 9 Nr. 5 GewStG) wurden entsprechend geändert.

3.3 Vermögensstockspenden

Nach der bisherigen Fassung des § 10b Abs. 1a EStG waren Spenden, die anlässlich der Neugründung in den Vermögensstock einer Stiftung des öffentlichen Rechts oder einer gemeinnützigen Stiftung geleistet wurden, zusätzlich zu allen anderen Höchstgrenzen bis zu weiteren 307 000 € abziehbar. Der Sonderausgabenabzug kann innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren vom Spender beliebig auf die einzelnen Jahre verteilt werden.

Durch das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements wurde der Höchstbetrag auf 1 Mio. € angehoben, also mehr als verdreifacht. Die Voraussetzung, dass die

Spende anlässlich der Neugründung der Stiftung geleistet werden musste, ist entfallen. Begünstigt sind damit jetzt auch Spenden in den Vermögensstock von schon länger bestehenden Stiftungen (sog. Zustiftungen).

Die Änderungen des § 10b Abs. 1 und 1a EStG gelten rückwirkend ab dem 1. Januar 2007. Die Rückwirkung ist nur zulässig, wenn die geänderten Regelungen für die Steuerpflichtigen günstiger sind als das alte Recht. Da sich insbesondere wegen des bisher zulässigen Rücktrags von Großspenden im Einzelfall eine Verschlechterung ergeben kann, enthält das Gesetz eine Regelung, nach der dem Spender die Möglichkeit eröffnet wird, für den Veranlagungszeitraum 2007 die Anwendung des bisherigen Rechts zu wählen. Wenn er sich hierzu entschließt, gilt dies für den gesamten Spendenabzug in diesem Jahr. Die Wahlmöglichkeit ist auf den Veranlagungszeitraum 2007 beschränkt.

3.4 Weitere Änderungen im Spendenrecht

Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Zuwendungsbestätigung ausstellt oder wer veranlasst, dass Zuwendungen (Mitgliedsbeiträge und Spenden) nicht zu den in der Zuwendungsbestätigung angegebenen steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden, haftet für die dem Staat durch den Abzug der Zuwendung entgangene Steuer (§ 10b Abs. 4 EStG). Die Haftung trifft grundsätzlich den Verein, nicht seine Vertreter. Die entgangene Steuer war bisher bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer pauschal mit 40 % des bestätigten bzw. fehlverwendeten Betrags anzusetzen. Durch das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements wird der pauschale Haftungssatz auf 30 % gesenkt. Dies trägt der Minderung des durchschnittlichen Steuersatzes bei der Einkommensteuer nach mehreren Tarifsenkungen in den letzten Jahren Rechnung.

In der Regelung zum vereinfachten Nachweis von Zuwendungen zur Linderung der Not in Katastrophenfällen (§ 50 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 EStDV) wurde der Begriff „zur Linderung der Not“ durch „zur Hilfe“ ersetzt. Dadurch wird zugelassen, dass die Empfängerkörperschaften die zugewendeten

Mittel nicht nur für mildtätige Zwecke, sondern auch für andere steuerbegünstigte Zwecke, wie z.B. den Wiederaufbau von Schulen, Kindergärten und Altenheimen verwenden dürfen.

Bei Zuwendungen bis zu 100 € (je Zuwendung) reichte bisher unter bestimmten Voraussetzungen der Bareinzahlungsbeleg oder die Buchungsbestätigung eines Kreditinstituts als Nachweis aus (§ 50 Abs. 2 Nr. 2 EStDV). Durch das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements wurde die Grenze für den vereinfachten Nachweis auf 200 € verdoppelt.



4 Gemeinnützigkeitsrecht

4.1 Gemeinnützige Zwecke

§ 52 Abs. 2 AO enthält nach der Änderung durch das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements eine umfangreiche Aufzählung der gemeinnützigen Zwecke, die zugleich für den steuerlichen Spendenabzug maßgeblich ist. Die Aufzählung enthält alle bisher beispielhaft in der Vorschrift aufgeführten Zwecke und alle Zwecke, die bisher in der Anlage 1 zu § 48 Abs. 2 EStDV für den Spendenabzug als besonders förderungswürdig anerkannt waren. Als neuer gemeinnütziger Zweck findet sich in Nr. 25 die „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke“. Dies dient der Klarstellung und der Hervorhebung des Anliegens, das die Bundesregierung und der Bundestag mit dem Gesetz verfolgt haben.

Die Aufzählung der gemeinnützigen Zwecke in § 52 Abs. 2 AO sollte nach der Konzeption der Bundesregierung abschließend sein. Dabei hat die Bundesregierung aber bereits in der Begründung des Gesetzentwurfs klargestellt, dass die Förderung von Zwecken, die hinsichtlich der Merkmale, die ihre steuerrechtliche Förderung rechtfertigen, mit den in § 52 Abs. 2 AO genannten Zwecken identisch sind, gemeinnützig bleibt. Zudem wurde § 52 Abs. 2 AO im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens um eine Regelung ergänzt, die es den obersten Finanzbehörden der Länder ermöglicht, neue gesellschaftliche Zwecke ohne Gesetzesänderung als gemeinnützig anzuerkennen. Die Länder haben sich bereits darauf festgelegt, dass neue Anerkennungen nur bundeseinheitlich erfolgen werden.

4.2 Anhebung der Besteuerungsgrenze und der Zweckbetriebsgrenze

Von einer gemeinnützigen Körperschaft wurde bisher keine Körperschaft- und Gewerbesteuer erhoben, wenn die Einnahmen der Körperschaft einschließlich der Umsatzsteuer aus ihren steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben

insgesamt nicht mehr als 30 678 € im Jahr betragen (Besteuerungsgrenze, § 64 Abs. 3 AO). Der Gewinn aus den steuerpflichtigen Betätigungen brauchte nur bei höheren Einnahmen ermittelt zu werden.

Durch das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements wird die Besteuerungsgrenze auf 35 000 € angehoben. Die Anhebung fällt relativ gering aus, weil der Gesetzgeber das in der Verfassung verankerte Gebot der Wettbewerbsneutralität des Steuerrechts im Auge behalten musste. Die Wettbewerbsnachteile für kleine und mittelständische Unternehmen gegenüber gemeinnützigen Körperschaften bei vergleichbaren wirtschaftlichen Betätigungen, die durch die Nichtbesteuerung von Gewinn und Gewerbeertrag infolge der Besteuerungsgrenze entstehen, müssen sich in einem vor der Verfassung vertretbaren Rahmen halten. Eine Anhebung um 4 322 € nach 17 Jahren ist insoweit unproblematisch.

Ebenfalls von 30 678 € auf 35 000 € Einnahmen im Jahr angehoben wurde die Zweckbetriebsgrenze für sportliche Veranstaltungen. Danach werden sportliche Veranstaltungen eines Sportvereins als Zweckbetrieb behandelt, wenn die Einnahmen einschließlich der Umsatzsteuer diesen Betrag nicht übersteigen (§ 67a Abs. 1 AO). Die Zweckbetriebsgrenze für sportliche Veranstaltungen besteht neben der Besteuerungsgrenze in gleicher Höhe. Sie dient im Wesentlichen dazu, die steuerliche Behandlung von Amateursportveranstaltungen zu vereinfachen. Der Sportverein kann auf die Anwendung der Zweckbetriebsgrenze verzichten. Sportliche Veranstaltungen, an denen kein bezahlter Sportler teilnimmt, sind dann auch bei höheren Einnahmen ein Zweckbetrieb (§ 67a Abs. 2 und 3 AO).

Zur Wahrung des Gleichklangs mit der Besteuerungsgrenze und der Zweckbetriebsgrenze wurde auch die Umsatzgrenze des § 23a UStG für die Pauschalierung der Vorsteuer auf 35 000 € angehoben. Danach können gemeinnützige Körperschaften, die nicht buchführungs- und bilanzierungspflichtig sind und deren Gesamtumsatz im vorangegangenen Kalenderjahr die Grenze nicht überstiegen hat, die abziehbaren Vorsteuerbeträge pauschal mit einem Durchschnittssatz von 7 % ihres steuerpflichtigen Gesamtumsatzes – mit Ausnahme der Einfuhr

und des innergemeinschaftlichen Erwerbs – abziehen. Die Anhebung dieser Grenze ist wegen der Besonderheiten bei der Umsatzsteuer die einzige Regelung, die nicht rückwirkend in Kraft getreten ist.

4.3 Weitere Änderungen des Gemeinnützigkeitsrechts

Nach § 58 Nr. 3 und 4 AO ist es unschädlich für die Gemeinnützigkeit einer Körperschaft, wenn sie ihre Arbeitskräfte anderen Personen, Unternehmen oder Einrichtungen für steuerbegünstigte Zwecke zur Verfügung stellt oder ihr gehörende Räume einer anderen steuerbegünstigten Körperschaft zur Nutzung für deren steuerbegünstigte Zwecke überlässt. Die Vorschriften haben bisher keine Zurverfügungstellung von Arbeitskräften und keine Überlassung von Räumen an Körperschaften des öffentlichen Rechts zugelassen. Mit dem Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements werden diese Lücken geschlossen.

Außerdem wurde eine bisher zulässige Alternative für die Vermögensbindung in der Satzung gemeinnütziger Körperschaften gestrichen (§ 61 Abs. 2 AO). Danach reichte bisher für die Vermögensbindung eine Bestimmung in der Satzung aus, dass das (Rest-)Vermögen bei Auflösung oder Aufhebung der Körperschaft oder Wegfall der Gemeinnützigkeit für steuerbegünstigte Zwecke zu verwenden ist und der künftige Beschluss über die Verwendung des Vermögens erst nach Einwilligung des Finanzamts ausgeführt werden darf. Diese Satzungsbestimmung war nur dann zulässig, wenn bei der Erstellung der Satzung aus zwingenden Gründen der künftige Verwendungszweck des Vermögens noch nicht angegeben werden konnte. Nach den Erfahrungen der Finanzämter gibt es keinen Fall, in dem aus einem zwingenden Grund bei der Erstellung einer Satzung weder eine bestimmte Empfängerkörperschaft noch ein bestimmter steuerbegünstigter Zweck angegeben werden kann.

Die Vorschrift hat in der Vergangenheit immer wieder zu unnötigen Auseinandersetzungen der Vertreter neu gegründeter Vereine mit dem Finanzamt über das Bestehen von zwingenden Gründen geführt. Die Streichung der Alternative

erspart den Vertretern der Vereine künftig solche Streitigkeiten und Satzungsänderungen noch vor der ersten Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Zur Vermeidung von Aufwand für bestehende Körperschaften, deren Satzung die Alternative für die Vermögensbindung enthält, wird von der Finanzverwaltung durch eine allgemeine Verwaltungsanweisung angeordnet werden, dass eine bestehende Körperschaft mit der gestrichenen Alternativregelung in ihrer Satzung diese Bestimmung erst dann anzupassen braucht, wenn die Satzung aus anderen Gründen ohnehin geändert wird.



5 Übungsleiterfreibetrag

Nach § 3 Nr. 26 EStG waren bisher Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten als Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer oder vergleichbaren nebenberuflichen Tätigkeiten, aus nebenberuflichen künstlerischen Tätigkeiten oder der nebenberuflichen Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen im Dienst oder im Auftrag einer inländischen juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einer gemeinnützigen Einrichtung zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke bis zur Höhe von insgesamt 1848 € im Jahr steuerfrei. Dieser Freibetrag wird durch das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements auf 2100 € im Jahr angehoben. Der begünstigte Personenkreis bleibt unverändert.

Die nach § 3 Nr. 26 EStG steuerfreien Einnahmen werden nach § 14 Abs. 1 Viertes Buch Sozialgesetzbuch nicht als Arbeitsentgelt erfasst. Die Anhebung des Betrags wirkt sich daher auch bei der Sozialversicherungspflicht aus.

6 Allgemeine Aufwandspauschale

Durch das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements wurde eine neue allgemeine Aufwandspauschale in Form eines Freibetrags in Höhe von 500 € im Jahr eingeführt (§ 3 Nr. 26a EStG). Er wird grundsätzlich für alle Tätigkeiten gewährt, die nebenberuflich im Dienst oder Auftrag einer Körperschaft des öffentlichen Rechts oder einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke ausgeübt werden. Ehrenamtliche, die für die gleiche Tätigkeit bereits die Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 12 EStG (Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen) oder § 3 Nr. 26 EStG (sog. Übungsleiterfreibetrag) in Anspruch nehmen, erhalten den neuen Freibetrag nicht zusätzlich.

Der Freibetrag bewirkt, dass für Einnahmen, die von einer gemeinnützigen Körperschaft oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts für nebenberufliche Tätigkeiten im gemeinnützigen, mildtätigen und kirchlichen Bereich gezahlt werden, bis zur Höhe von 500 € im Jahr keine Einkommensteuer anfällt. Der Freibetrag kann sich höchstens bis zur Höhe der für die nebenberufliche Tätigkeit erhaltenen Einnahmen auswirken. Ein Abzug von anderen Einnahmen, z.B. aus einer hauptberuflichen Tätigkeit, ist nicht möglich.

Wenn die Aufwendungen höher sind als der Freibetrag, sind die höheren Aufwendungen zu berücksichtigen. Der Freibetrag hat somit die gleiche Wirkung wie eine Betriebsausgaben- oder Werbungskostenpauschale. Die höheren Aufwendungen müssen insgesamt nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden, also nicht nur der über 500 € hinausgehende Betrag.

Der Freibetrag wird nur einmal gewährt, wenn mehrere nach der neuen Regelung begünstigte Tätigkeiten ausgeübt werden. Z.B. sind auch dann (ohne Nachweise) höchstens 500 € steuerfrei, wenn der Steuerpflichtige bei mehreren Vereinen eine Vorstandstätigkeit ausübt und dafür pauschale Aufwandsentschädigungen erhält.

Der Freibetrag nach § 3 Nr. 26a EStG wurde dem Übungsleiterfreibetrag nachempfunden. Es fehlt nur die Begrenzung auf bestimmte Tätigkeiten. Im Vorgriff auf spätere Anwendungsregelungen kann deshalb davon ausgegangen werden, dass die allgemeinen Anwendungsregelungen für den Übungsleiterfreibetrag in R 17 Abs. 2 bis 10 der Lohnsteuer-Richtlinien (LStR) entsprechend gelten. Daraus folgt z.B., dass

- die Steuerfreiheit von Bezügen nach anderen Vorschriften, z.B. § 3 Nr. 9, 12, 13, 16 und 26 EStG, unberührt bleibt und die Vorschriften in der Reihenfolge anzuwenden sind, die für den Steuerpflichtigen am günstigsten ist. Deshalb sind z.B. Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen (§ 3 Nr. 12 EStG) und Einnahmen als Übungsleiter (§ 3 Nr. 26 EStG) bis zu den jeweiligen Höchstgrenzen zusätzlich steuerfrei, wenn sie zusätzlich zu einer nicht nach diesen Vorschriften begünstigten nebenberuflichen Tätigkeit (z.B. als Vorstandsmitglied) ausgeübt werden;
- der Freibetrag nicht zeitanteilig aufgeteilt zu werden braucht, wenn die Tätigkeit nicht das ganze Jahr über ausgeübt wird, sondern auch dann in voller Höhe gewährt wird;
- beim Lohnsteuerabzug keine zeitanteilige Aufteilung nötig ist. Der Freibetrag könnte demnach z.B. schon bei den Auszahlungen für die ersten beiden Monate im Jahr berücksichtigt werden.

7 Anwendungsregelungen

Die obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder werden so bald wie möglich abgestimmte allgemeine Verwaltungsanweisungen zur Anwendung der Änderungen durch das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements herausgeben. In den Anwendungserlass zur Abgabenordnung werden die geänderten Vorschriften zum Gemeinnützigkeitsrecht eingearbeitet werden.





Jahrestagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzministertreffen in Washington D.C.

1	Ergebnis der Jahrestagung und des G7-Treffens	73
2	Konjunktur und Finanzmarkturbulenzen	74
3	Hedge Fonds	75
4	Staatsfonds	75
5	IWF-Quotenreform	76
6	IWF-Finanzierung	77

- Trotz Finanzmarkturbulenzen weiterhin starkes globales Wachstum: Forum für Finanzmarktstabilität erarbeitet Handlungsempfehlungen.
- Hedge Fonds: USA und Vereinigtes Königreich befassen sich mit „Best Practices“ für die Branche.
- „Best Practices“ für Transparenz von Staatsfonds werden von IWF, Weltbank und OECD im Auftrag der G7 geprüft.
- Bekenntnis zu IWF-Quotenreform einschließlich Zeitplan; Einzelheiten bleiben weiterhin offen.
- IWF-Finanzierung auf Grundlage des Crockett-Berichts fand Zustimmung; aber zusätzliche Ausgaben-einsparungen des IWF gefordert.

1 Ergebnis der Jahrestagung und des G7-Treffens

Vom 19. bis 22. Oktober fanden die gemeinsame Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank sowie das Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C. statt.

Der seit Juli 2007 amtierende Weltbankpräsident Robert Zoellick stellte dem gemeinsamen Entwicklungsausschuss von Weltbank und IWF seine strategischen Schwerpunkte für die Weltbankgruppe vor. Besondere Aufmerksamkeit wird den ärmsten Ländern sowie den von Konflikten geprägten bzw. bedrohten Staaten gelten. Für die Schwellenländer mit mittleren Einkommen wird die Weltbank neue Geschäftsideen entwickeln müssen. Die Finanz- und Entwicklungsminister unterstützten diese Strategie und stärkten der Führung der Weltbank damit nach schwierigen

Zeiten im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Vorgängers Paul Wolfowitz den Rücken.

Die Finanzminister der G7-Länder trafen sich im Rahmen eines sogenannten „Outreach“ zum Thema „Staatsfonds“ mit ihren Kollegen aus Russland, China, Singapur, Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Norwegen, Südkorea, Saudi Arabien und den Chefs der Staatsfonds dieser Staaten.

Im Vordergrund der IWF- und G7-Beratungen standen die Themen Konjunktur und Finanzmarkturbulenzen, Hedge Fonds, Staatsfonds, IWF-Quotenreform und IWF-Finanzierung, auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

2 Konjunktur und Finanzmarkturbulenzen

Der IWF rechnet für 2007 mit einem globalen Wachstum von 5,2 %. Damit erweist sich das Weltwirtschaftswachstum auch im 5. Jahr als robust. Insbesondere die jüngsten Finanzmarkturbulenzen, der hohe Ölpreis und die Schwäche des US-Immobiliensektors dürften allerdings zu einer leichten Abschwächung dieses Trends beitragen.

Allerdings hat der IWF die Prognose für 2008 gegenüber der Einschätzung vom Juli (d. h. vor den Finanzmarkturbulenzen) deutlich nach unten korrigiert. Für 2008 werden nun 4,8 % weltweites Wachstum erwartet (– 0,4 Prozentpunkte gegenüber Juli). Dabei geht der IWF von der Annahme konstanter effektiver Wechselkurse aus. Für 2008 wird ein Ölpreis von 75 US-Dollar (bisher 68 US-Dollar) angenommen. Das Weltwirtschaftswachstum wird von den großen Schwellenländern bestimmt: Chinas Beitrag zum globalen Wachstum ist 2007 erstmals unter allen Ländern der höchste; China, Indien und Russland zusammen haben zur Hälfte zur globalen Expansion 2006 beigetragen.

Am stärksten betroffen von den Finanzmarkturbulenzen werden 2008 nach Ansicht des IWF die USA, deren Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um – 0,9 Prozentpunkte auf 1,9 % korrigiert wurde. Das Wachstum des Euroraums für 2008 wird mit 2,1 % um 0,4 Prozentpunkte niedriger geschätzt als im Juli.

Für Deutschland geht der IWF für 2007 von einem Wachstum von 2,4 % und für 2008 von 2,0 % (– 0,4 Prozentpunkte gegenüber Juli) aus. Die Risiken sind spürbar gewachsen:

- Normalisierung der Liquiditätslage könnte sich länger hinziehen;
- restriktivere Kreditgewährung der Banken könnte Nachfrage stärker bremsen;
- Ölpreis könnte weiter steigen;
- globale Ungleichgewichte sind weiterhin ausgeprägt: Das Leistungsbilanzdefizit der USA ist mit 5,5 % des BIP immer noch hoch; die Überschüsse Chinas sind weiter steigend.

Seit Ausbruch der Finanzmarkturbulenzen hat sich die Lage auf Geld- und Kreditmärkten entspannt, aber noch nicht normalisiert. Die zu beobachtende Zurückhaltung bei der Kreditvergabe ist Folge wachsender Kreditdisziplin bzw. einer Neubewertung von Risiken.

In den Märkten der Schwellenländer sind die Zinsaufschläge höher als vor Ausbruch der Krise, aber im historischen Vergleich immer noch niedrig. Die Börsenkurse haben inzwischen zum Teil alte Höchstmarken wieder erreicht oder sogar überschritten.

Die G7-Finanzminister haben das Forum für Finanzmarktstabilität (FSF) unter Leitung seines Vorsitzenden Mario Draghi beauftragt, die Ursachen für die Finanzmarkturbulenzen zu analysieren und Handlungsvorschläge zu machen. Ein Zwischenbericht wird im Februar 2008, der Schlussbericht im April 2008 vorgelegt.

Haushalte und Unternehmen haben von Finanzinnovationen in den letzten Jahren großen Nutzen gezogen. Die Effizienz der Märkte hat sich verbessert. Jetzt geht es darum, die Ursachen der Finanzmarkturbulenzen zu verstehen und Finanzinnovationen krisensicherer zu machen.

Es geht um folgende Bereiche:

- Rolle der Rating-Agenturen: Es ist zu fragen, inwieweit eine Beratungsleistung der Rating-Agenturen bei der Schaffung von Kreditverbriefungen gegeben ist und ob hier ggf. Handlungsbedarf für Trennung vom Rating besteht, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Ratings sollten soweit möglich Risiken von Liquidität und Volatilität berücksichtigen;
- Aufsichtsfragen (z. B. außerbilanzielle Risiken);
- Bilanzierung bzw. Bewertung von Derivaten: Berücksichtigung des Liquiditätsrisikos;
- Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten. Die Notwendigkeit von mehr Transparenz wird von niemandem bestritten, z. B. bei der Offenlegung von Geschäftsverbindungen zu nicht bilanzierten Gesellschaften;
- Risikomanagement der Finanzmarktakteure.

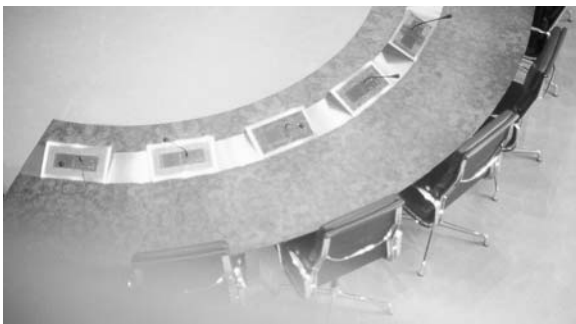
3 Hedge Fonds

Der Vorsitzende des Forums für Finanzmarktstabilität (FSF) hat den G7-Finanzministern über Fortschritte bei der Umsetzung der FSF-Empfehlungen von Mai 2007 an Hedge Fonds und andere „Highly Leveraged Institutions“ berichtet.

Anfang Oktober hat Andrew Large, Vorsitzender der Arbeitsgruppe von 14 führenden britischen Hedge Fonds, seinen Berichtsentwurf vorgelegt. Dies ist ein erster Schritt zur Erstellung von „Best practices“ für die Branche.

Auch in den USA hat die Erarbeitung von „Best Practices“ durch die President's Working Group begonnen. Die Ergebnisse werden Anfang 2008 erwartet.

Es zeichnet sich ab, dass die von Deutschland hierzu im G8-Kreis angestoßene Transparenzinitiative auf fruchtbaren Boden fällt.



4 Staatsfonds

Die G7-Finanzminister waren sich einig, dass Auslandsinvestitionen von Staatsfonds einen wichtigen und wachsenden Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in den G7-Staaten leisten. Deshalb bekräftigten sie ihre Offenheit für Auslandsinvestitionen und internationale Investitionsfreiheit.

Um der wachsenden Bedeutung von Staatsfonds Rechnung zu tragen, haben die G7-Finanzminister an IWF, Weltbank und OECD die Bitte gerichtet, Leitlinien für Transparenz von Staatsfonds und für nicht diskriminierende Investitionsregelungen auszuarbeiten.

Um den Dialog von Industrie- und Schwellenländern über dieses Thema zu stärken, haben die G7-Mitglieder die Finanzminister und Chefs von Staatsfonds aus China, Norwegen, Russland, Singapur, Saudi Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Südkorea und Kuwait eingeladen. In der Diskussion wurde deutlich: Je größer die Transparenz und je überzeugender die Governance-Strukturen von Staatsfonds sind, umso besser ist die Aussicht, auf nationale Maßnahmen verzichten zu können. Die Mehrheit der Vertreter der eingeladenen Staaten zeigte sich für mehr Transparenz für Staatsfonds aufgeschlossen.

In mehreren Staaten – allen voran USA und Japan – sind in letzter Zeit die rechtlichen Grundlagen verbessert worden, um ausländische Investitionen angemessen prüfen zu können, die die öffentliche Sicherheit gefährden könnten.

Die Bundesregierung wird eine Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes vorschlagen, wonach bei ausländischen Investitionsvorhaben geprüft werden kann, ob die öffentliche Sicherheit gewährleistet ist. Die Regelung wird selbstverständlich mit den Verpflichtungen aufgrund unserer Mitgliedschaft in EU, OECD und WTO vereinbar sein.

5 IWF-Quotenreform

In Singapur wurde vor einem Jahr beschlossen, dass die IWF-Quotenreform bis Herbst 2008 abgeschlossen werden soll. Hierzu ist es notwendig, spätestens im Frühjahr 2008 eine neue Quotenformel zu beschließen. Bei dem G7-Treffen ist das Bekenntnis zur Quotenreform einschließlich des Zeitplans erneuert worden. Eine wichtige Aufgabe des neuen Geschäftsführenden Direktors, Dominique Strauss-Kahn, wird es sein, das Momentum der Verhandlungen zu wahren.

In einer Reihe von Punkten ist man sich bereits einig:

- Die Quoten- und Stimmanteile der Schwellen-/Entwicklungsländer sollen erhöht und die Anteile der Industrieländer entsprechend reduziert werden.
- Die Zahl der Basisstimmen soll mindestens verdoppelt werden; dadurch wird der Stimmenanteil der ärmsten IWF-Mitglieder mindestens konstant gehalten.
- Die neue Quotenformel soll wesentlich einfacher und transparenter als die derzeitige sein.
- Der Anteil des BIP in der Quotenformel soll spürbar steigen.

Uneinigkeit herrscht aber derzeit noch über das Ausmaß der Umverteilung von Industrie- zu Schwellen- bzw. Entwicklungsländern.

Die EU-Staaten sind bereit, ihren Stimmenanteil zurückzunehmen. Allerdings muss es auch für dynamisch wachsende europäische Staaten ebenso wie für Schwellenländer einen Zuwachs an Quotenanteilen geben. Alle IWF-Mitglieder müssen Kompromissbereitschaft zeigen.

Folgendes ist zu beachten:

- Die Quotenreform erfordert eine Mehrheit von 85 %, d.h. auch ein großer Teil der „Verlierer“ muss bereit sein zuzustimmen.
- Eine Umverteilung ist nur über eine Erhöhung des IWF-Kapitals möglich (derzeitige Vorschläge für Aufstockung reichen von ca. 5 % bis 12 %). Es gibt keine Umverteilung des bestehenden IWF-Kapitals.
- Es geht darum, den besonders dynamisch wachsenden Staaten mehr Quoten zukommen

zu lassen. Nicht alle Schwellenländer sind dynamisch wachsende Staaten und nicht alle dynamisch wachsenden Staaten sind Schwellenländer.



6 IWF-Finanzierung

Die finanzielle Situation des IWF hat sich in den letzten Jahren u.a. aufgrund des rückläufigen Kreditengagements deutlich verschlechtert. Der IWF hat bei einem Budget von rd. 1 Mrd. US-Dollar 2007 ein Defizit von rd. 170 Mio. US-Dollar, das durch die Auflösung von Rückstellungen gedeckt wird. Dieses wird nach aktuellen Prognosen bis 2010 auf etwa 400 Mio. US-Dollar ansteigen. Auf der Jahrestagung zeigte sich eine wachsende Zustimmung zu den Vorschlägen des Crockett-Berichts:

- IWF-Mitglieder sollen einen höheren Anteil ihrer Quote einbezahlen;
- Verkauf eines Teils der IWF-Goldreserven und verzinsliche Anlage der Verkaufserlöse.

Im Rahmen des G7-Treffens wurde auch darauf hingewiesen, dass die Einnahmen- und Ausgaben-Reformen zu verknüpfen sind und größere Sparanstrengungen beim IWF erforderlich sind.



Steigende Nahrungsmittelpreise und der Boom bei den Biokraftstoffen

1	Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise und seine Hintergründe	79
2	Der Wettbewerb um agrarische Rohstoffe	80
3	Der Klimawandel und die weltweite Förderung von Biokraftstoffen	81
4	Die Zukunft von Biokraftstoffen	83

- Der weltweite Wettbewerb um agrarische Rohstoffe wird durch den Boom bei den Biokraftstoffen verstärkt.
- Die Bewertung des Einsatzes von Biokraftstoffen ist noch nicht abgeschlossen: Neben der steigenden Flächenkonkurrenz sind auch die negativen Umweltauswirkungen durch Abholzung und Monokulturen kritisch in Betracht zu ziehen.
- Die Zukunft von Biokraftstoffen muss durch einen gesamtgesellschaftlichen Konsens bestimmt werden, der die Konkurrenz von Nahrungsmittel- und Biokraftstofferzeugung, aber auch Umweltfragen, Technologieoptionen und nicht zuletzt Finanzierungsfragen berücksichtigt.

1 Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise und seine Hintergründe

Seit einiger Zeit richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit nicht nur auf die stetig steigenden Energiepreise, sondern auch auf die steigenden Preise für Lebensmittel. Während sich die Nahrungsmittelpreise in der langjährigen Beobachtung von 1950 bis 2005 unterdurchschnittlich entwickelten und eher als Inflationsbremse wirkten, werden sie selbst von der Europäischen Zentralbank inzwischen als eines der maßgeblichen Aufwärtsrisiken für die Preisentwicklung im Euroraum bewertet.

Nach Feststellungen der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle für die Ernährungswirtschaft lagen die Endverkaufspreise für frische Produkte im September 2007 um durchschnittlich 5,9 % über dem Vorjahresniveau. Vor allem Molkereiprodukte und Geflügel lagen mit Teuerungsraten von 22,1 % bzw. 13,1 % deutlich höher als im September 2006. Gemüse und Kartoffeln

waren demgegenüber um 11,1 % bzw. 16,8 % preiswerter als im Vorjahr.

Die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln werden durch das Zusammenwirken verschiedener Entwicklungen verursacht. Nachfragesteigerungen bei Getreide, Milchprodukten und Fleisch in traditionellen Reisverbraucherländern wie China und Indien und in anderen Schwellenländern spiegeln die deutlich verbesserte Einkommenssituation breiter Bevölkerungsschichten und die daraus resultierenden veränderten Lebens- und Ernährungsgewohnheiten wider. Am Beispiel ausgewählter Milchprodukte wird die weltweite Nachfragesteigerung besonders deutlich. Nach Schätzung der OECD und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) wird in den nächsten zehn Jahren der Verbrauch von Käse um 60 % und von Butter um 30 % wachsen.

Auf der Angebotsseite haben teilweise erhebliche wetterbedingte Ernteausfälle in den USA, in der EU, Kanada, Russland, der Ukraine und Australien zu Rückgängen der Getreideproduktion und zur Reduzierung der Lagerbestände

geführt. Die rückläufige Getreideproduktion wirkt sich über höhere Preise für Futtermittel auch auf andere landwirtschaftliche Segmente wie die Milch- und Fleischerzeugung unmittelbar aus.

Die EU ist bei Getreide erstmals zum Nettoimporteur geworden. Der Rat der Agrarminister hat im September 2007 auf die Marktsituation reagiert und einstimmig beschlossen, die obligatorische Flächenstilllegung im Jahr 2008 auszusetzen. Ferner beabsichtigt die Kommission, dem Ministerrat in Kürze einen Vorschlag zur Aussetzung der Einfuhrzölle für Getreide vorzulegen, damit Getreideeinfuhren in die EU erleichtert werden.

Letztlich hat auch die Entwicklung der Transporttarife im Schiffsverkehr wegen der im Getreidesektor starken internationalen Handelsströme Auswirkungen auf die Preisentwicklung. Als Folge der gestiegenen Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen durch die asiatischen Volkswirtschaften sind Frachtkapazitäten knapp und teuer geworden. Dies wirkt sich auch auf die weltweiten Getreidetransporte aus. So kostete etwa der Transport einer Tonne Getreide aus den US-Golfhäfen in die EU im Oktober 2007 64 US-Dollar gegenüber 29 US-Dollar im Oktober 2006.

2 Der Wettbewerb um agrarische Rohstoffe

Die weltweite Nutzung von Getreide, Ölsaaten und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen für Energiezwecke hat nach Einschätzung vieler Beobachter zusätzlichen Druck auf die ohnehin angespannten Märkte erzeugt. Nahrungsmittelindustrie, Futtermittelhersteller und Biokraftstoffherzeuger stehen miteinander im Wettbewerb um die Ausgangsrohstoffe, insbesondere auch hinsichtlich der landwirtschaftlichen Anbauflächen.

In den USA werden nach Schätzung der OECD für die Erzeugung von Bioethanol 2007 mehr als 80 Mio. Tonnen Mais benötigt. Das sind rd. 10,6 % der für 2007 erwarteten Weltproduktion. Diese Entwicklung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Maispreise, die von 2005/2006 auf 2006/2007 um 54,3 % angestiegen sind. Die Preiserhöhungen wirken sich infolge der engen wirtschaftlichen Verflechtungen in Nordamerika (NAFTA) auch auf das Nachbarland Mexiko aus. Die Ursachen der dort um die Jahreswende 2006/2007 ausgelösten Krise werden vor allem dem drastischen Anstieg der Preise für das aus Mais hergestellte Grundnahrungsmittel Tortilla zugeschrieben. Der sogenannte „Tortilla-Aufstand“ entwickelte sich zu einer der ersten Bewährungsproben für die neu ins Amt gewählte mexikanische Zentralregierung.

In der EU lag der Schwerpunkt bisher auf der Erzeugung von Biodiesel aus Ölsaaten, insbesondere aus Raps. In Deutschland waren im Zeitraum Oktober 2005 bis September 2006 Preissteigerungen bei Rapsöl um 20 % gegenüber der Vorjahresperiode zu beobachten. In der Nahrungsmittelproduktion ist Rapsöl der wichtigste Rohstoff für Margarine. Zunehmend gewinnt auch die Erzeugung von Bioethanol auf der Basis von Mais und Weizen an Bedeutung. OECD und FAO schätzen den EU-Verbrauch von Weizen für die Herstellung von Bioethanol im Jahr 2016 auf 18 Mio. Tonnen.

In China wird die Bioethanolerzeugung vor allem auf der Basis von Mais vorangetrieben. Die noch im Fünfjahresplan 2006 bis 2010 vorgesehene Steigerung der Produktion von derzeit 1,4 Mio. Tonnen auf 5,2 Mio. Tonnen soll jedoch

angesichts der hohen Getreidepreise nicht umgesetzt werden. Für 2010 wird nunmehr mit einer Erzeugung von 3,0 Mio. Tonnen bis 4,0 Mio. Tonnen Bioethanol gerechnet. Zudem sollen künftig verstärkt Cassava und Süßkartoffeln für die Erzeugung von Biokraftstoffen genutzt werden.



3 Der Klimawandel und die weltweite Förderung von Biokraftstoffen

Die anhaltende Debatte über den Klimawandel hat der Suche nach alternativen Treibstoffen zusätzliche Bedeutung verliehen. Biokraftstoffe werden als klimaverträglicher Ersatz für fossile Energieträger und als Instrument gegen Versorgungsabhängigkeiten und gestiegene Rohölpreise betrachtet. Sie sind daher in besonderem Maße von politischen Vorgaben und den von der Politik gesetzten Rahmenbedingungen abhängig. Als Subventionsmöglichkeiten können etwa die Förderung des Energiepflanzenanbaus, aber auch Steuererleichterungen, Bestimmungen über obligatorische Beimischungsanteile an fossilen Kraftstoffen oder Kombinationen aus mehreren Modellen in Betracht kommen.

Während Biokraftstoffe in den meisten anderen Ländern erst in den letzten Jahren zur Reduzierung von Versorgungsabhängigkeiten und Klimagefahren entdeckt worden sind, gibt es in Brasilien bereits seit den 1970er Jahren ein erfolgreiches und ehrgeiziges Bioethanolprogramm auf der Basis von Zuckerrohr. Brasilien ist das einzige Land, in dem inzwischen Biokraftstoffe ohne staatliche Förderung hergestellt werden können. Selbst unter den günstigen Produktionsbedingungen (weltweit größter Zuckerproduzent, hoher Energiegehalt des in der südlichen Hemisphäre angebauten Rohrzuckers, erhebliche Flächenreserven) war jedoch auch in Brasilien eine Vorlaufzeit von 30 Jahren mit staatlichen Subventionen erforderlich, um die heutige Produktivität zu erreichen.

Die EU subventioniert den Anbau von Energiepflanzen und hat sich außerdem politisch auf verbindliche Mindestanteile für Biokraftstoffe verständigt. Die im Rahmen der Agrarreform 2002 bis 2004 eingeführte Entkopplung der Einkommensstützung von der Agrarproduktion lässt es zu, dass Non-Food-Pflanzen ohne Verlust der Einkommensstützung auf jeder Fläche angebaut werden können. Außerdem kann im Rahmen einer garantierten Höchst-Anbaufläche von 2 Mio. Hektar (Haushaltsobergrenze) eine Sonderbeihilfe von 45 € je Hektar für den Anbau von Energiepflanzen gewährt werden.

In Deutschland waren Biokraftstoffe von 2004 bis Ende 2006 auch in Beimischungen steuerbegünstigt. Durch das am 1. Januar 2007 in Kraft getretene Biokraftstoffquotengesetz ist die Mineralölwirtschaft verpflichtet, einen wachsenden Mindestanteil von Biokraftstoffen, bezogen auf die jährliche Gesamtabsatzmenge eines Unternehmens an Otto- und Dieselmotorkraftstoff (einschließlich des Biokraftstoffanteils), in Verkehr zu bringen. 2015 soll dieser Mindestanteil 8 % betragen. Steuervergünstigungen werden seit 2007 noch für unvermischte Biokraftstoffe, die nicht zur Erreichung der gesetzlichen Quoten eingesetzt werden, sowie für innovative Biokraftstoffe gewährt. Die im Europäischen Rat versammelten Staats- und Regierungschefs hoben im März 2007 unter deutscher Präsidentschaft die Vorreiterrolle der EU beim internationalen Klimaschutz hervor. In diesem Rahmen wurde ein energiepolitischer Aktionsplan beschlossen, der unter anderem ein bis 2020 zu erreichendes verbindliches Mindestziel von 10 % für den Anteil von Biokraftstoffen am gesamten verkehrsbedingten Benzin- und Dieselmotorkraftstoffverbrauch vorsieht, das „in kosteneffizienter Weise“ eingeführt werden soll. Als Voraussetzungen sind die Kriterien der nachhaltigen Erzeugung und der kommerziellen Verfügbarkeit von Biokraftstoffen der zweiten Generation genannt. Während die derzeit genutzten Biokraftstoffe aus Rohstoffen erzeugt werden, die auch Grundlage für die Nahrungsmittelproduktion sind, bieten Biokraftstoffe der zweiten Generation die Option, dass fast alle pflanzlichen Materialien genutzt werden können, auch solche, die für die Nahrungsmittelproduktion nicht geeignet sind. Bisher konnten allerdings die Erwartungen einer raschen Markteinführung nicht bestätigt werden, so dass diese Kraftstoffe wohl vor Mitte des nächsten Jahrzehnts in nennenswertem Umfang nicht verfügbar sein werden.

In China hat die Erzeugung von Biokraftstoffen eine regionalpolitische Komponente. Ein vorrangiges Ziel besteht darin, landwirtschaftliche Einkommen zu sichern und damit einen Beitrag zur Eindämmung der Landflucht zu leisten.

In den USA dürften sich die Subventionen für Bioethanol nach Schätzungen der OECD derzeit auf rd. 7 Mrd. US-Dollar pro Jahr belaufen. Dies

entspricht der Summe der Finanzmittel, die für die Förderung aller anderen erneuerbaren Energien bereitgestellt werden. Studien gehen davon aus, dass die US-Subventionen kurzfristig auf 8 bis 11 Mrd. US-Dollar ansteigen könnten.



4 Die Zukunft von Biokraftstoffen

Bereits heute werden in Deutschland rd. 15 % der gesamten Ackerfläche für den Anbau von Energiepflanzen genutzt. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes müsste aber die Hälfte der gesamten deutschen Ackerfläche zum Anbau von Raps genutzt werden, um nur 5 % des in Deutschland benötigten Dieselkraftstoffs durch Biodiesel aus eigenem Anbau zu ersetzen. Da die für die heimische Produktion von Biokraftstoffen zur Verfügung stehenden Flächen langfristig nicht ausreichen werden, um die ehrgeizigen Verbrauchsziele zu decken, besteht zunehmend Importbedarf.

Hierdurch werden die bereits heute sichtbaren negativen Umweltauswirkungen, etwa der Aufbau von Monokulturen, der Rückgang der Artenvielfalt, die Bodenerosion sowie die Abholzung tropischer Regenwälder als Folge zunehmenden Anbaus von Palmölplantagen in Indonesien und Malaysia, noch verschärft. Neuere Studien heben zudem die negativen Klimaauswirkungen durch den beim Anbau von Ölsaaten eingesetzten Stickstoffdünger hervor.

Die Abwägung, ob landwirtschaftliche Produktionsmöglichkeiten in Zukunft verstärkt auf die Energieerzeugung und insofern zu Lasten der Nahrungsmittelerzeugung ausgerichtet werden sollen, ist noch zu treffen. Verbraucher in vielen Teilen der Welt waren über Jahre daran gewöhnt, jederzeit über preiswerte Lebensmittel verfügen zu können. Durch die in letzter Zeit beobachtete Preisentwicklung im Nahrungsmittelsektor wird einer breiteren Öffentlichkeit allmählich bewusst, dass eine steigende Nachfrage auf begrenzte landwirtschaftliche Ressourcen trifft. Wesentlicher Einflussfaktor ist eine wachsende Weltbevölkerung, die sich nicht nur einer ansteigenden Lebenserwartung, sondern auch steigender Einkommen und anspruchsvollerer Konsumgewohnheiten erfreuen kann. Die geänderten Lebensbedingungen schlagen sich auch in einer zunehmenden Nachfrage nach proteinreichen Nahrungsmitteln nieder. 2,5 kg bis 7 kg pflanzlicher Ausgangsprodukte werden benötigt, um – je nach Sorte – 1 kg Fleisch (Lebendgewicht) herzustellen. 2007/2008 werden weltweit rd. 740 Mio. Tonnen Getreide

(das sind knapp 44 % des gesamten Getreideverbrauchs) an Nutztiere verfüttert.

In dieser Situation begegnet die verstärkte Nachfrage nach agrarischen Rohstoffen für die Energieerzeugung zunehmender Kritik. Nach Berechnungen des Internationalen Getreiderates werden weltweit in der Saison 2007/2008 rd. 1,67 Mrd. Tonnen Getreide verbraucht. Allein der Verbrauch für Energiezwecke wird im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 23,4 % auf 230 Mio. Tonnen Getreide wachsen. Damit werden rd. 13,8 % des weltweiten Gesamtverbrauchs für Energiezwecke bestimmt sein. In den USA, aber auch in einigen lateinamerikanischen Staaten konkurrieren Sojabohnen, die für die Futtermittelproduktion von großer Bedeutung sind, mit Mais, der für die Bioethanolherstellung verwendet wird. Neben dieser Flächenkonkurrenz ist in den USA aber auch eine Nutzungskonkurrenz festzustellen, da dort Sojabohnen auch zu Biodiesel verarbeitet werden. Zwischen 2004 und 2007 hat sich die Biodieselproduktion in den USA um 1200 % erhöht. Die Preise für Sojabohnen haben den höchsten Stand seit 1983 erreicht.

Auch der im Frühjahr 2007 verabschiedete energiepolitische Aktionsplan der EU wird Auswirkungen auf die Agrarpreise haben. Nach einer Schätzung der Europäischen Kommission wird sich das für 2020 gesetzte Ziel, in allen Mitgliedstaaten einen obligatorischen Mindestanteil von Biokraftstoffen von 10 % zu erreichen, im Vergleich zu 2006 mit Steigerungsraten von 3 % bis 6 % auf die Getreidepreise und von 8 % bis 10 % auf die Preise für Raps auswirken.

Hinzu kommt der Effekt steigender Rohölpreise, die nicht nur Anbau und Verarbeitung agrarischer Rohstoffe für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Biokraftstoffen verteuern, sondern zugleich die Nachfrage nach Biokraftstoffen stimulieren und damit die Flächen- und Nutzungskonkurrenz weiter verschärfen.

Auch die OECD bezweifelt in einem Hintergrundpapier die Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen und äußert sich skeptisch über die Marktchancen der zweiten Generation von Biokraftstoffen. Die Autoren kritisieren die umfangreichen Subventionen und plädieren für eine vollständige Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten für Umwelt und Gesellschaft. Im Ergebnis wird eine alternative Politikagenda empfohlen,

die die Versorgungs- und Klimaprobleme im Verkehrsbereich nicht ausschließlich über die Förderung von Biokraftstoffen anstrebt, sondern auch andere Technologieoptionen vorantreibt.

Die europäische Agrarpolitik war seit Anfang der 1990er Jahre verstärkt darauf ausgerichtet, die Überproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse zurückzuführen. Diese grundlegende politische Entscheidung hat mit dazu beigetragen, die Preise auf den Weltmärkten zu stabilisieren. Andererseits stehen dem globalen Abbau von Maßnahmen zur Subventionierung der Nahrungsmittelproduktion, der nicht zuletzt durch die laufenden WTO-Verhandlungen vorangetrieben wird, in vielen Teilen der Welt ambitionierte Verbrauchsziele und immer umfangreichere finanzielle und ordnungsrechtliche Instrumente zur Förderung von Biokraftstoffen gegenüber. Der Eindruck, dass es dabei auch um eine Beibehaltung landwirtschaftlicher Subventionen geht, die lediglich zu Instrumenten der umwelt- und klimafreundlichen Energie-

erzeugung umdeklariert werden, ist somit nicht von der Hand zu weisen. Der Verbraucher und Steuerzahler wird nicht nur über Subventionen für Biokraftstoffe, sondern auch über höhere Preise für Nahrungsmittel zur Kasse gebeten. Bei der Umsetzung des bis 2020 zu erreichenden Biokraftstoff-Mindestanteils von 10 % am gesamten Benzin- und Dieserverbrauch in der EU wird besonderes Augenmerk darauf zu richten sein, dass die vom Europäischen Rat geforderte Kosteneffizienz gewahrt wird.

Letztlich wird ein gesellschaftlicher Konsens herbeigeführt werden müssen, der über den Wettbewerb zwischen Nahrungsmittel- und Biokraftstofferzeugung um die Ausgangsrohstoffe, um landwirtschaftliche Nutzflächen und nicht zuletzt um Subventionen zu entscheiden hat. Diese Entscheidung wird sich an den Erfordernissen der Nachhaltigkeit, des Klimaschutzes, des Nahrungsmittelbedarfs einer wachsenden Weltbevölkerung und nicht zuletzt der Finanzierbarkeit zu orientieren haben.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	88
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	113
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	117

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	88
1 Kreditmarktmittel	88
2 Gewährleistungen	89
3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011	89
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011	90
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007	92
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008	96
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006	98
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	100
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	101
10 Entwicklung der Staatsquote	102
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	103
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	104
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	105
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	106
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	107
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	108
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	109
18 Einnahmen nach ertragsberechtigten Körperschaften im internationalen Vergleich	110
19 Einnahmen nach Hauptsteuerarten und Sozialversicherungsbeiträgen im internationalen Vergleich	111
20 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	112
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	113
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007	113
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2007	113
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2007	114
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2007	116
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	117
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	117
2 Preisentwicklung	117
3 Außenwirtschaft	118
4 Einkommensverteilung	118
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	119
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	120
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	121
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	122
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	123
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	124
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (BIP, Verbraucherpreise, Arbeitslosenquote)	125
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (Haushaltssaldo, Staatsschuldenquote, Leistungsbilanzsaldo)	128

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 30. September 2007	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Oktober 2007
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Anleihen	593 718	0	0	593 718
Bundesobligationen	170 000	4 000	0	174 000
Bundesschatzbriefe	10 343	240	268	10 315
Bundesschatzanweisungen	110 000	6 000	0	116 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 480	5 882	5 883	35 479
Finanzierungsschätze	2 737	132	208	2 661
Schuldscheindarlehen	22 864	0	4 272	18 592
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
Kreditmarktmittel insgesamt	945 347			950 969

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. September 2007 Mio. €	Stand: 31. Oktober 2007 Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	175 216	185 337
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	296 544	305 015
langfristig (mehr als 4 Jahre)	473 587	460 618
Kreditmarktmittel insgesamt	945 347	950 969

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2007 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2007 in Mrd. €	Belegung am 30. September 2006 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	96,9	107,7
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,3	26,1	29,3
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	60,8	61,7

3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2006 Ist	2007 Soll ¹	2008 Reg.-Entw.	2009	2010	2011
				Finanzplanung		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
1. Ausgaben	261,0	272,7	283,0	285,5	288,5	289,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,5	+ 4,4	+ 3,9	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,4
2. Einnahmen²	232,8	258,0	270,1	274,8	282,3	289,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,9	+ 10,8	+ 4,7	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	203,9	232,5	237,1	247,9	252,6	260,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 7,2	+ 14,0	+ 2,0	+ 4,6	+ 1,9	+ 3,1
3. Finanzierungssaldo	- 28,2	- 14,7	- 13,1	- 10,7	- 6,2	- 0,2
in % der Ausgaben	10,8	5,4	4,6	3,7	2,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme (-)³	240,5	226,0	231,7	226,1	221,1	220,0
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	1,6	3,0	-	-	-	-
6. Tilgungen (+)	195,9	216,1	218,9	215,6	215,1	220,0
7. Nettokreditaufnahme	- 27,9	- 14,4	- 12,9	- 10,5	- 6,0	0,0
8. Münzeinnahmen	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	22,7	26,1	24,3	24,1	24,1	23,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 4,4	+ 14,9	- 6,9	- 0,9	0,0	- 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

² Gem. BHO § 13 Satz 4. 2 ohne Münzeinnahmen.

³ Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.
Stand: Oktober 2007.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006 Ist	2007 Soll ¹	2008 Entwurf	2009	2010	2011
				Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 110	26 204	26 737	26 756	26 764	27 159
Aktivitätsbezüge	19 730	19 761	20 250	20 195	20 121	20 462
Ziviler Bereich	8 547	8 554	9 159	9 194	9 224	9 725
Militärischer Bereich	11 182	11 206	11 092	11 001	10 897	10 737
Versorgung	6 380	6 443	6 486	6 561	6 643	6 697
Ziviler Bereich	2 372	2 320	2 308	2 307	2 300	2 285
Militärischer Bereich	4 008	4 124	4 178	4 255	4 343	4 412
Laufender Sachaufwand	18 349	18 715	19 597	19 900	20 229	20 588
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 450	1 517	1 411	1 425	1 426	1 434
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 517	8 654	9 497	9 775	10 162	10 527
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 543	8 689	8 700	8 641	8 627
Zinsausgaben	37 469	39 278	42 120	43 094	44 899	45 378
an andere Bereiche	37 469	39 278	42 120	43 094	44 899	45 378
Sonstige	37 469	39 278	42 120	43 094	44 899	45 378
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 425	39 233	42 076	43 050	44 855	45 337
an Ausland	3	4	3	3	3	–
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	162 467	170 020	171 062	172 211	172 577
an Verwaltungen	13 937	14 770	14 563	14 427	13 983	13 845
Länder	8 538	9 141	8 819	8 332	7 898	7 745
Gemeinden	38	26	23	22	20	18
Sondervermögen	5 361	5 601	5 719	6 073	6 065	6 081
Zweckverbände	1	1	1	1	1	0
an andere Bereiche	142 079	147 697	155 458	156 635	158 228	158 732
Unternehmen	14 275	18 002	23 637	23 890	23 600	23 278
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 256	27 847	28 218	26 135	25 006	23 975
an Sozialversicherung	91 707	97 633	98 884	101 879	104 809	106 649
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	812	881	954	927	920	910
an Ausland	3 024	3 328	3 761	3 799	3 891	3 918
an Sonstige	5	5	5	5	1	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	237 944	246 664	258 474	260 812	264 104	265 702
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 112	6 860	6 990	6 915	6 780	6 771
Baumaßnahmen	5 634	5 326	5 565	5 570	5 427	5 437
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	945	884	889	875
Grunderwerb	536	505	480	461	464	459
Vermögensübertragungen	13 302	16 201	14 203	13 460	13 495	13 301
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 916	15 824	13 830	13 109	13 156	12 969
an Verwaltungen	5 755	8 201	5 516	4 990	4 941	4 865
Länder	5 700	5 979	5 442	4 921	4 858	4 777
Gemeinden und Gemeindeverbände	55	66	68	62	76	82
Sondervermögen	–	2 156	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 161	7 624	8 314	8 120	8 216	8 103
Sonstige – Inland	4 999	5 333	5 881	5 614	5 691	5 565
Ausland	2 162	2 291	2 433	2 505	2 525	2 538
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	374	351	338	332
an andere Bereiche	387	376	374	351	338	332
Sonstige – Inland	172	161	164	151	143	142
Ausland	215	215	210	200	195	190

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Ist	Soll ¹	Entwurf	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 687	3 422	3 477	4 045	4 139	3 938
Darlehensgewährung	2 109	2 778	2 720	3 105	3 303	3 206
an Verwaltungen	32	1	1	1	1	1
Länder	32	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 078	2 777	2 719	3 104	3 302	3 205
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 020	1 666	1 293	1 784	1 821	1 649
Ausland	1 058	1 111	1 425	1 319	1 480	1 556
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	757	940	837	732
Inland	0	28	16	13	13	13
Ausland	578	616	741	927	824	719
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	23 102	26 483	24 670	24 421	24 414	24 010
¹ Darunter: Investive Ausgaben	22 715	26 107	24 296	24 070	24 076	23 678
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	– 496	56	267	– 18	– 12
Ausgaben zusammen	261 046	272 650	283 200	285 500	288 500	289 700

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007¹

– in Mio. € –

Funktion	Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0	Allgemeine Dienste	49 046	44 189	23 757	14 375	–	6 057
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 627	7 335	3 746	1 218	–	2 371
02	Auswärtige Angelegenheiten	6 485	3 032	445	163	–	2 423
03	Verteidigung	28 222	27 771	15 330	11 639	–	802
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 991	2 629	1 802	725	–	102
05	Rechtsschutz	337	322	224	83	–	15
06	Finanzverwaltung	3 383	3 101	2 209	548	–	344
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	13 249	9 342	446	655	–	8 241
13	Hochschulen	2 232	1 238	7	4	–	1 227
14	Förderung von Schülern, Studenten	1 551	1 551	–	–	–	1 551
15	Sonstiges Bildungswesen	502	440	9	62	–	369
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 293	5 638	430	583	–	4 626
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 670	475	1	7	–	468
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	140 157	137 209	194	552	–	136 463
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	91 705	91 705	36	0	–	91 669
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 160	5 159	–	–	–	5 159
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 410	3 193	–	146	–	3 047
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	36 463	36 330	45	346	–	35 939
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	107	107	–	–	–	107
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3 313	715	114	59	–	541
3	Gesundheit und Sport	926	692	233	239	–	220
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	358	311	125	139	–	47
312	Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	358	311	125	139	–	47
32	Sport	108	83	–	2	–	82
33	Umwelt- und Naturschutz	197	159	71	46	–	42
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	263	139	37	53	–	50
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 005	784	2	4	–	779
41	Wohnungswesen	1 446	781	–	3	–	779
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	1
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	4	2	2	–	–	–
44	Städtebauförderung	554	–	–	–	–	–
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 000	529	27	131	–	371
52	Verbesserung der Agrarstruktur	632	244	–	1	–	242
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	125	125	–	53	–	71
533	Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	125	125	–	53	–	71
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	244	161	27	77	–	57

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Globale Mehr-/ Minder- ausgaben	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion						
0 Allgemeine Dienste	1 010	1 897	1 950	–	4 857	4 817
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	290	3	0	–	293	293
02 Auswärtige Angelegenheiten	48	1 678	1 727	–	3 453	3 447
03 Verteidigung	296	97	58	–	451	418
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	244	119	–	–	363	363
05 Rechtsschutz	15	–	–	–	15	15
06 Finanzverwaltung	116	1	165	–	282	282
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	141	3 766	–	–	3 907	3 906
13 Hochschulen	1	993	–	–	994	994
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	62	–	–	63	63
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	136	1 519	–	–	1 655	1 654
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	4	1 191	–	–	1 195	1 195
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	2 937	1	–	2 949	2 613
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	214	1	–	217	6
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	127	–	–	133	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	2 595	–	–	2 599	2 599
3 Gesundheit und Sport	161	73	–	–	234	234
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	36	12	–	–	47	47
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	36	12	–	–	47	47
32 Sport	–	25	–	–	25	25
33 Umwelt- und Naturschutz	8	30	–	–	38	38
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	118	7	–	–	124	124
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	1 216	5	–	1 221	1 221
41 Wohnungswesen	–	660	5	–	664	664
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	2	–	–	2	2
44 Städtebauförderung	–	554	–	–	554	554
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	38	432	2	–	471	471
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	388	1	–	388	388
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	38	44	1	–	83	83

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007¹

– in Mio. € –

Funktion	Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 088	3 189	46	398	–	2 745
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	526	476	–	243	–	233
621	Kernenergie	223	223	–	–	–	223
622	Erneuerbare Energieformen	38	12	–	4	–	8
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	265	241	–	238	–	3
63	Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 099	2 079	–	5	–	2 074
64	Handel	100	100	–	54	–	46
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	742	65	–	12	–	52
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 621	470	46	84	–	340
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 991	3 733	970	2 013	–	751
72	Straßen	7 075	957	–	848	–	109
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 510	780	467	246	–	66
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	4	–	–	–	4
75	Luftfahrt	201	200	42	18	–	141
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 869	1 791	461	901	–	430
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10 177	6 528	–	19	–	6 509
81	Wirtschaftsunternehmen	4 736	1 087	–	19	–	1 068
832	Eisenbahnen	3 488	83	–	5	–	78
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	1 248	1 004	–	14	–	990
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 441	5 441	–	–	–	5 441
873	Sondervermögen	5 421	5 421	–	–	–	5 421
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	20	20	–	–	–	20
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	40 010	40 468	529	329	–	332
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	368	330	–	–	–	330
92	Schulden	39 313	39 313	–	35	–	–
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	329	825	529	294	–	2
Summe aller Hauptfunktionen		272 650	246 664	26 204	18 715	–	162 467

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Globale Mehr-/ Minder- ausgaben	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion						
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	748	1 150	–	1 899	1 899
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	51	–	–	51	51
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	26	–	–	26	26
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	–	25	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	–	20	20
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	677	–	–	677	677
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 150	–	1 151	1 151
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 498	1 760	0	–	7 258	7 258
72 Straßen	4 698	1 420	–	–	6 118	6 118
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	730	–	–	–	730	730
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	–	333	333
75 Luftfahrt	1	–	0	–	1	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	69	8	–	–	77	77
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	3 334	314	–	3 649	3 649
81 Wirtschaftsunternehmen	–	–	–	–	–	–
832 Eisenbahnen	–	3 334	314	–	3 649	3 649
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	3 128	277	–	3 404	3 404
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	206	38	–	244	244
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	– 496	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	– 496	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	6 860	16 201	3 422	– 496	26 483	26 107

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	233,6	246,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	204,7	220,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 28,9	- 26,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,7	27,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	28,7	41,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	29,2	28,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
Steuereinnahmen²	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	174,6	192,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ⁴	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
nachrichtlich: Schuldenstand⁴									
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

² Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand Finanzplanungsrat Juni 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
		Ist-Ergebnisse							Soll ¹	Reg.-Entw.
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	272,7	283,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	4,4	3,9
Einnahmen	Mrd.€	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	258,0	270,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	10,8	4,7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7	- 13,1
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,4	- 12,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,2	26,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	0,4	2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,7	9,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	15,7	15,8	15,6	15,7	15,5	15,5	14,8	14,9	14,9
Zinsausgaben	Mrd.€	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	39,3	42,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	4,8	7,2
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,5	14,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,1	24,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	14,9	- 6,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,6	8,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	35,0	34,1	32,9	35,6	34,2	34,8	34,2	36,4	35,7
Steuereinnahmen²	Mrd.€	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	232,5	237,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	14,0	2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,3	83,7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,1	87,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	43,4	43,2
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,4	- 12,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	55,3	53,1
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	62,0	57,6	126,4	101,2	101,7	59,6	71,7	89,6	115,2
nachrichtlich: Schuldenstand⁴										
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	1198,2	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1480,6	1497 1/2	1512 1/2
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	902,1	915	928

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2007, Stand Kabinettsbeschluss vom 17. Oktober 2007.

² Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand Finanzplanungsrat Juni 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ²	2006 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	599,1	604,3	611,3	619,6	614,6	625,8	635,7
Einnahmen	565,1	557,7	554,6	551,7	549,0	573,3	596,2
Finanzierungssaldo	- 34,0	- 46,6	- 57,1	- 68,0	- 65,5	- 52,3	- 38,9
darunter:							
Bund							
Ausgaben	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0
Einnahmen	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8
Finanzierungssaldo	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2
Länder							
Ausgaben	250,7	255,5	257,7	259,7	257,1	259,2	258,7
Einnahmen	240,4	230,9	228,5	229,2	233,5	235,7	248,7
Finanzierungssaldo	- 10,4	- 24,6	- 29,4	- 30,5	- 23,5	- 23,5	- 10,0
Gemeinden							
Ausgaben	146,1	148,3	150,0	149,9	150,1	153,3	155,7
Einnahmen	148,0	144,2	146,3	141,5	146,2	151,1	158,6
Finanzierungssaldo	1,9	- 4,1	- 3,7	- 8,4	- 3,9	- 2,2	3,0
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,3	0,9	1,2	1,4	- 0,8	1,8	1,6
Einnahmen	- 0,9	- 1,3	- 0,6	- 0,5	- 0,5	4,4	4,0
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5
Einnahmen	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9
Länder							
Ausgaben	1,8	1,9	0,9	0,7	- 1,0	0,8	- 0,2
Einnahmen	0,9	- 3,9	- 1,0	0,3	1,9	1,0	5,5
Gemeinden							
Ausgaben	1,6	1,6	1,1	- 0,0	0,1	2,2	1,6
Einnahmen	1,4	- 2,5	1,4	- 3,3	3,3	3,3	5,0

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2007.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ²	2006 ²
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,6	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,3	- 1,7
darunter:							
Bund	- 1,2	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2
Länder	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,4
Gemeinden	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 5,7	- 7,7	- 9,3	- 11,0	- 10,7	- 8,4	- 6,1
darunter:							
Bund	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 10,8
Länder	- 4,1	- 9,6	- 11,4	- 11,7	- 9,1	- 9,1	- 3,9
Gemeinden	1,3	- 2,8	- 2,4	- 5,6	- 2,6	- 1,4	1,9
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	29,0	28,6	28,5	28,6	27,8	27,9	27,4
darunter:							
Bund	11,9	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2
Länder	12,2	12,1	12,0	12,0	11,6	11,5	11,1
Gemeinden	7,1	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,7	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2007.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007 ²	538,9	271,4	267,5	50,4	49,6
2008 ²	555,6	280,4	275,2	50,5	49,5

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 6. bis 7. November 2007.

Stand: November 2007.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 ³	22,3	40,6	20,4	37,7
2004 ³	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 ³	22,0	39,6	20,1	36,7
2006 ³	22,8	40,1	21,0	37,3

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
	Anteile am BIP in %		
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 ⁵	48,1	26,4	21,7
2003 ⁵	48,5	26,5	22,0
2004 ⁵	47,1	25,9	21,2
2005 ⁵	46,9	26,1	20,8
2006 ⁵	45,4	25,3	20,1

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Ergebnis der VGR; Stand: August 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Schulden in Mio. € ¹					
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 203 887	1 253 195	1 325 733	1 394 955	1 447 505	1 480 625
Bund ²	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054
Sonderrechnungen Bund (SR)	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
Länder	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214	479 489
Gemeinden	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804	81 877
Zweckverbände	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649
nachrichtlich:						
Bund + SR	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020	916 610
Länder + Gemeinden	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018	561 366
nachrichtlich:						
Länder (West) ³	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148	404 917
Länder (Ost)	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066	74 572
Gemeinden (West)	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030	68 387
Gemeinden (Ost)	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774	13 489
Länder und Gemeinden (West)	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178	473 304
Länder und Gemeinden (Ost)	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840	88 061
nachrichtlich:						
Sonderrechnungen Bund	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
ERP	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357
Fonds Deutsche Einheit	39 638	39 441	39 099	38 650	–	–
Entschädigungsfonds	285	369	469	400	300	199
	Anteil der Schulden am BIP (in %)					
Öffentlicher Gesamthaushalt	57,0	58,5	61,3	63,1	64,5	63,8
Bund ²	33,0	33,6	35,1	36,3	38,9	38,8
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7	0,6
Länder	16,9	18,0	19,2	20,0	20,9	20,6
Gemeinden	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7	3,5
nachrichtlich:						
Bund + SR	35,8	36,3	37,9	38,9	39,6	39,5
Länder + Gemeinden	20,8	21,8	23,1	23,8	24,6	24,2
nachrichtlich:						
Länder (West) ³	14,2	15,1	16,1	16,8	17,6	17,4
Länder (Ost)	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3	3,2
Gemeinden (West)	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1	2,9
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6
Länder und Gemeinden (West)	17,4	18,2	19,3	20,0	20,6	20,4
Länder und Gemeinden (Ost)	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0	3,8
nachrichtlich:						
Maastricht-Schuldenstand ⁴	58,8	60,3	63,8	65,6	67,8	67,5
	Schulden insgesamt (€)					
je Einwohner	14 622	15 195	16 066	16 909	17 559	17 987
je Erwerbstätigen	30 621	32 054	34 234	35 878	37 263	37 879
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 113,2	2 143,2	2 163,8	2 211,2	2 244,6	2 322,2
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,335	82,475	82,518	82,498	82,438	82,315
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,316	39,096	38,726	38,880	38,846	39,088

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

² Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.

³ West- und Ost-Berlin.

⁴ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 46,6	- 2,2
2002 ⁵	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 ⁵	- 87,3	- 79,5	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 68,0	- 3,1
2004 ⁵	- 83,6	- 82,2	- 1,3	- 3,8	- 3,7	- 0,1	- 65,5	- 3,0
2005 ⁵	- 75,6	- 71,5	- 4,0	- 3,4	- 3,2	- 0,2	- 52,3	- 2,3
2006 ⁵	- 37,3	- 40,8	3,5	- 1,6	- 1,8	0,2	- 38,9	- 1,7

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	- 2,8	- 1,1	- 1,9	- 3,2	- 1,2	- 4,0	- 3,7	- 3,2	- 1,7	- 0,6	- 0,3
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,1	0,0	- 2,3	0,2	- 0,1	- 0,2
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 6,2	- 7,9	- 5,5	- 2,6	- 2,4	- 2,7
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	0,0	- 0,2	1,1	1,8	1,4	1,2
Frankreich	0,2	- 2,9	- 2,3	- 5,5	- 1,5	- 4,1	- 3,6	- 3,0	- 2,5	- 2,4	- 1,9
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,6	0,4	1,4	1,0	2,9	1,5	1,0
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,5	- 4,2	- 4,4	- 2,1	- 2,2
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,4	- 1,2	- 0,3	0,1	0,4	0,6
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,8	- 0,3	0,6	- 0,7	0,0
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,6	- 1,1	- 0,9	- 0,8
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,3	- 6,1	- 3,9	- 3,5	- 3,2
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,8	- 2,3	- 1,5	- 1,4	- 1,5	- 1,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	3,9	3,7	3,6
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,0	- 2,8	- 2,5	- 1,6	- 1,0	- 0,8
Bulgarien	-	-	-	- 3,4	- 0,5	- 0,9	2,2	1,9	3,3	2,0	2,0
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	3,2	0,0	2,0	4,7	4,2	3,7	3,6
Estland	-	-	-	0,4	- 0,2	2,0	2,3	2,3	3,8	3,7	3,5
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,6	- 1,0	- 0,2	0,4	0,2	0,1
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 1,0
Malta	-	-	-	-	- 6,2	-10,0	- 4,9	- 3,1	- 2,6	- 2,1	- 1,6
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 6,3	- 5,7	- 4,3	- 3,9	- 3,4	- 3,3
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,5	- 1,5	- 1,4	- 1,9	- 3,2	- 3,2
Schweden	-	-	-	- 7,5	3,8	- 0,9	0,8	2,1	2,2	2,2	2,4
Slowakei	-	-	-	- 1,8	-11,8	- 2,7	- 2,4	- 2,8	- 3,4	- 2,9	- 2,8
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 2,9	- 3,5	- 2,9	- 3,9	- 3,6
Ungarn	-	-	-	-	- 2,9	- 7,2	- 6,5	- 7,8	- 9,2	- 6,8	- 4,9
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,6	- 5,7	1,6	- 3,2	- 3,1	- 3,1	- 2,8	- 2,6	- 2,4
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,3	- 4,1	- 2,3	- 1,5	- 1,4	- 1,4
EU-27	-	-	-	-	-	- 3,1	- 2,7	- 2,4	- 1,7	- 1,2	- 1,0
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,6	- 3,7	- 2,3	- 2,6	- 2,9
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 7,9	- 6,2	- 6,4	- 4,6	- 3,9	- 3,5

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre 2003 bis 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

(alle Angaben ohne UMTS-Erlöse)

Stand: Mai 2007.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	63,9	65,7	67,9	67,9	65,4	63,6
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,3	93,2	89,1	85,6	82,6
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	107,8	108,5	107,5	104,6	100,9	97,6
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,8	46,2	43,2	39,9	37,0	34,6
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	62,4	64,3	66,2	63,9	62,9	61,9
Irland	69,0	100,6	93,2	81,1	37,8	31,2	29,7	27,4	24,9	23,0	21,7
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,8	106,2	106,8	105,0	103,1
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,6	6,1	6,8	6,7	6,0
Niederlande	45,5	69,6	76,1	76,1	53,8	52,0	52,6	52,7	48,7	47,7	45,9
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,9	63,5	62,2	60,6	59,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	56,8	58,2	63,6	64,7	65,4	65,8
Slowenien	–	–	–	–	27,6	28,6	28,9	28,4	27,8	27,5	27,2
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,1	41,4	39,1	37,0	35,2
Euroraum	33,5	50,3	56,7	72,4	69,2	69,2	69,7	70,5	69,0	66,9	65,0
Bulgarien	–	–	–	–	73,6	45,9	37,9	29,2	22,8	20,9	19,0
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	45,8	44,0	36,3	30,2	25,0	20,0
Estland	–	–	–	8,8	5,2	5,7	5,2	4,4	4,1	2,7	2,3
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,4	14,5	12,0	10,0	8,0	6,7
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	21,2	19,4	18,6	18,2	18,6	19,9
Malta	–	–	–	–	56,0	70,4	73,9	72,4	66,5	65,9	64,3
Polen	–	–	–	–	35,9	47,1	45,7	47,1	47,8	48,4	49,1
Rumänien	–	–	–	–	23,9	21,5	18,8	15,8	12,4	12,8	13,1
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	53,5	52,4	52,2	46,9	42,1	37,7
Slowakei	–	–	–	22,0	50,2	42,4	41,5	34,5	30,7	29,7	29,4
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,1	30,7	30,4	30,4	30,6	30,9
Ungarn	–	–	–	–	54,2	58,0	59,4	61,7	66,0	67,1	68,1
Vereinigtes Königreich	52,3	51,8	33,4	51,0	41,2	38,8	40,3	42,2	43,5	44,0	44,5
Zypern	–	–	–	–	58,8	69,1	70,3	69,2	65,3	61,5	54,8
EU-27	–	–	–	–	61,8	61,8	62,2	62,9	61,7	59,9	58,3
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	61,2	62,0	62,2	61,2	62,5	63,0
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,6	160,3	167,3	173,1	175,7	175,7	175,3

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2004	2005	2006
Deutschland^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	20,7	20,9	22,0
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,8	31,5	31,1
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	49,2	48,0
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,8	32,0	31,4
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,3	27,8	28,1
Griechenland	12,2	12,6	15,9	17,0	20,5	17,4	17,7	17,4
Irland	26,1	26,6	28,2	27,3	27,5	25,8	26,1	27,1
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,6	28,4	29,9
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	16,4	17,3	18,0
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,6	28,4	28,5
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,0	27,8	26,2
Niederlande	23,0	26,9	26,9	24,1	24,2	23,6	25,8	25,1
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	33,9	34,8	34,9
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,3	27,6	27,5
Polen	–	–	–	25,2	22,4	20,0	20,7	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	22,7	22,7	24,0
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	36,2	37,2	37,3
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,6	23,0
Slowakei	–	–	–	–	19,8	18,4	18,8	17,7
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,6	23,7	24,6
Tschechien	–	–	–	22,0	19,7	22,1	21,6	20,4
Ungarn	–	–	–	26,6	26,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,1	28,5	30,9	28,9	29,6	30,6
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,2	20,6	21,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2004	2005	2006
Deutschland^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	34,8	35,7
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	45,4	44,8
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,3	50,3	49,0
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,4	44,0	43,5
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,5	44,1	44,5
Griechenland	17,4	18,8	22,8	25,2	29,7	27,1	27,3	27,4
Irland	28,4	31,0	33,1	32,0	31,7	30,2	30,6	31,7
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,1	41,0	42,7
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	26,3	27,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,4	33,4
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,9	38,6	36,3
Niederlande	35,4	43,4	42,9	41,5	39,7	37,4	39,1	39,5
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,3	43,7	43,6
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,8	42,1	41,9
Polen	–	–	–	36,2	31,6	33,4	34,3	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	33,8	34,8	35,4
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	52,6	49,9	50,7	50,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,1	29,7	30,1
Slowakei	–	–	–	–	32,9	31,6	31,6	29,6
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,7	35,8	36,7
Tschechien	–	–	–	37,5	35,3	38,3	37,8	36,7
Ungarn	–	–	–	41,3	38,0	37,6	37,2	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,3	34,7	37,3	35,6	36,5	37,4
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,0	27,3	28,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland¹	46,6	44,9	43,4	48,3	45,1	48,5	47,1	46,8	45,7	44,3	43,7
Belgien	54,7	58,3	52,1	51,9	49,0	51,1	49,2	52,2	49,1	48,7	48,5
Griechenland	–	–	50,2	51,0	51,1	49,4	49,9	47,1	45,8	45,4	45,2
Spanien	–	–	–	44,4	39,0	38,2	38,7	38,2	38,4	38,3	38,5
Frankreich	45,6	51,1	49,6	54,5	51,6	53,3	53,2	53,6	53,5	53,2	52,7
Irland	–	53,2	42,8	41,0	31,6	33,5	34,1	34,4	34,1	35,1	35,5
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,3	47,7	48,2	50,1	48,1	48,3
Luxemburg			37,7	39,7	37,6	42,0	43,2	42,8	40,4	39,0	38,0
Niederlande	55,4	57,1	54,4	51,6	44,2	47,1	46,3	45,4	46,6	47,0	46,2
Österreich	50,2	53,7	51,5	55,9	51,3	50,9	50,2	49,8	49,1	48,3	47,9
Portugal	33,5	38,8	40,0	42,8	43,1	45,4	46,4	47,5	46,1	45,8	45,5
Slowenien	–	–	–	–	48,2	48,0	47,4	47,0	46,3	45,4	44,4
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	49,9	50,0	50,3	48,5	47,7	47,3
Euroraum	–	–	–	50,7	46,3	48,2	47,6	47,6	47,4	46,5	46,2
Bulgarien	–	–	–	–	–	40,9	39,3	39,5	36,6	37,3	37,6
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,2	53,5	55,0	54,7	52,6	50,9	50,1	49,6
Estland	–	–	–	42,4	36,5	35,3	34,2	33,2	33,2	32,4	32,4
Lettland	–	–	31,6	38,8	37,3	34,8	35,8	35,5	37,0	37,3	36,4
Litauen	–	–	–	35,7	39,1	33,2	33,4	33,6	33,6	34,8	36,0
Malta	–	–	–	–	41,0	48,6	46,8	46,0	45,2	44,3	43,4
Polen	–	–	–	47,7	41,1	44,6	42,6	43,4	43,3	42,4	41,4
Rumänien	–	–	–	–	48,4	33,6	32,6	33,7	32,0	33,6	34,2
Schweden	–	–	–	67,2	57,1	58,0	56,6	56,3	55,3	53,0	52,5
Slowakei	–	–	–	47,0	51,7	40,0	37,7	38,1	37,3	36,0	35,6
Tschechien	–	–	–	54,5	41,8	47,3	44,4	44,0	42,5	43,1	43,0
Ungarn	–	–	–	–	46,5	49,1	48,9	50,0	52,9	50,9	49,0
Vereinigtes Königreich	47,3	48,8	41,5	44,3	36,8	42,4	42,7	43,7	44,1	44,2	44,3
Zypern	–	–	–	–	37,0	45,1	42,9	43,6	43,9	44,0	43,9
EU-27 ²	–	–	–	50,5	45,0	47,4	46,8	46,9	46,7	46,0	45,7
USA	33,8	36,1	36,0	35,4	32,5	34,8	34,5	34,8	34,5	35,0	35,3
Japan	33,5	33,2	32,3	36,9	50,6	50,0	48,5	50,0	39,6	39,2	39,0

¹ 1990: nur alte Bundesländer.

² 1995 und 2000: EU-15.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: April 2007.

18 Einnahmen nach ertragsberechtigten Körperschaften im internationalen Vergleich

Land	Von den Abgabeneinnahmen entfallen 2005 in % auf			
	Staat, Bund	Länder, Provinzen, Kantone, mittlere Gebietskörperschaften ^{1,2}	Gemeinden	Sozialversicherung
Deutschland	30,2	21,4	7,8	39,9
Belgien	32,2	24,0		37,7
Dänemark	64,4	33,0		2,2
Finnland	53,9	20,7		25,2
Frankreich	40,1	11,5		47,9
Irland	84,9	2,1		12,6
Italien	52,3	16,6		20,8
Japan	37,9	25,3		36,8
Kanada	44,8	38,4	8,4	8,4
Luxemburg	67,7	4,5		27,3
Niederlande	61,1	3,9		33,9
Norwegen	86,7	13,3		–
Österreich	53,6	8,5	9,4	28,2
Polen	48,6	11,4		39,7
Portugal	60,1	6,2		33,7
Schweden	56,1	32,2		11,2
Schweiz	35,3	25,1	15,6	23,9
Slowakei	49,3	11,3		39,1
Spanien	36,5	30,2		32,8
Tschechien	41,5	15,1		42,9
Ungarn	62,9	6,3		30,5
Vereinigtes Königreich	75,4	4,8		18,8
Vereinigte Staaten	41,1	20,1	14,1	24,7

¹ Bundesstaaten in den Vereinigten Staaten; Regionen und Provinzen in Italien; Provinzen in Kanada; Kreise u. Ä.

² Aufteilung z. T. nicht eindeutig möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965–2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

19 Einnahmen nach Hauptsteuerarten und Sozialversicherungsbeiträgen im internationalen Vergleich

Land	Von den Abgabeneinnahmen entfallen 2005 in % auf				
	Steuern auf Einkommens- bzw. Einkunftsarten ¹	Steuern auf Lohnsumme, Berufsteuern u.ä.	Steuern auf Vermögen und Vermögensverkehr ²	Umsatz-, Verbrauch- und Aufwandsteuern, Zölle ³	Sozialversicherungsbeiträge
Deutschland	28,2	–	2,5	29,0	39,9
Belgien	38,3	0,1	4,7	25,3	30,6
Dänemark	61,0	0,4	3,7	32,2	2,2
Finnland	38,3	0,1	2,7	31,3	27,3
Frankreich	23,5	6,2	7,8	25,3	37,0
Irland	38,4	0,7	7,9	37,8	14,8
Italien	31,5	5,9	5,0	26,4	30,8
Luxemburg	34,4	0,1	8,5	28,8	28,0
Niederlande	27,7	0,5	5,3	31,7	33,9
Norwegen	49,1	–	2,6	27,9	20,4
Österreich	28,6	7,0	1,3	28,4	34,5
Polen	18,7	0,8	3,8	36,7	39,7
Portugal	24,5	0,3	2,9	39,3	32,7
Schweden	39,1	4,8	3,0	26,1	26,7
Schweiz	44,5	–	8,0	23,6	23,9
Slowakei	18,0	–	1,6	39,7	40,4
Spanien	29,4	0,4	8,4	28,0	33,7
Tschechien	24,1	–	1,2	31,3	42,9
Ungarn	23,6	2,9	2,3	39,7	31,3
Vereinigtes Königreich	38,5	–	12,0	30,3	18,8
Japan	33,8	0,3	9,7	19,4	36,8
Kanada	47,5	2,3	10,0	25,4	14,8
Vereinigte Staaten	46,5	–	11,4	17,4	24,7

¹ Einschließlich etwaiger Veräußerungsgewinn-, Gewerbeeinkommen- und Quellsteuern sowie Sondersteuern auf Einkünfte.

² Einschließlich Grund-, Gewerkekaptal-, Erbschaft-, Kapitalverkehr- und Grunderwerbsteuern u. Ä.

³ Für EU-Staaten einschließlich EU-Anteile.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965–2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

20 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	104,84	107,38
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,47	50,13
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,76	32,34
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	7,97	8,91
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,01	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,31	5,86	6,19	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,14	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	2,98	2,44
Ausgleichszahlungen				1,41	1,31	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	4,7	2,4
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	3,4
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 4,2	- 1,3
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	9,8	11,8
Externe Politiken	10,2	4,5	- 2,9	7,5	8,7	7,2
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,9	10,4	5,6	7,6
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	- 22,2	228,6
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	28,0	36,2	- 2,3	- 18,1
Ausgleichszahlungen					- 7,1	- 18,3
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	46,2	46,7
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	31,2	30,1
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	8,3
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	4,8	5,0
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	5,9	6,2
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	2,8	2,3
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,29	95,43	93,47	103,51	107,09	107,38
davon:						
Zölle	12,81	7,95	9,46	10,59	12,02	13,87
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,78	1,26	1,39	1,71	2,05	1,01
MwSt-Eigenmittel	31,32	22,39	21,26	13,91	16,02	17,20
BSP/BNE-Eigenmittel	34,88	45,95	51,24	68,98	70,86	68,92
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	1,2	- 2,1	10,7	3,5	0,3
davon:						
Zölle	- 2,3	- 37,9	19,0	11,9	13,5	15,4
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 17,6	- 29,2	10,3	23,0	19,9	- 50,7
MwSt-Eigenmittel	- 11,0	- 28,5	- 5,0	- 34,6	15,2	7,4
BSP/BNE-Eigenmittel	- 7,2	31,7	11,5	34,6	2,7	- 2,7
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	8,3	10,1	10,2	11,2	12,9
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,3	1,5	1,7	1,9	0,9
MwSt-Eigenmittel	33,2	23,5	22,7	13,4	15,0	16,0
BSP/BNE-Eigenmittel	37,0	48,2	54,8	66,6	66,2	64,2

Bemerkungen:

2001 bis 2005: Ist-Angaben gem. EU-Jahresrechnung der EU-Kommission.

2006: EU-Haushalt einschl. Berichtigungshaushalte Nr. 1-6.

Stand: Februar 2007.

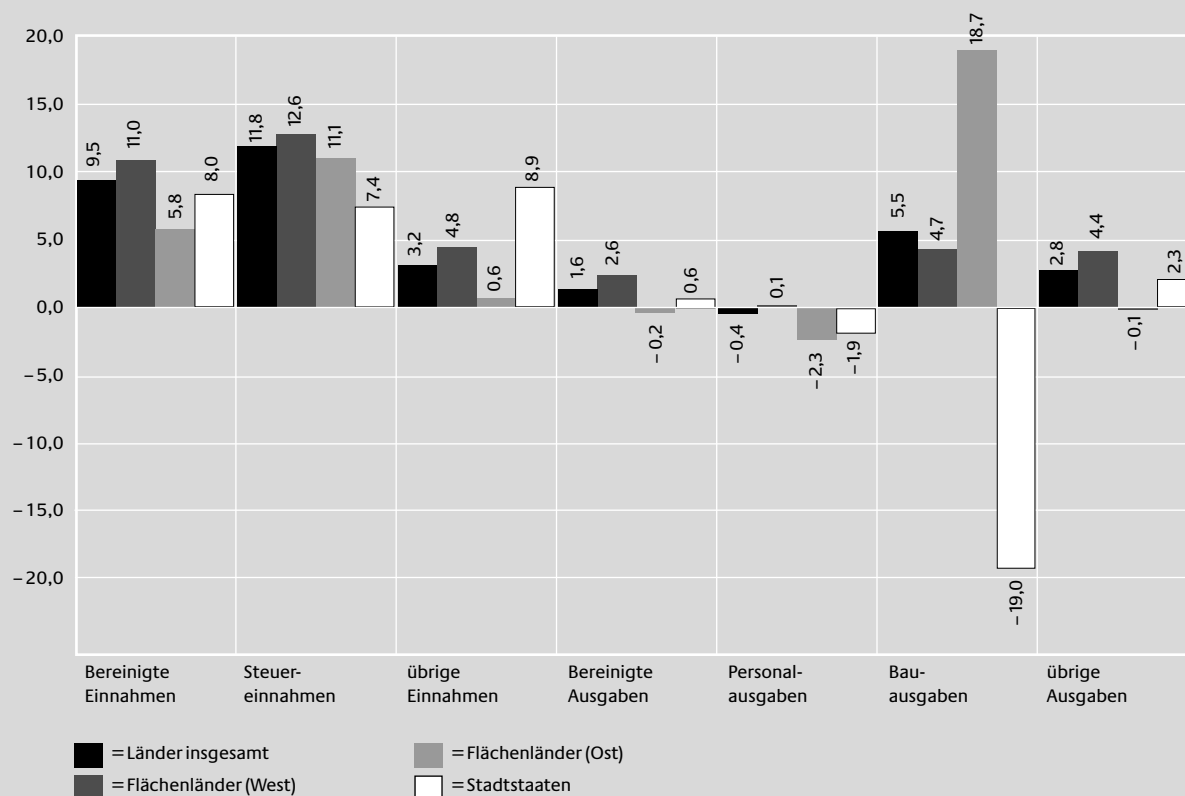
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	176 369	135 945	50 863	39 310	32 272	24 890	253 414	195 296
darunter:								
Steuereinnahmen	142 110	110 083	25 761	20 381	19 844	15 430	187 714	145 894
übrige Einnahmen	34 259	25 862	25 102	18 929	12 429	9 460	65 699	49 402
Bereinigte Ausgaben	184 493	136 875	52 382	35 760	34 322	25 532	265 107	193 318
darunter:								
Personalausgaben	72 509	54 467	12 422	9 020	10 889	8 112	95 820	71 598
Bauausgaben	2 385	1 317	1 659	905	673	299	4 717	2 521
übrige Ausgaben	109 600	81 092	38 301	25 834	22 759	17 122	164 570	119 199
Finanzierungssaldo	- 8 121	- 930	- 1 519	3 551	- 2 052	- 643	- 11 692	1 978

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2007

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	September 2006			August 2007			September 2007		
		Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	163 997	178 340	330 517	161 584	167 896⁵	317 926	182 756	195 296	365 409
111	darunter: Steuereinnahmen	140 506	130 485	270 992	142 877	126 538 ⁵	269 415	163 118	145 894	309 012
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	187 943 ³	51 725	239 668	152 700 ³	41 705	194 406	166 019 ³	46 417	212 435
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	198 969	190 243	377 392	187 662	170 787	346 895	205 881	193 318	386 555
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	19 650	71 901	91 551	17 634	63 936	81 571	19 663	71 598	91 261
122	Bausgaben	3 344	2 389	5 733	2 936	2 204	5 141	3 412	2 521	5 933
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–178	–178	–	100	100	–	67	67
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	170 292	48 519	218 811	151 413	49 397	200 810	173 613	55 701	229 314
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 34 972	–11 903	– 46 875	– 26 079	– 2 891⁵	– 28 969	– 23 125	1 978	– 21 146
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	18 013	2 751	20 763	2 357	–7 687	–5 330	–6 515	–9 224	–15 739
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	0	0	–	535	535	–	535	535
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–180	–180	–	165	165	–	154	154
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	13 125	15 300	28 425	1 838	10 014 ⁵	11 852	8 075	12 286	20 361
32	Vorschüsse	–	15 177	15 177	–	11 569	11 569	–	14 677	14 677
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	6 220	6 220	–	9 546	9 546	–	9 631	9 631
34	Saldo (31–32+33)	13 125	6 342	19 467	1 838	7 991 ⁵	9 830	8 075	7 240	15 315
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 3 834	– 2 990	– 6 824	– 21 883	– 1 887	– 23 770	– 21 565	68,4	– 20 881
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	3 834	1 631	5 465	21 883	3 251	25 135	21 565	1 232	22 797
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	992	992	–	641	641	–	1 009	1 009
56	Zusammen	3 834	2 623	6 457	21 883	3 892	25 776	21 565	2 241	23 806
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	– 367	– 367	0	2 005	2 005	0	2 924	2 924
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	612	612	–	997	997	–	1 232	1 232
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	2 199	2 199	–	3 201	3 201	–	3 305	3 305

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁵ Geänderte Werte gegenüber der BMF-Veröffentlichung August 2007 aufgrund einer Korrekturmeldung. Stand: November 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	24 981,5	27 680,2	7 471,1	14 626,2	5 134,7	16 920,8	35 533,3	8 967,7	2 135,7
111	darunter: Steuereinnahmen	19 722,3	22 701,2	3 942,5	12 583,5	2 592,7	12 272,6	30 126,0 ⁶	6 496,4	1 686,2
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	484,8	–	397,3	186,3	0,0	320,6	111,6
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	5 015,0	1 907,4	1 926,0	1 545,5	356,1	4 356,6	11 983,6	4 751,5	1 002,8
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	24 707,4	26 030,5	6 936,9	15 632,0	4 779,4	17 183,9	35 968,1	9 477,6	2 406,0
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	10 330,1	11 777,4	1 571,8	5 158,7	1 112,9	6 359,1 ³	13 718,5 ³	3 723,1	985,9
122	Bauausgaben	220,0	557,8	118,1	244,7	131,4	60,6	86,1	32,4	35,7
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 523,2	1 517,5	–	2 732,0	–	–	–111,4	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	5 423,2	2 206,7	2 251,4	4 216,4	980,0	5 693,4	12 986,2	4 580,3	732,6
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	274,1	1 649,7	534,2	–1 005,8	355,3	–263,1	–434,7	–509,9	–270,3
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	–391,7	–171,1	–63,3	–2 764,3	–622,1	–1 327,1	–1 044,2	194,3	266,5
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	535,2	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	153,9	–	0,1	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 933,5	1 883,4	360,8	1 095,8	260,0	111,1	1 835,3	1 480,4	231,3
32	Vorschüsse	2 688,4	6 861,2	26,1	27,4	0,7	557,4	198,8	1 166,3	–6,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	293,9	3 345,3	0,0	723,4	196,4	1 590,8	458,5	2,1	10,0
34	Saldo (31–32+33)	–461,0	–1 632,5	334,7	1 791,8	455,7	1 144,5	2 095,0	316,2	247,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–43,4	0,0	805,6	–1 978,1	188,9	–445,7	616,1	0,7	243,7
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	–	–	1 097,0	–	169,0	261,0	–	–167,0
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	1 009,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	0,0	–	–	2 106,0	–	169,0	261,0	–	–167,0
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	–43,4	0,0	805,6	127,9	188,9	–276,7	877,1	0,7	76,7
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	1 231,6	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 590,8	429,9	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne Oktober-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 381,826 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: November 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	12 716,0	7 084,7	5 845,0	6 903,9	15 313,6	2 456,6	7 543,6	195 296,3
111	darunter: Steuereinnahmen	6 511,5	3 682,7	4 494,9	3 651,9	7 508,5	1 542,9	6 378,5	145 894,3
112	Länderfinanzausgleich ¹	901,8	490,3	126,6	513,1	2 194,2	291,7	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	–42,0	3 803,1	2 771,7	1 323,8	4 698,9	1 828,2	–811,5	46 416,7
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	10 402,4	7 045,4	6 214,9	6 595,4	15 406,0	3 019,5	7 531,0	193 318,1
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	2 945,5	1 624,2	2 413,8	1 765,8	4 884,2	953,6	2 273,7	71 598,3
122	Bausubstanz	411,6	102,5	79,8	141,6	80,0	47,6	171,0	2 520,9
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	424,2	67,2
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 256,3	3 949,4	2 591,0	1 297,0	6 431,3	1 106,0	–	55 701,2
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	2 313,6	39,3	–369,9	308,5	–92,4	–562,9	12,6	1 978,3
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	–1 602,1	–147,1	205,2	29,7	–1 718,4	738,4	–806,5	–9 223,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	535,2
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	154,0
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	381,9	542,6	0,0	11,8	1 342,9	75,2	740,0	12 286,0
32	Vorschüsse	2 646,5	600,1	0,0	367,7	–	–26,9	–430,0	14 677,4
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 468,2	134,9	0,0	2,2	479,7	195,0	730,6	9 631,0
34	Saldo (31–32+33)	–796,4	77,4	0,0 ⁵	–353,7	1 822,6	297,1	1 900,6	7 239,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–84,9	–30,4	–164,7	–15,5	11,8	472,7	1 106,7	683,5
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	0,0	–	–	–416,4	288,0	1 231,6
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	1 009,0
56	Zusammen	–	–	0,0	–	–	–416,4	288,0	2 240,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	–84,9	–30,4	–164,7	–15,5	11,8	56,3	1 394,7	2 924,1
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	–	–	1 231,6
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	479,7	74,1	730,6	3 305,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Oktober-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 381,826 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: November 2007.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				in %	Mio.	in %	
			Veränderung in % p. a.						in %
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 0,9	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,1	0,7	0,5	17,5
2005	38,8	– 0,1	51,7	3,9	9,1	0,8	0,9	1,3	17,4
2006	39,1	0,6	51,5	3,4	8,1	2,9	2,2	2,4	18,0
2001/1996	38,3	1,0	50,4	3,1	7,6	2,1	1,1	1,9	21,0
2006/2001	39,0	– 0,1	51,4	3,5	8,3	0,9	1,0	1,4	18,2

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: August 2007.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,1	0,8
2004	2,2	1,1	- 0,4	1,3	1,6	1,6	- 0,4
2005	1,5	0,7	- 1,3	1,2	1,6	2,0	- 0,7
2006	3,5	0,6	- 1,5	1,1	1,4	1,7	- 1,1
2001/1996	2,4	0,3	- 1,0	0,7	1,0	1,4	0,2
2006/2001	1,9	1,0	0,0	1,1	1,4	1,5	- 0,2

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2007.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,93	44,76	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	9,9	7,5	111,03	98,51	38,3	33,3	5,0	4,5
2005	8,3	9,2	113,33	105,76	40,9	35,8	5,0	4,7
2006	14,0	14,3	126,38	121,80	45,1	39,6	5,4	5,2
2001/1996	9,5	9,0	22,5	- 14,3	29,8	28,6	1,1	- 0,7
2006/2001	7,3	5,8	96,2	69,3	38,4	34,1	4,3	3,1

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2007.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unterneh- mens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
						Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	– 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	– 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	– 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	– 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	– 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	– 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	– 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	– 0,1
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,3	– 0,7
2004	4,2	13,4	0,4	68,2	69,6	0,6	0,8
2005	1,4	5,9	– 0,6	66,8	68,4	0,3	– 1,2
2006	3,6	7,2	1,7	65,6	67,2	0,9	– 1,5
2001/1996	1,9	1,4	2,2	71,1	71,9	1,2	0,4
2006/2001	2,3	6,5	0,5	69,1	70,4	0,9	– 0,6

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2007.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	- 0,2	1,1	0,8	2,9	2,5	2,1
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,7	2,8	2,7	2,1
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	5,0	4,6	3,4	4,3	4,1	3,8
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,1	3,3	3,6	3,9	3,8	3,0
Frankreich	2,0	2,7	2,2	4,0	1,1	2,5	1,7	2,0	1,9	2,0
Irland	3,1	7,6	9,8	10,2	4,3	4,3	5,9	5,7	4,9	3,5
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,2	0,1	1,9	1,9	1,4
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	2,1	4,9	5,0	6,1	5,2	4,7
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,9	0,3	2,2	1,5	3,0	2,7	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,2	2,3	2,0	3,3	3,3	2,7
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 0,7	1,5	0,5	1,3	1,8	2,0
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,8	4,4	4,1	5,7	6,0	4,6
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,7	2,9	5,0	4,3	3,4
Euroraum	2,4	3,5	2,4	3,9	0,8	2,0	1,5	2,8	2,6	2,2
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	5,0	6,6	6,2	6,1	6,3	6,0
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,4	2,1	3,1	3,5	1,9	1,3
Estland	-	-	4,5	7,9	7,2	8,3	10,2	11,2	7,8	6,4
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,7	10,6	11,9	10,5	7,2
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,9	7,7	8,5	7,5
Malta	-	-	6,2	6,4	- 0,3	0,1	3,1	3,2	3,1	2,8
Polen	-	-	7,0	4,2	3,9	5,3	3,6	6,1	6,5	5,6
Rumänien	-	-	7,1	2,1	5,2	8,5	4,1	7,7	6,0	5,9
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	4,1	2,9	4,2	3,4	3,1
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	8,3	8,7	7,0
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,5	6,4	6,4	5,8	5,0
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,2	4,8	4,1	3,9	2,0	2,6
Vereinigtes Königreich	3,5	0,7	2,9	3,8	2,8	3,3	1,8	2,8	3,1	2,2
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,8	4,2	3,9	3,8	3,8	3,9
EU-27	-	-	2,6	3,9	1,3	2,5	1,8	3,0	2,9	2,4
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	1,4	2,7	1,9	2,2	1,9	1,9
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,6	3,1	2,9	2,1	1,7

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.

Stand: November 2007.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	1,4	1,0	1,8	1,9	1,8	2,2	2,0
Belgien	1,6	1,5	1,9	2,5	2,3	1,7	2,0
Griechenland	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	2,8	3,1
Spanien	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	2,6	2,9
Frankreich	1,9	2,2	2,3	1,9	1,9	1,5	1,7
Irland	4,7	4,0	2,3	2,2	2,7	2,8	2,2
Italien	2,6	2,8	2,3	2,2	2,2	1,9	2,0
Luxemburg	2,1	2,5	3,2	3,8	3,0	2,5	2,8
Niederlande	3,9	2,2	1,4	1,5	1,7	1,6	2,3
Österreich	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	1,9	1,9
Portugal	3,7	3,3	2,5	2,1	3,0	2,4	2,4
Slowenien	7,5	5,7	3,7	2,5	2,5	3,5	3,7
Finnland	2,0	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	2,4
Euroraum	2,3	2,1	2,2	2,2	2,2	2,0	2,1
Bulgarien	5,8	2,3	6,1	6,0	7,4	7,1	7,3
Dänemark	2,4	2,0	0,9	1,7	1,9	1,7	2,4
Estland	3,6	1,4	3,0	4,1	4,4	6,3	7,3
Lettland	2,0	2,9	6,2	6,9	6,6	9,6	9,8
Litauen	0,3	– 1,1	1,2	2,7	3,8	5,6	6,5
Malta	2,6	1,9	2,7	2,5	2,6	0,8	2,5
Polen	1,9	0,7	3,6	2,2	1,3	2,5	2,8
Schweden	1,9	2,3	1,0	0,8	1,5	1,6	2,0
Slowakei	3,5	8,4	7,5	2,8	4,3	1,7	2,5
Tschechien	1,4	– 0,1	2,6	1,6	2,1	3,0	3,8
Ungarn	5,2	4,7	6,8	3,5	4,0	7,7	4,9
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	1,3	2,1	2,3	2,4	2,2
Zypern	2,8	4,0	1,9	2,0	2,2	2,0	2,3
EU-27	2,5	2,1	2,3	2,3	2,3	2,3	2,4
Japan	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,3	0,2	0,0	0,2
USA	1,6	2,3	2,7	3,4	3,2	2,7	1,9

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.
Stand: November 2007.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	9,3	9,7	10,7	9,8	8,1	7,7
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,2	7,5	7,2
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,7	10,5	9,8	8,9	8,4	7,9
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,6	9,2	8,5	8,1	8,5
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,5	9,6	9,7	9,5	8,6	8,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,7	4,5	4,3	4,4	4,5	5,3
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	6,8	5,9	5,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,7	4,7	4,5
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,1	2,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	4,7	4,3	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,7	8,0	8,0
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,0	4,9	4,7
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	6,7	6,4
Euroraum	9,3	7,6	10,4	8,2	8,7	8,8	8,6	7,9	7,3	6,9
Bulgarien	–	–	12,7	16,4	13,7	12,0	10,1	9,0	7,5	6,8
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,9	3,0	2,7
Estland	–	–	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,9	4,9	4,8
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	6,8	5,8	5,5
Litauen	–	0,0	6,9	16,4	12,4	11,4	8,3	5,6	4,2	4,2
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,3	6,8	6,0
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,8	9,4	7,3
Rumänien	–	–	6,1	7,2	7,0	8,1	7,2	7,3	7,1	7,0
Slowakei	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	13,4	11,2	9,7
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,4	7,1	6,1	5,8
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,1	5,9	5,4
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,5	7,3	7,0
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,3	4,9	4,7	4,8	5,3	5,3	5,4
Zypern	–	–	2,6	4,9	4,1	4,6	5,2	4,6	4,3	4,1
EU-27	–	–	–	8,6	9,0	9,1	8,9	8,2	7,1	6,8
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,6	4,6	5,3

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.

Stand: November 2007.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

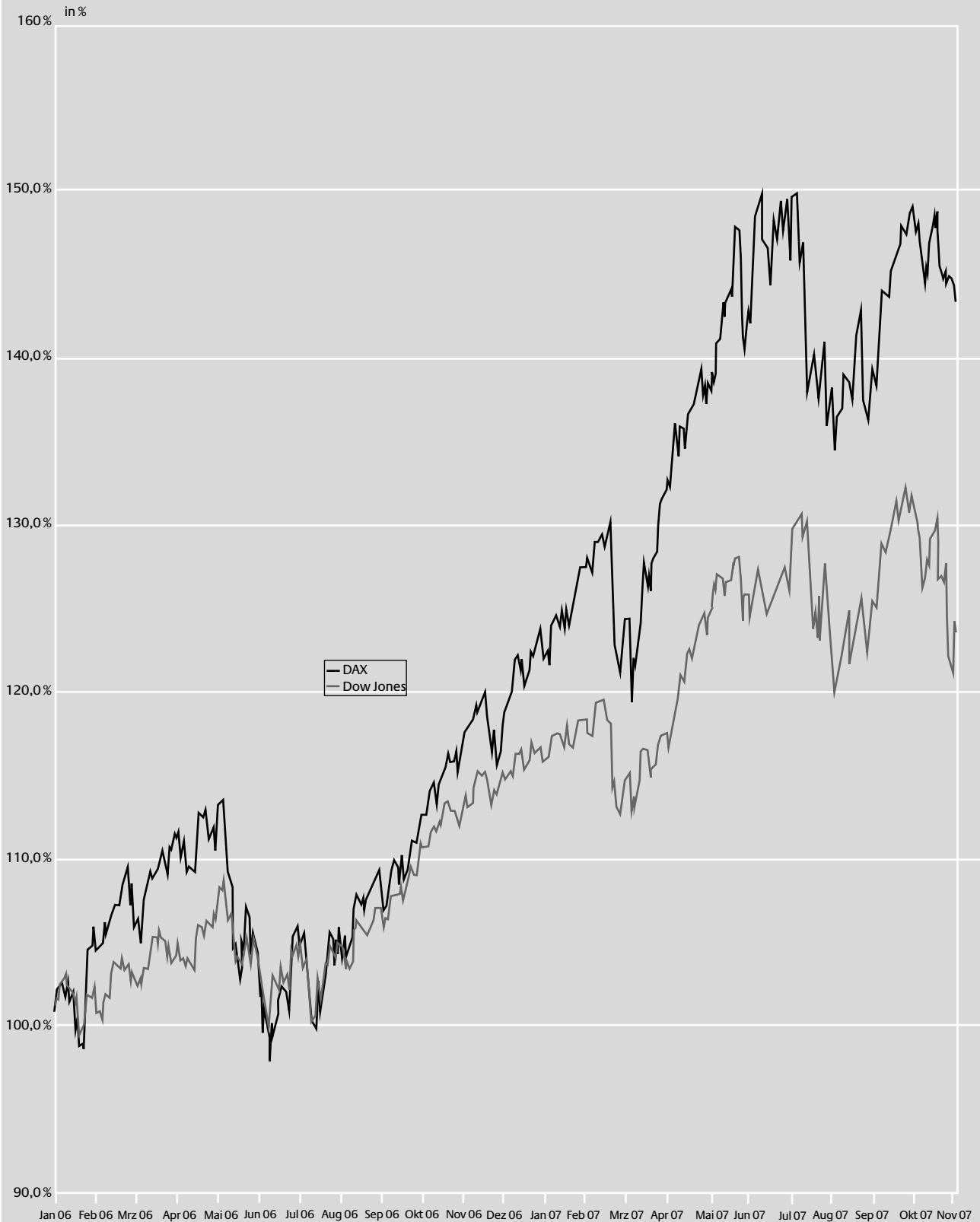
	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	6,6	7,7	7,8	7,0 ↓	12,1	9,4	8,9	8,3	8,8	7,6	4,3 ↓	1,8 ↓
darunter												
Russische Föderation	6,4	6,7	7,0	6,8	12,7	9,7	8,1 ↑	7,5	11,1	9,7	5,4 ↓	1,8 ↓
Ukraine	2,7	7,1	6,7	5,4 ↓	13,5	9,0	11,5	10,8	2,9	− 1,5	− 3,5 ↓	− 6,2 ↑
Asien	8,6	9,2	9,3 ↑	8,5 ↓	3,5	3,7	4,7 ↑	4,2 ↑	4,5	5,8	6,6	6,7 ↓
darunter												
China	10,4	11,1	11,5	10,2 ↓	1,8	1,5	4,3 ↑	3,9 ↑	7,2	9,4	11,7 ↓	12,6 ↓
Indien	9,0	9,7	8,9 ↓	8,4	4,2	6,1	6,1 ↑	4,2 ↑	− 1,0	− 1,1	− 1,9 ↓	− 2,3 ↓
Indonesien	5,7	5,5	6,2 ↑	6,3	10,5	13,1	6,3 ↑	6,2 ↑	0,1	2,7	1,8 ↑	1,5 ↑
Korea	4,2	5,0	4,8	4,8 ↓	2,8	2,2	2,5	2,5	1,9	0,7	0,2 ↑	− 0,3
Thailand	4,5	5,0	4,0	4,5	4,5	4,6	2,3	2,0	− 4,5	1,6	1,9	1,1
Lateinamerika	4,6	5,5	5,0	4,3 ↓	6,3	5,4	5,2	5,4	1,4	1,5	0,3	− 0,5
darunter												
Argentinien	9,2	8,5	7,5	5,5	9,6	10,9	9,5	12,6	1,9	2,4	0,9	0,2 ↑
Brasilien	2,9	3,7	4,4	4,2	6,9	4,2	3,6 ↑	3,9 ↑	1,6	1,2	0,7 ↓	0,0 ↑
Chile	5,7	4,0	5,9 ↑	5,2 ↓	3,1	3,4	3,4 ↑	3,1 ↑	1,1	3,6	3,7 ↓	2,6 ↑
Mexiko	2,8	4,8	2,9 ↓	3,1 ↓	4,0	3,6	3,8	3,5 ↑	− 0,6	− 0,3 ↓	− 1,3 ↓	− 1,7 ↓
Venezuela	10,3	10,3	8,0 ↑	5,0 ↑	16,0	13,7	18,0 ↓	19,0 ↓	17,8	15,0	6,9 ↑	2,1 ↓
Sonstige												
Türkei	7,4	6,1	5,0	5,5 ↓	8,2	9,6	8,2 ↓	4,2	− 6,2	− 7,9	− 7,5 ↓	− 7,0 ↓
Südafrika	5,1	5,0	4,7 ↓	4,3 ↓	3,4	4,7	6,3	5,9	− 4,0	− 6,5	− 6,7 ↓	− 6,2 ↓

¹ Prognosen des IWF [↑ / ↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (September 2006) angehoben/gesenkt].
Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2007, II. Update vom 5. Oktober 2007.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2006 = 100 %

(2. Januar 2006 bis 15. November 2007)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Aktuell 15.11.2007	Anfang 2007	Änderung in % zu Anfang 2007	Tief 2007	Hoch 2007
Dow Jones	13 110	12 475	5,09	12 050	14 165
Eurostoxx 50	3 693	3 747	– 1,45	3 505	3 999
Dax	7 667	6 681	14,76	6 447	8 106
CAC 40	5 561	5 618	– 1,01	5 285	6 168
Nikkei	15 396	17 354	– 11,28	15 274	18 253

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 15.11.2007	Anfang 2007	Spread zu US-Bond	Tief 2007	Hoch 2007
			in %		
USA	4,16	4,69	–	4,16	5,29
Bund	4,14	3,95	– 0,02	3,88	4,68
Japan	1,50	1,72	– 2,66	1,48	1,97
Brasilien	12,48	12,35	8,32	9,79	12,86

Währungen

	Aktuell 15.11.2007	Anfang 2007	Änderung in % zu Anfang 2007	Tief 2007	Hoch 2007
Dollar/Euro	1,46	1,32	10,61	1,29	1,47
Yen/Dollar	110,41	119,00	– 7,22	109,00	124,00
Yen/Euro	161,41	157,00	2,81	151,00	169,00
Pfund/Euro	0,72	0,67	7,46	0,66	0,72

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Deutschland												
EU-KOM	2,9	2,5	2,1	2,2	2,3	1,7	2,1	1,8	9,8	8,1	7,7	7,6
OECD	3,0	2,9	2,2	–	1,8	1,8	1,7	–	8,1	6,9	6,3	–
OECD interim		2,6										
IWF	2,9	2,4	2,0	–	1,8	2,1	1,8	–	8,1	6,5	6,3	–
USA												
EU-KOM	2,9	2,1	1,7	2,6	2,8	2,4	1,8	1,5	4,6	4,6	5,3	5,4
OECD	3,3	2,1	2,5	–	3,2	2,6	2,6	–	4,6	4,6	4,8	–
OECD interim		1,9										
IWF	2,9	1,9	1,9	–	3,2	2,7	2,3	–	4,6	4,7	5,7	–
Japan												
EU-KOM	2,2	1,9	1,9	2,3	–0,3	–0,5	–0,2	0,2	4,1	3,9	4,0	4,0
OECD	2,2	2,4	2,1	–	0,2	–0,3	0,3	–	4,1	3,8	3,6	–
OECD interim		2,4										
IWF	2,2	2,0	1,7	–	0,3	–	0,5	–	4,1	4,0	4,0	–
Frankreich												
EU-KOM	2,0	1,9	2,0	1,8	1,9	1,5	1,7	1,6	9,5	8,6	8,2	8,1
OECD	2,1	2,2	2,2	–	1,9	1,3	1,7	–	9,0	8,4	8,0	–
OECD interim		1,8										
IWF	2,0	1,9	2,0	–	1,9	1,6	1,8	–	9,5	8,6	8,0	–
Italien												
EU-KOM	1,9	1,9	1,4	1,6	2,2	1,9	2,0	1,9	6,8	5,9	5,7	5,5
OECD	1,9	2,0	1,7	–	2,2	2,0	2,1	–	6,9	6,3	6,0	–
OECD interim		1,8										
IWF	1,9	1,7	1,3	–	2,2	1,9	1,9	–	6,8	6,5	6,5	–
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	2,8	3,1	2,2	2,5	2,3	2,4	2,2	2,0	5,3	5,3	5,4	5,3
OECD	2,8	2,7	2,5	–	2,3	2,4	2,0	–	5,5	5,5	5,5	–
OECD interim		3,1										
IWF	2,8	3,1	2,3	–	2,3	2,4	2,0	–	5,4	5,4	5,4	–
Kanada												
EU-KOM	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
OECD	2,7	2,5	3,0	–	2,0	2,0	2,1	–	6,3	6,1	6,0	–
OECD interim		2,7										
IWF	2,8	2,5	2,3	–	2,0	2,2	1,9	–	6,3	6,1	6,2	–
Euroraum												
EU-KOM	2,8	2,6	2,2	2,1	2,2	2,0	2,1	2,0	8,3	7,3	7,1	7,1
OECD	2,8	2,7	2,3	–	2,2	1,8	2,0	–	7,8	7,1	6,7	–
OECD interim		2,6										
IWF	2,8	2,5	2,1	–	2,2	2,0	2,0	–	7,8	6,9	6,8	–
EU-27												
EU-KOM	3,0	2,9	2,4	2,4	2,3	2,3	2,4	2,2	8,2	7,1	6,8	6,6

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2007 und OECD Interim Assessment, September 2007, nur für BIP der G7-Länder für 2007.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2007.

Stand: November 2007.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Belgien												
EU-KOM	2,8	2,7	2,1	2,2	2,3	1,7	2,1	1,8	8,2	7,5	7,2	6,9
OECD	3,0	2,5	2,3	–	2,3	1,1	1,8	–	8,2	7,4	7,1	–
IWF	3,0	2,6	1,9	–	2,3	1,8	1,8	–	8,2	7,6	7,6	–
Finnland												
EU-KOM	5,0	4,3	3,4	2,8	1,3	1,5	2,4	2,1	7,7	6,7	6,4	6,3
OECD	5,5	3,0	2,7	–	1,3	1,4	1,7	–	7,7	7,0	6,8	–
IWF	5,0	4,3	3,0	–	1,3	1,5	1,8	–	7,7	6,7	6,5	–
Griechenland												
EU-KOM	4,3	4,1	3,8	3,7	3,3	2,8	3,1	3,1	8,9	8,4	7,9	7,5
OECD	4,2	3,9	3,8	–	3,3	2,8	3,0	–	8,4	8,1	7,9	–
IWF	4,3	3,9	3,6	–	3,3	3,0	3,2	–	8,9	8,5	8,5	–
Irland												
EU-KOM	5,7	4,9	3,5	3,8	2,7	2,8	2,2	2,0	4,4	4,5	5,3	5,5
OECD	6,0	5,5	4,1	–	2,7	2,4	2,8	–	4,4	4,3	4,3	–
IWF	5,7	4,6	3,0	–	2,7	2,5	2,1	–	4,4	4,7	5,5	–
Luxemburg												
EU-KOM	6,1	5,2	4,7	4,5	3,0	2,5	2,8	2,3	4,7	4,7	4,5	4,2
OECD	6,2	4,8	5,2	–	3,0	2,0	2,4	–	4,4	4,2	3,7	–
IWF	6,2	5,4	4,2	–	2,7	2,2	2,2	–	4,4	4,4	4,6	–
Malta												
EU-KOM	3,2	3,1	2,8	2,9	2,6	0,8	2,5	2,2	7,3	6,8	6,6	6,5
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	3,3	3,2	2,6	–	2,6	0,6	2,0	–	–	–	–	–
Niederlande												
EU-KOM	3,0	2,7	2,6	2,5	1,7	1,6	2,3	2,7	3,9	3,1	2,7	2,4
OECD	2,9	2,9	2,9	–	1,7	1,4	1,8	–	4,5	3,7	2,8	–
IWF	3,0	2,6	2,5	–	1,7	2,0	2,2	–	3,9	3,2	3,1	–
Österreich												
EU-KOM	3,3	3,3	2,7	2,4	1,7	1,9	1,9	1,8	4,7	4,3	4,2	4,2
OECD	3,4	3,2	2,6	–	1,7	1,6	1,9	–	5,5	5,3	5,3	–
IWF	3,3	3,3	2,5	–	1,7	1,9	1,9	–	4,8	4,3	4,2	–
Portugal												
EU-KOM	1,3	1,8	2,0	2,1	3,0	2,4	2,4	2,3	7,7	8,0	8,0	7,7
OECD	1,3	1,8	2,0	–	3,0	2,0	2,2	–	7,7	7,6	7,1	–
IWF	1,3	1,8	1,8	–	3,0	2,5	2,4	–	7,7	7,4	7,1	–
Slowenien												
EU-KOM	5,7	6,0	4,6	4,0	2,5	3,5	3,7	2,9	6,0	4,9	4,7	4,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	5,7	5,4	3,8	–	2,5	3,2	3,1	–	6,0	6,0	6,0	–3,9
Spanien												
EU-KOM	3,9	3,8	3,0	2,3	3,6	2,6	2,9	2,7	8,5	8,1	8,5	9,1
OECD	3,9	3,6	2,7	–	3,6	2,5	2,7	–	8,5	8,2	8,1	–
IWF	3,9	3,7	2,7	–	3,6	2,5	2,8	–	8,5	8,1	8,2	–
Zypern												
EU-KOM	3,8	3,8	3,9	3,9	2,2	2,0	2,3	2,1	4,6	4,3	4,1	3,9
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	3,8	3,8	3,7	–	2,5	2,0	2,4	–	4,5	4,0	4,0	–

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2007.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2007.

Stand: November 2007.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Bulgarien												
EU-KOM	6,1	6,3	6,0	6,2	7,4	7,1	7,3	5,8	9,0	7,5	6,8	6,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	6,1	6,0	5,9	–	7,3	8,2	7,9	–	–	–	–	–
Dänemark												
EU-KOM	3,5	1,9	1,3	1,4	1,9	1,7	2,4	2,4	3,9	3,0	2,7	2,7
OECD	3,2	2,2	1,7	–	1,9	1,8	2,6	–	3,9	3,4	3,5	–
IWF	3,5	1,9	1,5	–	1,9	1,9	2,0	–	4,5	3,6	3,9	–
Estland												
EU-KOM	11,2	7,8	6,4	6,2	4,4	6,3	7,3	4,8	5,9	4,9	4,8	4,9
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	11,2	8,0	6,0	–	4,4	6,0	7,0	–	–	–	–	–
Lettland												
EU-KOM	11,9	10,5	7,2	6,2	6,6	9,6	9,8	6,0	6,8	5,8	5,5	5,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	11,9	10,5	6,2	–	6,5	9,0	8,9	–	–	–	–	–
Litauen												
EU-KOM	7,7	8,5	7,5	6,3	3,8	5,6	6,5	5,2	5,6	4,2	4,2	4,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,5	8,0	6,5	–	3,8	5,2	4,6	–	–	–	–	–
Polen												
EU-KOM	6,1	6,5	5,6	5,2	1,3	2,5	2,8	2,9	13,8	9,4	7,3	6,4
OECD	6,1	6,7	5,5	–	1,3	1,8	2,3	–	13,8	11,2	9,7	–
IWF	6,1	6,6	5,3	–	1,0	2,2	2,7	–	–	–	–	–
Rumänien												
EU-KOM	7,7	6,0	5,9	5,8	6,6	4,7	5,6	4,6	7,3	7,1	7,0	6,9
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,7	6,3	6,0	–	6,6	4,3	4,8	–	–	–	–	–
Schweden												
EU-KOM	4,2	3,4	3,1	2,4	1,5	1,6	2,0	2,0	7,1	6,1	5,8	5,7
OECD	4,7	4,3	3,5	–	1,4	1,6	2,0	–	5,3	4,8	4,3	–
IWF	4,2	3,6	2,8	–	1,5	1,9	2,0	–	4,8	5,5	5,0	–
Slowakei												
EU-KOM	8,3	8,7	7,0	6,2	4,3	1,7	2,5	3,0	13,4	11,2	9,7	9,0
OECD	8,3	8,7	7,6	–	4,5	2,3	2,1	–	13,3	11,5	10,3	–
IWF	8,3	8,8	7,3	–	4,4	2,4	2,0	–	–	–	–	–
Tschechien												
EU-KOM	6,4	5,8	5,0	4,9	2,1	3,0	3,8	3,2	7,1	5,9	5,4	5,0
OECD	6,1	5,5	5,0	–	2,6	2,5	3,4	–	7,2	6,5	6,1	–
IWF	6,4	5,6	4,6	–	2,5	2,9	4,4	–	–	–	–	–
Ungarn												
EU-KOM	3,9	2,0	2,6	3,4	4,0	7,7	4,9	2,8	7,5	7,3	7,0	6,9
OECD	3,9	2,5	3,1	–	3,9	7,2	3,7	–	7,5	7,6	7,5	–
IWF	3,9	2,1	2,7	–	3,9	7,6	4,5	–	–	–	–	–

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2007.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2007.
 Stand: November 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Deutschland												
EU-KOM	-1,6	0,1	-0,1	0,2	67,5	64,7	62,6	60,3	5,2	5,8	5,8	6,0
OECD	-1,7	-0,7	-0,4	-	67,8	65,3	64,0	-	5,1	6,7	7,0	-
IWF	-1,6	-0,2	-0,5	-	66,0	63,7	62,3	-	5,0	5,4	5,1	-
USA												
EU-KOM	-2,6	-2,7	-3,2	-3,4	-	-	-	-	-6,1	-5,4	-4,9	-4,3
OECD	-2,3	-2,7	-2,9	-	61,5	62,4	63,2	-	-6,5	-6,1	-6,2	-
IWF	-2,6	-2,6	-2,9	-	60,2	60,8	62,2	-	-6,2	-5,7	-5,5	-
Japan												
EU-KOM	-4,6	-4,0	-4,2	-4,7	-	-	-	-	4,0	4,7	4,8	4,8
OECD	-2,4	-2,7	-3,0	-	179,3	179,0	178,4	-	3,9	4,8	5,4	-
IWF	-4,1	-3,9	-3,8	-	193,1	194,4	194,9	-	3,9	4,5	4,3	-
Frankreich												
EU-KOM	-2,5	-2,6	-2,6	-2,7	64,2	64,3	64,1	64,1	-2,2	-2,3	-2,3	-2,3
OECD	-2,6	-2,3	-1,7	-	64,2	63,0	61,2	-	-1,2	-1,0	-1,0	-
IWF	-2,5	-2,5	-2,7	-	64,1	63,3	63,4	-	-1,2	-1,6	-1,8	-
Italien												
EU-KOM	-4,4	-2,3	-2,3	-2,3	106,8	104,3	102,9	101,2	-2,0	-1,7	-1,8	-1,7
OECD	-4,5	-2,5	-2,5	-	106,7	105,8	105,0	-	-2,4	-2,5	-2,6	-
IWF	-4,4	-2,1	-2,3	-	106,8	105,3	104,7	-	-2,4	-2,3	-2,2	-
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-2,7	-2,8	-3,0	-2,8	43,2	43,6	44,8	45,6	-3,2	-3,1	-3,5	-3,5
OECD	-2,9	-2,7	-2,6	-	44,3	45,0	45,6	-	-3,4	-3,2	-2,7	-
IWF	-2,7	-2,5	-2,3	-	43,1	43,0	43,1	-	-3,2	-3,5	-3,6	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,8	0,8	0,7	-	68,5	66,8	64,9	-	1,7	1,9	2,0	-
IWF	1,0	0,9	0,9	-	73,5	68,4	64,7	-	1,6	1,8	1,2	-
Euroraum												
EU-KOM	-1,5	-0,8	-0,9	-0,8	68,6	66,5	65,0	63,4	-0,1	0,0	0,0	0,1
OECD	-1,6	-1,0	-0,7	-	68,7	66,8	65,1	-	0,1	0,4	0,4	-
IWF	-1,6	-0,9	-1,1	-	68,6	66,6	65,4	-	-	-0,2	-0,4	-
EU-27												
EU-KOM	-1,6	-1,1	-1,2	-1,1	61,4	59,5	58,3	57,0	-0,7	-0,8	-0,9	-0,9

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2007.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2007.
 Stand: November 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Belgien												
EU-KOM	0,4	-0,3	-0,4	-0,4	88,2	54,6	81,7	79,0	3,3	3,0	3,1	3,4
OECD	0,1	0,2	0,0	-	88,8	86	83	-	2,0	2,5	2,1	-
IWF	0,1	-	-	-	-	-	-	-	2,0	2,5	2,5	-
Finnland												
EU-KOM	3,8	4,6	4,2	4,0	39,2	35,7	32,4	29,8	4,7	5,2	5,1	5,0
OECD	3,8	3,5	3,2	-	39,1	40,8	43,3	-	5,8	6,3	6,1	-
IWF	3,7	3,9	3,4	-	-	-	-	-	5,2	5,0	5,0	-
Griechenland												
EU-KOM	-2,5	-2,9	-1,8	-1,8	95,3	93,7	91,1	88,8	-11,1	-10,8	-10,8	-10,6
OECD	-2,3	-1,9	-2,2	-	83,3	81	79	-	-9,7	-9,4	-8,9	-
IWF	-2,1	-1,9	-1,8	-	-	-	-	-	-9,6	-9,7	-9,6	-
Irland												
EU-KOM	2,9	0,9	-0,2	-0,6	25,1	25,2	26,9	28,5	-4,2	-4,6	-4,4	-4,3
OECD	2,9	2,0	1,7	-	24,8	24,5	24	-	-3,3	-1,5	-1,1	-
IWF	2,9	0,8	0,4	-	-	-	-	-	-4,2	-4,4	-3,3	-
Luxemburg												
EU-KOM	0,7	1,2	1,0	1,4	6,6	6,6	6,0	5,4	10,3	11,5	12,7	13,8
OECD	0,1	0,5	1,1	-	6,8	9,7	8,9	-	10,6	8,8	9,7	-
IWF	0,1	0,4	0,4	-	-	-	-	-	10,6	10,5	10,3	-
Malta												
EU-KOM	-2,5	-1,8	-1,6	-1,0	64,7	63,1	61,3	59,2	-6,7	-3,8	-3,4	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,1	-9,4	-8,2	-
Niederlande												
EU-KOM	0,6	-0,4	0,5	1,3	47,9	46,8	44,8	41,7	7,6	6,9	7,5	8,2
OECD	0,5	-0,7	0,3	-	48,7	48,1	46,6	-	9,0	8,1	7,6	-
IWF	0,7	-0,5	0,5	-	-	-	-	-	8,6	7,4	6,7	-
Österreich												
EU-KOM	-1,4	-0,8	-0,7	-0,4	61,7	60,0	58,4	57,2	3,5	4,8	5,3	5,3
OECD	-1,2	-0,8	-0,6	-	62,1	60,8	59,5	-	3,2	4,1	4,5	-
IWF	-1,2	-0,8	-0,6	-	-	-	-	-	3,2	3,7	3,7	-
Portugal												
EU-KOM	-3,9	-3,0	-2,6	-2,4	64,8	64,4	64,7	64,5	-9,9	-9,0	-8,8	-8,7
OECD	-3,9	-3,3	-2,4	-	64,7	65,5	65,9	-	-9,4	-8,8	-9,5	-
IWF	-3,9	-3,3	-2,4	-	-	-	-	-	-9,4	-9,2	-9,2	-
Slowenien												
EU-KOM	-1,2	-0,7	-1,0	-0,8	27,1	25,6	24,5	23,8	-2,8	-3,5	-2,6	-1,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,8	-0,9	-1,1	-	-	-	-	-	-2,5	-3,4	-3,1	-
Spanien												
EU-KOM	1,8	1,8	1,2	0,6	39,7	36,3	34,6	33,0	-8,8	-9,3	-9,6	-9,8
OECD	1,8	1,5	1,5	-	39,9	35,8	32,4	-	-8,7	-10,1	-10,5	-
IWF	1,8	1,6	1,4	-	-	-	-	-	-8,6	-9,8	-10,2	-
Zypern												
EU-KOM	-1,2	-1,0	-0,8	-0,6	65,2	60,5	53,3	49,6	-5,9	-6,0	-5,9	-5,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,4	-1,0	-0,5	-	-	-	-	-	-5,9	-5,5	-5,6	-

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2007.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2007.
 Stand: November 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
Bulgarien												
EU-KOM	3,2	3,0	3,1	3,1	22,8	19,3	15,9	12,9	-15,8	-18,1	-17,7	-17,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-15,8	-20,3	-19,0	-
Dänemark												
EU-KOM	4,6	4,0	3,0	2,5	30,3	25,0	20,9	17,5	2,4	1,3	0,8	0,7
OECD	4,2	4,3	3,7	-	30,2	26,1	22,4	-	2,4	1,8	1,8	-
IWF	4,7	3,9	3,8	-	-	-	-	-	2,4	1,3	1,3	-
Estland												
EU-KOM	3,6	3,0	1,9	1,0	4,0	2,8	2,3	2,0	-15,7	-14,6	-12,3	-10,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-15,5	-16,9	-15,9	-
Lettland												
EU-KOM	-0,3	0,9	0,8	0,5	10,6	10,2	7,8	6,4	-21,1	-23,8	-21,6	-19,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-21,1	-25,3	-27,3	-
Litauen												
EU-KOM	-0,6	-0,9	-1,4	-0,8	18,2	17,7	17,2	16,1	-10,5	-13,9	-14,4	-14,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-10,9	-14,0	-12,6	-
Polen												
EU-KOM	-3,8	-2,7	-3,2	-3,1	47,6	46,8	47,1	47,1	-1,8	-4,3	-5,5	-6,2
OECD	-3,9	-3,2	-2,4	-	47,8	43,8	40,4	-	-2,3	-2,6	-2,5	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-2,3	-3,7	-5,1	-
Rumänien												
EU-KOM	-1,9	-2,7	-3,2	-3,9	12,4	12,5	12,8	13,5	-10,3	-13,7	-15,5	-16,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-10,3	-13,8	-13,2	-
Schweden												
EU-KOM	2,5	3,0	2,8	3,0	47,0	41,1	35,7	30,5	6,9	7,1	7,0	7,3
OECD	2,1	2,6	2,5	-	46,9	43,1	39,6	-	6,7	7,1	6,8	-
IWF	2,1	2,3	2,2	-	-	-	-	-	7,2	6,0	5,7	-
Slowakei												
EU-KOM	-3,7	-2,7	-2,3	-2,4	30,4	30,8	30,7	30,6	-7,7	-4,4	-2,9	-2,0
OECD	-3,4	-2,7	-2,1	-	30,7	29,3	27,7	-	-8,3	-3,1	-2,5	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,3	-5,3	-4,5	-
Tschechien												
EU-KOM	-2,9	-3,4	-2,8	-2,7	30,1	30,2	30,3	30,5	-3,1	-2,8	-2,4	-2,3
OECD	-2,9	-3,7	-3,5	-	30,4	30,1	30,7	-	-4,2	-2,9	-2,5	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-3,1	-3,4	-3,5	-
Ungarn												
EU-KOM	-9,2	-6,4	-4,2	-3,8	65,6	66,1	66,3	65,9	-6,5	-4,4	-3,4	-2,7
OECD	-9,2	-6,7	-4,8	-	66,0	67,1	67,2	-	-5,8	-3,6	-2,2	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,5	-5,6	-5,1	-

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2007.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2007.
 Stand: November 2007.

HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT KOMMUNIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, NOVEMBER 2007

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

**BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES
BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:**

TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90¹
PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ JEWEILS 0,12 €/MIN. AUS DEM FESTNETZ DER T-COM, ABWEICHENDE
PREISE AUS ANDEREN NETZEN MÖGLICH.

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.